

Prävention von Jugend- gewalt



Wege zu einer evidenzbasierten
Präventionspolitik

Materialien zur Integrationspolitik



2006 herausgegeben
von der Eidgenössischen
Ausländerkommission EKA

**Autoren**

Manuel Eisner, Denis Ribeaud und Stéphanie Bittel

Wir möchten uns bei Simone Prodolliet, Stephanie Schönholzer, Kathie Wiederkehr, Michele Galizia und Christof Meier ganz herzlich für ihre Kommentare und Anregungen zu früheren Fassungen dieses Berichtes bedanken. Unser Dank gilt auch allen Fachstellen in den Kantonen, die uns mit ihren Angaben geholfen haben, einen Überblick über den Stand der Gewaltprävention in der Schweiz zu erhalten.

Herausgeberin

Eidgenössische Ausländerkommission EKA
Quellenweg 9
3003 Bern-Wabern
031 325 91 16
eka-cfe@bfm.admin.ch
www.eka-cfe.ch

Titelbild

Foto Ursula Markus
(Ausstellung «La Suisse plurielle»)



Prävention von Jugend- gewalt

Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik

Manuel Eisner, Denis Ribeaud und Stéphanie Bittel

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	8
1 Gewalt von Jugendlichen in der Schweiz	10
2 Lebenslauf und Gewalt	16
3 Evidenzbasierte Gewaltprävention	25
4 Familienbasierte Prävention	33
5 Schulische Prävention	41
6 Prävention in Nachbarschaft und Freizeitbereich	51
7 Erkenntnisse und Folgerungen	58
Zitierte Literatur	61

Vorwort

«Gewalt von Jugendlichen» ist ein Thema, das sowohl in den Medien als auch in der Politik wiederholt aufgegriffen wird. Im Zentrum der Reden darüber steht oft die uns präsentierte Zunahme von Gewaltakten, die beklagt wird. Der Ruf nach griffigen Massnahmen folgt auf dem Fusse. Dabei wird auf jene Gruppe von Jugendlichen verwiesen, die in den Statistiken besonders auffallen: Es sind Jugendliche ausländischer Herkunft.

Was lässt sich daraus schliessen? Sind Jugendliche ohne Schweizer Pass anfälliger für Gewaltausübung? Müssen für junge Angehörige spezifischer Herkunft besondere Programme zur Prävention von Gewalt und Kriminalität bereitgestellt werden?

Fehlen einer differenzierten Statistik

Die sorgfältige Analyse von statistischen Erhebungen zeigt zweierlei. Einerseits bestehen bei der Registrierung von Gewaltakten erhebliche Unterschiede bei der Art, wie Daten dazu überhaupt erhoben werden. Es gibt gesamtschweizerisch keine einheitliche Praxis, wie die Ausübung von Straftaten registriert wird. So ist nicht klar, ob etwa bei einem Gewaltereignis mehrere Taten desselben Tatverdächtigen addiert oder als einzelne Tat verbucht werden oder ob ein einzelnes Delikt, bei dem mehrere Personen beteiligt waren, als eine oder mehrere Taten verzeichnet wird. Verzerrungen ergeben sich andererseits durch die Tatsache, dass bei der Registrierung von Delikten lediglich Geschlecht, Alter und Nationalität erhoben werden. Aussagen zu Aufenthaltsstatus oder sozio-ökonomischem Hintergrund lassen sich nicht machen. Dabei wissen wir aus der Forschung, dass in Milieus von sozial Benachteiligten physische Gewalt tendenziell häufiger vorkommt. Und hier spielt das Kriterium Nationalität nur bedingt eine Rolle.

Ein behutsamer Umgang mit Statistik und deren Interpretationen ist eines der Postulate, das die Eidgenössische Ausländerkommission EKA verschiedentlich vertreten hat. In diesem Zusammenhang hat sie auch darauf hingewiesen, dass in den Statistiken Tatverdächtige nicht selten mit Tätern gleichgesetzt werden bzw. dass in Medienberichten über kriminalstatistische Befunde, die von Tatverdächtigen sprechen, von tatsächlich begangenen Straftaten ausgegangen wird. Ebenfalls Vorsicht geboten ist bei Aussagen

über die Zunahme von Gewaltakten bei Jugendlichen ausländischer Herkunft. Zwar stellt die soziale Lage vieler ausländischer Jugendlicher gewissermassen einen Risikofaktor dar. Aus Untersuchungen ist aber auch bekannt, dass die Anzeigebereitschaft aus der Bevölkerung bei Delikten dieser Gruppe erhöht ist.

Forscherinnen und Forscher, die den Phänomenen Gewalt und Kriminalität nachgehen, bemängeln denn auch seit Jahren, dass die Datenlage ungenügend und ungenau ist und dass eine differenziertere Statistik dringend vonnöten ist. Erste Schritte in diese Richtung wurden gemacht; es wird aber noch einige Zeit dauern, bis entsprechende bereinigte Datengrundlagen zur Verfügung stehen werden.

Neuer Interventionsbereich im Rahmen der Integrationsförderung

Im Rahmen der Revision der Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer (VIntA), die am 1. Februar 2006 in Kraft getreten ist, wurde ein neuer Förderbereich eingefügt, für den Finanzhilfen des Bundes gewährt werden können. Nach Art. 16 lit. m. der genannten Verordnung können neu auch Projekte gefördert werden, «die der Gewalt und der Straffälligkeit vorbeugen». Die Bezeichnung eines neuen Interventionsbereichs im Zusammenhang mit der Integrationsförderung des Bundes geht zurück auf Vorschläge von Massnahmen, die der von Bundesrat Christoph Blocher in Auftrag gegebene Bericht zur «Illegalen Migration» nach sich gezogen hat. Der in der Verordnung aufgelistete Katalog von zwölf Bereichen, innerhalb derer Bundesbeiträge für Integrationsprojekte gesprochen werden können, wurde damit um einen dreizehnten erweitert.

Die EKA, die im Auftrag des Bundesamts für Migration mandatiert ist, den für Integrationsbelange verfügbaren Kredit von gegenwärtig 14 Millionen Franken zu verwalten, Gesuche um Finanzhilfen entgegenzunehmen, zu prüfen und eine Empfehlung zuhanden des Bundesamtes abzugeben, wurde vom Amt ersucht, für das Jahr 2006 einen Teil des Kredits für spezifische Projekte zur Prävention von Gewalt zu reservieren. Die EKA hat sich aufgrund dieser Ausgangslage entschieden, ein spezifisches Vorgehen zu wählen, bei dem zunächst abgeklärt wird, welche Projekte oder Programme als wirkungsvoll zu erachten

sind. Dies insbesondere auch in Berücksichtigung der Tatsache, dass für die Jahre 2004 bis 2007 ein Schwerpunktprogramm vorliegt, das für fünf Förderbereiche bereits eine Priorisierung vornimmt.

Der Bund, der seit 2001 Projekte finanziell unterstützen kann, versteht Integrationsförderung in einem breiten Sinn. Integrationsprojekte tragen zum einvernehmlichen Zusammenleben zwischen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung bei. Im weitesten Sinne trägt dies zum sozialen Zusammenhalt bei. Es werden Perspektiven eröffnet, es werden Möglichkeiten der Partizipation und der Begegnung geschaffen.

Das Anliegen, für spezifische Gruppen der ausländischen Bevölkerung besondere Projekte zu realisieren, ist nicht unumstritten. Damit wird der Annahme Vorschub geleistet, dass es für eine bestimmte, nach Herkunft oder Nationalität definierte Gruppe besondere Massnahmen brauche. Herkunftsspezifische Projekte sind unter Umständen sinnvoll; tatsächlich weisen langjährige Erfahrungen in der Integrationsarbeit jedoch aus, dass das Herkunftsspezifische allein kein Kriterium sein kann, um ein Problem zu lösen. In den allermeisten Fällen zeigt ein vertiefter Blick auf eine spezifische Situation, dass es sich jeweils um Sachverhalte handelt, bei denen verschiedenste soziale, ökonomische und psychologische Faktoren zusammenkommen. Dies trifft auch für den Bereich der Prävention von Gewalt und Straffälligkeit bei Ausländern zu.

Vielfältige Ursachen – mehrdimensionaler Ansatz

Die Literatur über das Phänomen Gewalt ist äusserst umfangreich. Forscherinnen und Forscher, die dazu Untersuchungen durchführen, sind sich auch bei unterschiedlichen theoretischen Ansätzen einig, dass eine Vielzahl von Faktoren dazu führt, dass Gewalt entsteht. Als eine der wichtigen Erkenntnisse ist hervorzuheben, dass die Ausübung und die Erleidung von Gewalt in allen Gesellschaften vorkommt. Gewalt gibt es seit Menschengedenken; deren Ausprägungen, Charakter und Deutung sind jedoch je nach gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterschiedlich. Unterschiedlich ist auch, was als legitime Gewalt (der Mächtigen) akzeptiert und welches Verhalten unter illegitime Gewalt (und damit zu verurteilende und zu bestrafende Tat) zu zählen ist. Folglich ist die Art und Weise, wie in einer Gesellschaft mit Gewalt umgegangen wird, keineswegs einheitlich, und über die Frage, was überhaupt als Gewalt bezeichnet

wird, besteht kein absoluter Konsens. Ist es lediglich physisch ausgeübte? Wie steht es mit psychischer Gewaltausübung oder gar mit gesellschaftlichen Dispositionen, die zu struktureller Gewalt führen, indem bestimmte Personengruppen systematisch benachteiligt werden? Wie wird mit der Frage umgegangen, dass gewalttätiges Verhalten eine Reaktion auf Frustration und Diskriminierung sein kann? Wie wirken sich sozialräumlich schwierige Verhältnisse auf den zwischenmenschlichen Umgang aus? Welcher Einfluss ist jenen Medienerzeugnissen zuzuschreiben, in welchen Darstellungen von Gewalt zur Erzeugung von Publikumsaufmerksamkeit und Befriedigung von Sensationslust eine zentrale Rolle spielen?

Die EKA vertritt die Ansicht, dass die Entstehung von Gewalt sowohl gesellschaftlich bedingte Ursachen hat als auch auf individuell schwierige lebensgeschichtliche Zusammenhänge zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund ist die EKA überzeugt, dass nur ein mehrdimensionaler Ansatz Gewalt verhindern oder bekämpfen kann. Eine dieser Dimensionen ist, dass ein gesellschaftliches Klima geschaffen wird, in welchem Perspektiven eröffnet werden, eine Art Willkommenskultur, die jungen Menschen (ausländischer Herkunft) die Botschaft vermittelt, dass sie ihren Platz in unserer Gesellschaft haben und dass sie ihre Zukunft aktiv mitgestalten können.

Bezogen auf die Integration ausländischer Jugendlicher zeigt es sich immer wieder, dass es für junge Menschen, die die Erfahrung machen, dass man sie als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse behandelt – etwa indem man sie lediglich als Ausländerinnen und Ausländer wahrnimmt, indem man sie als fremd abstempelt oder als Problemgruppe bezeichnet –, oft sehr schwierig ist, ein Zugehörigkeitsgefühl zur Schweiz zu entwickeln. Wie können sie sich integrieren, wenn sie beim Zugang zu Bildung, Arbeit und Wohnung immer wieder diskriminiert werden?

Die EKA hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Eröffnung von Perspektiven und die Ermöglichung von Partizipation Grundbedingungen sind, damit Integrationsprozesse erfolgreich verlaufen können. In ihren Empfehlungen – etwa zu «Integration und Arbeit» oder zu «Integration und Habitat» – hat sie aufgezeigt, dass der diskriminierungsfreie Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen Voraussetzung für ein einvernehmliches Zusammenleben und soziale Bindekraft

ist. Dazu gehört auch, sich angstfrei in der Öffentlichkeit bewegen zu können und Freiräume zur Verfügung zu haben.

Eine weitere zu verfolgende Dimension wäre die Etablierung einer Kultur der Wertschätzung. Damit ist nicht nur gemeint, dass Zugewanderte als Menschen respektiert werden. Vielmehr sollen Leistungen von Migrantinnen und Migranten und Beispiele gelungener Integration öffentlich gewürdigt werden. So ist etwa bekannt, dass dies nicht nur einen positiven Einfluss auf die Haltung der Einheimischen hat, sondern dass die Darstellung von Erfolgsbiografien Zugewanderter auf junge Migrantinnen und Migranten motivierend und ermutigend wirkt, sich für das eigene Fortkommen nach Kräften einzusetzen. Wertschätzung beinhaltet aber auch, dass das besondere Engagement von Kantonen, Gemeinden und Privaten zugunsten Zugewanderter anerkannt wird.

Neben diesen vor allem auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen und die öffentliche Meinung zielenden Massnahmen gibt es eine Reihe von Ansätzen, die sich mehr auf das einzelne Individuum und seine lebensgeschichtliche Entwicklung konzentrieren.

Die Studie «Prävention von Jugendgewalt»

Die Studie, die vom Kriminologen Manuel Eisner unter Mitarbeit von Denis Ribeaud und Stéphanie Bittel verfasst wurde, orientiert sich – ohne die diversen gesamtgesellschaftlichen Risikofaktoren ausblenden zu wollen – an einem Ansatz, der das Individuum stärker ins Zentrum stellt. Vor dem Hintergrund, besondere Projekte, die der Prävention von Jugendgewalt dienen sollten, zu etablieren, ist das Autorenteam im Auftrag der EKA und des Bundesamts für Migration der Frage nachgegangen, welche Projekte als wirkungsvoll zu betrachten sind und in welchen Bereichen anzusetzen ist, um mit den zur Verfügung stehenden, eher beschränkten Mitteln, ein sinnvolles Vorgehen wählen zu können.

So gesehen handelt es sich bei der vorliegenden Darstellung weder darum, die verschiedenen existierenden Theorien zum Phänomen der Gewalt bei Jugendlichen miteinander zu vergleichen, noch die gesamte Palette möglicher Interventionen aufzulisten. Die vorgeschlagenen Massnahmen einer evidenzbasierten Gewaltprävention schreiben sich in eine Präventionspolitik ein, die versucht, erprobte und nachweislich wirksame Projekte und Programme mit einem Ansatz

der allgemeinen Förderung von Lebensqualität in Verbindung zu bringen. Ein solcher Public-Health-Ansatz ermöglicht es, Gewaltprävention nicht als isolierte Aktivität zu betreiben, sondern in die Förderung von Integration generell einzubeziehen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die EKA ist nicht der Ansicht, dass gesellschaftliche Defizite allein über Gesundheitsförderung, die sich auf das Individuum ausrichten, beseitigt werden können. Soziale Ungleichheiten und damit verbundene unerwünschte Begleiterscheinungen wie etwa die Ausübung von Gewalt sollen nicht «pathologisiert» und damit dem vermeintlichen Unvermögen der betroffenen Menschen zugeschrieben werden. Die in dieser Studie vorgestellten möglichen Massnahmen, von denen man weiss, dass sie erfolgreich waren, sollen vielmehr dazu beitragen, den Blick dafür zu öffnen, dass eine früh einsetzende, langfristig angelegte, verschiedene Altersstufen und mehrere Lebensbereiche umfassende Präventionspolitik gefragt ist.

Die Erkenntnisse der Studie legen nahe, dass die Konzentration auf Projekte mit der spezifischen Zielgruppe «ausländische Jugendliche» verkürzt ist. Die Autoren zeigen, dass die Prävention von Gewalt bei Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund keine grundsätzlich anderen Massnahmen erfordert als bei Schweizer Jugendlichen. Die erfolgreiche Umsetzung von Projekten, die sich nicht ausschliesslich auf diese Altersgruppe konzentrieren sollte, erfordert allerdings vertiefte Überlegungen, wie sozio-ökonomische, aber auch sprachlich und bezüglich unterschiedlicher Wertsysteme bedingte Schranken überwunden werden können.

Die zentralen Aussagen des Berichts, dass eine erfolgreiche Prävention möglichst früh einsetzen, den verschiedenen Lebensbereichen Rechnung tragen und familiäre, schulische und nachbarschaftliche Umfeldler berücksichtigen soll, bestätigen denn auch das Verständnis von Integration als einem Prozess, der sowohl den einzelnen Menschen betrifft als auch eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft ist. Integration heisst Partizipation. Für alle. Und in allen Bereichen. Gewaltprävention soll deshalb nicht Symptombekämpfung sein. Sie soll Integrationsprozesse so unterstützen, dass sie einem einvernehmlichen Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen dient.

Simone Prodolliet

Eidgenössische Ausländerkommission

Einleitung

Die seit Jahren anhaltende Beunruhigung über Jugendgewalt hat dazu geführt, dass heute in der Schweiz ein breit gefächertes institutionelles Angebot an Fachstellen und Massnahmen zur Prävention und Intervention im Gewaltbereich besteht. Hinzu kommen mannigfache Projekte und Programme, welche von spezialisierten Anbietern durchgeführt werden. Allerdings ist auch deutlich, dass nach wie vor erhebliche Defizite bestehen. Sie lassen sich in vier Bereiche zusammenfassen:

- Das Wissen über die **WIRKSAMKEIT DER BESTEHENDEN PRÄVENTIONSMASSNAHMEN** ist äusserst lückenhaft.
- Gewaltprävention ist nur ansatzweise in eine **UMFASSENDE UND LANGFRISTIG ANGELEGTE GESUNDHEITSFÖRDERUNG** integriert.
- Präventionsmassnahmen für **VERSCHIEDENE ALTERSSTUFEN, LEBENSBEREICHE UND BEVÖLKERUNGSGRUPPEN** sind kaum aufeinander abgestimmt.
- **WENIG INTEGRIERTE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN** werden nur teilweise erreicht.

Der vorliegende Bericht zeigt Ansätze, mit denen diese Probleme angegangen werden können. Ein besonderes Augenmerk schenkt er der Frage, wie Bevölkerungsgruppen mit einem Migrationshintergrund besser für Anliegen der Prävention von Jugendgewalt erreicht werden können und inwiefern hierfür besondere Überlegungen angestellt werden müssen.

Wirksamkeit von Präventionsmassnahmen

In den vergangenen 20 Jahren ist Jugendgewalt und ihre Prävention in der Schweiz ein zentrales gesellschaftliches Problem geworden. Parallel dazu sind die verschiedensten präventiven Ideen und Programme öffentlich diskutiert und teilweise praktisch realisiert worden. Ihre Verbreitung wurde dadurch erleichtert, dass Prävention ein Anliegen ist, dem sich kaum jemand verschliessen kann. Sie bezweckt, durch geeignete Massnahmen das

Auftreten von unerwünschten Verhaltensweisen zu verhindern, welche ohne diese Massnahme mit einiger Wahrscheinlichkeit eingetreten wären.

Allerdings stellt sich die Frage, ob eine bestimmte Präventionsmassnahme tatsächlich die angestrebte Wirkung erzielt. Ist sie nicht vielmehr wirkungslos? Oder hat sie gar negative Auswirkungen? Überraschenderweise wurde diese Frage bis vor kurzem weder in der Schweiz noch in anderen westeuropäischen Ländern mit dem notwendigen Nachdruck gestellt. Daher gibt es in der Schweiz zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein einziges Programm zur Gewaltprävention, welches sich auf wissenschaftlich abgestützte Befunde bezüglich der Wirksamkeit stützen könnte.

Dieser Bericht ist der Auffassung verhaftet, dass sich Gewaltprävention stärker als bisher von Prinzipien der evidenzbasierten Prävention leiten lassen sollte. **EVIDENZ-BASIERTE PRÄVENTION** heisst, Programme mittels sorgfältig angelegter Forschung so zu prüfen, dass mit möglichst grosser Sicherheit eine schädliche Wirkung ausgeschlossen und eine positive Wirkung nachgewiesen werden kann. Diese Leitidee hat in der Schweiz erst vor wenigen Jahren Fuss gefasst und entsprechende Forschungsprojekte werden erst in den nächsten Jahren Ergebnisse liefern. Allerdings liegen auf internationaler Ebene, vor allem basierend auf amerikanischen Studien, bereits bemerkenswert viele Erkenntnisse vor. Dieser Bericht stellt daher ausgewählte evidenzbasierte Programme vor, um Anstösse für die Diskussion in der Schweiz zu geben.

Gewaltprävention als Teil einer umfassenden Gesundheitsförderung

Es ist seit Langem bekannt, dass Gewalt zu einem Komplex von jugendlichem Problemverhalten gehört, der Suchtverhalten (z.B. Drogen- und Alkoholkonsum), schulische und berufliche Probleme, verschiedene Arten risikoreichen Verhaltens (z.B. «Rasen» im Strassenverkehr, ungeschützter Sexualverkehr) sowie instabile Paarbeziehungen einschliesst. Viele dieser Verhaltensprobleme haben gemeinsame Ursachen und verlangen ähnliche präventive Massnahmen.

Wir glauben daher, dass Gewaltprävention nicht als isolierte Aktivität betrieben werden sollte. Diesem Bericht liegt vielmehr eine Public-Health-Perspektive zugrunde, wie sie etwa kürzlich von der **VIOLENCE PREVENTION ALLIANCE DER WELTGESUNDHEITS-ORGANISATION WHO** formuliert wurde.¹ Sie betrachtet Gewaltprävention als Teil einer umfassenden Förderung der Lebenschancen und Lebenskompetenzen von Kindern und Jugendlichen.

Lebensphasen und Lebensbereiche umfassende Gewaltprävention

Gewalt oder Gewaltbereitschaft kann nicht an einer einzigen Ursache festgemacht werden. Vielmehr ist sie das Resultat des Zusammenwirkens einer Vielzahl von äusseren und inneren Einflüssen. Sie können geordnet werden, indem man sie als verschiedene Wirkungsebenen versteht, welche in jeder Phase des Lebenslaufs auf die weitere Entwicklung des Individuums einwirken. Wichtige Wirkungsebenen sind das Individuum selbst (z.B. Persönlichkeit), die Familie (z.B. Erziehung), die Schule (z.B. Lernerfahrungen) und die Nachbarschaft (z.B. Zusammenhalt).

Die Wahrscheinlichkeit von Jugendgewalt steigt in dem Masse, in dem belastende Einflüsse in verschiedenen Lebensphasen und auf mehreren Ebenen zum Tragen kommen. Der vorliegende Bericht geht daher von einer Perspektive aus, welche Ansätze zur Prävention auf allen Altersstufen und auf verschiedenen Wirkungsebenen gleichermassen ins Auge fasst.

Erreichen von wenig integrierten Bevölkerungsgruppen

In allen modernen Gesellschaften sind Täter wie Opfer von Gewalt überdurchschnittlich häufig Angehörige von wirtschaftlich unterprivilegierten und gesellschaftlich wenig integrierten Gruppen. In der Schweiz sind dies nicht ausschliesslich, aber zu einem wesentlichen Teil Migranten und Migrantinnen aus nicht-westlichen Staaten.

Die Botschaften von Präventionsprogrammen allerdings erreichen am ehesten die sozial integrierten Mittelschichten. Sozial wenig integrierte, bildungsferne, durch äussere oder innere Probleme belastete Personen und Gruppen hingegen sind sehr viel schwieriger

für Präventionsanliegen zu gewinnen. Eine Folge ist der Matthäus-Effekt der Präventionspraxis: «Wer hat, dem wird gegeben.»

Dieser Bericht zeigt, wo in Familie, Schule und Nachbarschaft besondere Schwierigkeiten bestehen und wie auf diese Hindernisse reagiert werden könnte. Er geht davon aus, dass die Prävention von Gewalt durch Jugendliche mit einem Migrationshintergrund keine grundsätzlich anderen Massnahmen erfordert, als die Prävention von Gewalt durch Schweizer Jugendliche. Allerdings sind wir der Ansicht, dass die Umsetzung von wirksamen und alle Risikogruppen erreichenden Massnahmen besonderer Überlegungen bedarf, insbesondere wie sprachliche, kulturelle und sozio-ökonomische Schranken überwunden werden können.

¹ World Health Organisation Violence Prevention Alliance: Building Global Commitment for Violence Prevention, Geneva.

1 Gewalt von Jugendlichen in der Schweiz

Eine realistische Einschätzung der Problemlage ist eine wichtige Voraussetzung für wirksame Prävention. Um hierfür eine Grundlage zu schaffen, schildern wir im Folgenden ausgewählte Indikatoren zu Entwicklung von Jugendgewalt sowie zur Belastung von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund. Mit **JUGENDGEWALT** meinen wir die Ausübung oder Androhung von körperlicher Gewalt durch Personen im Alter von 12 bis 18 Jahren. Allerdings findet man in amtlichen Statistiken auch etwas andere Altersabgrenzungen, denen wir bei der Auswertung folgen müssen.

Entwicklung

Verfügbare Daten

Zur Beurteilung der Entwicklung von Jugendgewalt über die vergangenen 20 Jahre steht im Wesentlichen die **POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK DER SCHWEIZ** zur Verfügung. **DIE SCHWEIZERISCHE STATISTIK DER JUGENDSTRAFURTEILE** ist erst seit 1999 verfügbar und daher zu jung, um zuverlässig Trends zu beurteilen. **DIE SCHWEIZERISCHE OPFERBEFRAGUNG** (Killias und Lamon 2000) schliesst die gesamte Wohnbevölkerung ein und erlaubt nur sehr eingeschränkt Aussagen über Jugendliche. Zeitreihen von spezialisierten Jugendbefragungen über selbst berichtete Gewalt und Opfererfahrungen – mit identischem Studiendesign über mehrere Zeitpunkte durchgeführt – gibt es hingegen bis heute nicht.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik der Schweiz (PKS) führt seit ihrem Bestehen (d.h. seit 1982) bei allen Delikten neben der Gesamtzahl der polizeilich ermittelten Täter auch die Zahl der ermittelten minderjährigen Täter auf.² Bis 1995 wurden hierunter Täter im Alter von 7 bis unter 18 Jahren erfasst, seit 1996 bezieht sich die Statistik auf Täter bis unter 16 Jahren.

Die Zahl der Gewaltdelikte von Jugendlichen, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden, hat seit etwa 1990 stark zugenommen. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung für drei Tatbestände der PKS, nämlich **KÖRPERVERLETZUNG, RAUB, sowie DROHUNG, NÖTIGUNG UND ERPRESSUNG** zusammengefasst. Bei den gezeigten Werten handelt es sich jeweils um die Kriminalitätsraten pro 100 000 Personen der altersgleichen Bevölkerung (d.h. 7 bis 17 Jahre von 1982 bis 1995 und 7 bis 15 Jahre von 1996 bis 2004).

Die Daten lassen während der vergangenen 20 Jahre einen markanten Anstieg erkennen. Bei Raub und Körperverletzung werden Jugendliche heute mehr als dreimal häufiger als Tatverdächtige registriert als in der Mitte der 1980er Jahre, bei Drohung und Nötigung zeigen die Zahlen eine Verachtfachung. Die Zunahme der ermittelten jugendlichen Täter verläuft ungefähr parallel zu einer entsprechenden Zunahme bei den erwachsenen Tätern.

Im Bereich der Eigentumsdelikte weist die PKS weder bei Jugendlichen noch bei Erwachsenen eine Zunahme aus. Die Daten zeigen im Gegenteil bei verschiedenen Delikten, besonders bei Fahrzeugdiebstahl und Einbruch, einen klaren Rückgang.

Polizeiliche Daten verzerren die tatsächliche Entwicklung

Würde der Anstieg der polizeilich erfassten jugendlichen Gewalttäter einer tatsächlichen Zunahme entsprechen, dann wäre dies eine wahrhaft Besorgnis erregende Entwicklung. Es gibt jedoch etliche Gründe dafür, dass die Zunahme der registrierten Jugendgewalt zu einem wesentlichen Teil die Folge einer grösseren Anzeigetendenz in der Bevölkerung sowie einer umfassenderen Registrierung durch die Polizei ist.

Zunahme der erfassten Gewaltdelikte

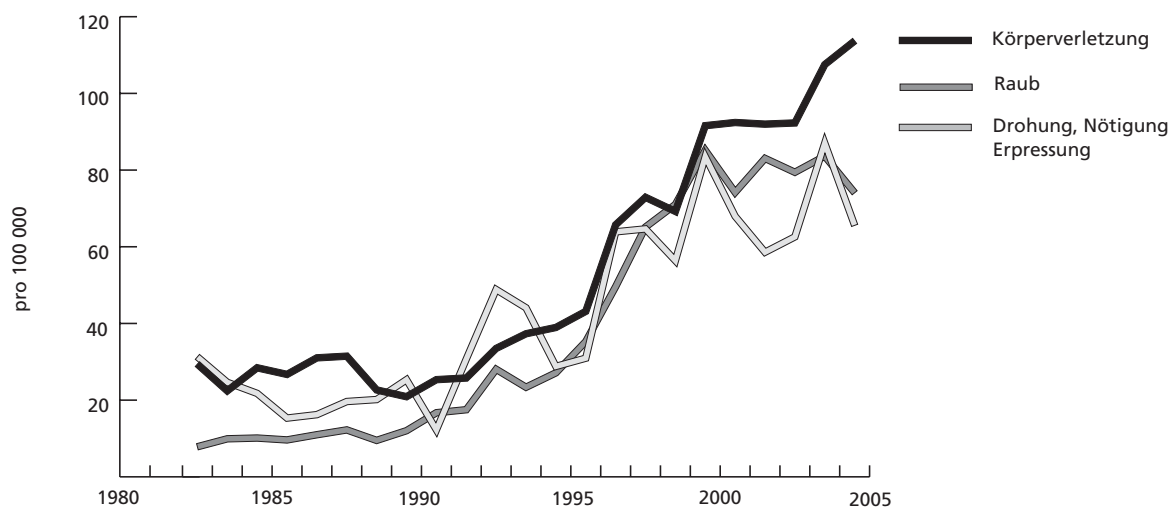
Gründe für Vor- sicht gegenüber der Zunahme in der Polizei- statistik

² Genauer ist die polizeiliche Kriminalstatistik eine Statistik der «Tatverdächtigen». Die Daten werden in aller Regel dann erfasst, wenn gemäss polizeilichen Abklärungen ein Tatverdacht erhärtet ist und der Fall an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet wird.

1. Seit Anfang der 1990er Jahre kam es auch in den Niederlanden und Schweden zu einer explosionsartigen Zunahme von polizeilich registrierter Jugendgewalt. In beiden Ländern existieren allerdings Zeitreihen, welche auf Befragungen von Jugendlichen basieren und damit von der Polizei unabhängig sind. Sie beruhen entweder auf Angaben zu Opfererfahrungen oder über selbst berichtete Gewaltausübung. Diese Befragungsdaten zeigen aber weder bei den Opferzahlen noch bei den Angaben zu Tätern eine Zunahme. Studien, welche Polizeistatistik und Befragungsdaten vergleichen, kommen übereinstimmend zum Schluss, dass die Angaben der Jugendlichen selbst eine bessere Quelle zur Beurteilung der realen Entwicklung sind (Estrada 1997).
2. Zwischen 1998 und 2005 hat in Deutschland das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) mehrere Befragungen zu Jugendgewalt in Städten durchgeführt. Die Daten zeigen während dieses Zeitraumes in allen deutschen Städten sowohl gemäss Angaben der Opfer wie bei den Tätern einen ausgeprägten Rückgang von Gewalt. Gleichzeitig ist die polizeilich registrierte Jugendgewalt gemäss deutscher PKS weiter gestiegen. Gemäss Analysen des KFN ist hierfür mindestens teilweise verantwortlich, dass seit Ende der 1990er Jahre die Anzeigebereitschaft der Jugendlichen selbst, der Lehrpersonen, aber auch der Eltern deutlich gestiegen ist. Dies gilt insbesondere, wenn ausländische Täter deutsche Jugendliche angreifen (Wilmers, Enzmann, Schaeffer, Herbers, Grewe, und Wetzels 2002).
3. Eine massive tatsächliche Zunahme des Umfangs von Jugendgewalt müsste sich auch in einem Anstieg von Gewaltdelikten mit gravierenden Folgen für die Opfer niederschlagen. Gerade hier gibt es aber keinerlei Anzeichen für einen zunehmenden Trend. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung von drei Formen von schwerster Gewaltausübung: vollendete Tötungsdelikte, Raubüberfälle mit Schusswaffen und Körperverletzungen mit Hieb- und Stichwaffen. Gemäss der Schweizerischen Kriminalstatistik haben alle drei Formen von massiver Gewalt die höchste Häufigkeit um 1991 erreicht. Seither ist ihre Häufigkeit um etwa ein Drittel zurückgegangen. Polizeistatistiken gelten bei schwerer Gewalt als zuverlässige Gradmesser und wir halten es für unwahrscheinlich, dass Jugendgewalt ausschliesslich bei wenig gravierenden Formen zugenommen hat.

Insgesamt gehen wir aus diesen Gründen davon aus, dass Jugendgewalt in den letzten 10 bis 15 Jahren nicht massiv zugenommen hat.

Abbildung 1: Polizeilich registrierte jugendliche Tatverdächtige bei Gewaltdelikten, 1982 bis 2005, pro 100 000 der altersgleichen Bevölkerung



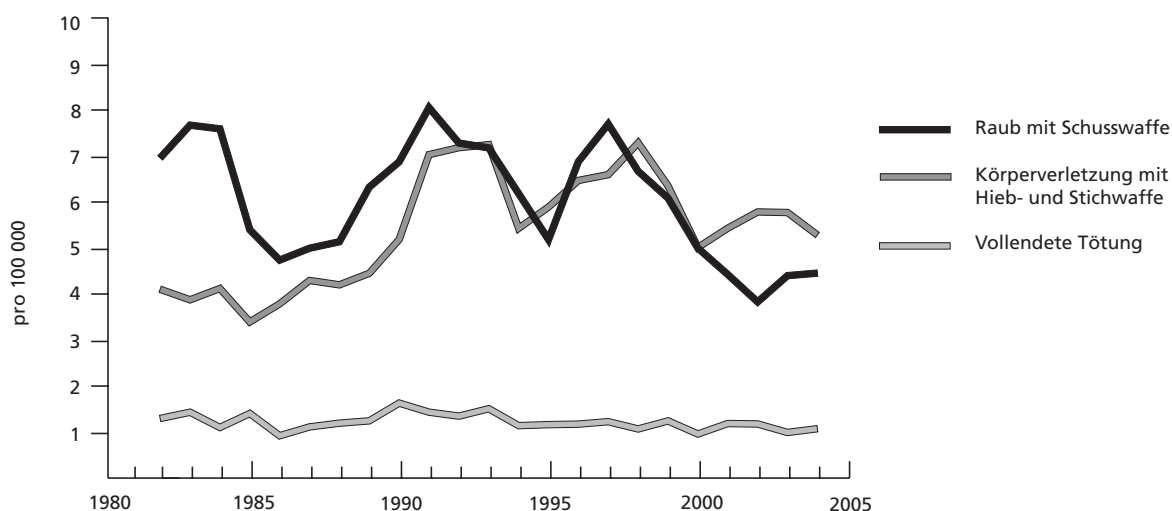
Quelle: Bundesamt für Polizei, Polizeiliche Kriminalstatistik.

Gewalt nach Nationalität im Bild amtlicher Kriminalstatistiken

Die PKS enthält nur unzureichende Daten zur Nationalität und zum Aufenthaltsstatus der Tatverdächtigen. Dazu gehört, dass keine Informationen zur Staatsangehörigkeit, zum Aufenthaltsstatus (z.B. Niedergelassene, Jahresaufenthalter, Asylsuchende), zum Alter

oder zum Geschlecht der ausländischen Tatverdächtigen aufgeführt werden. Seit 1988 wird einzig zwischen Ausländern **MIT** und **OHNE** Wohnsitz in der Schweiz unterschieden, wobei nicht weiter spezifiziert ist, welches Wohnsitzkriterium zugrunde gelegt wird. Tabelle 1 zeigt für einzelne Delikte den Anteil ausländischer Täter mit Wohnsitz in der Schweiz am Total aller in der Schweiz wohnhaften Täter.

Abbildung 2: Schwere Gewaltdelikte in der Schweiz, 1982 bis 2004, pro 100 000 Einwohner



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik der Schweiz.

Tabelle 1: Anteil ausländischer Tatverdächtiger mit Wohnsitz in der Schweiz an allen in der Schweiz wohnhaften Tatverdächtigen, 1988, 1994 und 2004

%-Anteil ausländischer Nationalität	Tötungsdelikte	Körperverletzung	Raub	Drohung	Vergewaltigung
1988	30%	38%	31%	36%	51%
1994	41%	48%	38%	48%	59%
2004	47%	53%	57%	50%	62%

Quelle: Bundesamt für Polizei, Polizeiliche Kriminalstatistik.

Die Daten lassen einen erheblichen Anstieg des Anteils ausländischer Täter im Verlauf der vergangenen 15 Jahre erkennen. Heute sind bei Gewaltdelikten zwischen 47 und 62 Prozent der Tatverdächtigen ausländischer Nationalität. Gleichwie, ob man als Vergleichsgrösse die gesamte ausländische Gesamtbevölkerung (rund 22 Prozent der Wohnbevölkerung) oder nur die männliche Bevölkerung im Alter von 15 bis 30 Jahren (rund 28 Prozent der Wohnbevölkerung) wählt, ergibt sich hieraus eine deutlich erhöhte Belastung.

Ausländische Jugendliche bei den Strafurteilen wegen Gewalt übervertreten

Die Polizeiliche Kriminalstatistik der Schweiz lässt sich nicht nach der Nationalität der jugendlichen Tatverdächtigen aufschlüsseln. Hierfür muss man sich auf die schweizerische Statistik der Jugendstrafurteile stützen (siehe Tabelle 2). Sie zeigt, dass im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 rund 40 Prozent aller Urteile mit Gewaltstraftaten gegen Jugendliche schweizerischer Nationalität ergingen. 57 Prozent betrafen jedoch ausländische Jugendliche mit Wohnsitz in der Schweiz. Weitere 3 Prozent ergingen gegen Jugendliche ohne Wohnsitz in der Schweiz. Vergleicht man diese Daten mit der Verteilung in der Wohnbevölkerung der Schweiz, ergibt sich eine Überbelastung um das Drei- bis Vierfache.

Herkunft und soziale Lage: Gewalt von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Die Klassifikation der amtlichen Statistik in **SCHWEIZER** und **AUSLÄNDER** folgt einem rein legalen Kriterium: dem Besitz des Schweizer Passes. Diese Klassifikation suggeriert eine irreführende Dichotomie, gibt bekanntermaßen fremdenfeindlichen Strömungen Aufschub und ist analytisch unbrauchbar. Um besser zu verstehen, was sich hinter den amtlichen Daten verbirgt, muss eine genauere Analyse geleistet werden. Gerade den Zusammenhang zwischen Migrationserfahrungen und sozialem Hintergrund muss man präziser betrachten. Wir tun dies anhand der Daten der Zürcher Jugendbefragung (Eisner, Manzoni, Ribeaud 2000). Obwohl sie bereits aus dem Jahr 1999 stammt, eignet sie sich gut, um das zentrale Problem zu umreissen.

Die Klassifikation in «Ausländer» und «Schweizer» ist irreführend

Tabelle 3 zeigt hierzu die Rate der selbstberichteten Gewalt (d.h. Jugendliche, welche angeben, mindestens einmal im Leben schon ein Gewaltdelikt verübt zu haben) für verschiedene Gruppen. Unser Unterteilungskriterium ist nicht die Nationalität, sondern die Migrationserfahrung der Eltern. Wir gruppieren die Jugendlichen also danach, ob ihre Eltern aus dem Ausland in die Schweiz eingewandert sind und aus welchem Land sie gekommen sind. Gleichzeitig zeigen wir einige ausgewählte Merkmale des sozio-ökonomischen Hintergrunds der Migrantengruppe.

Tabelle 2: Nationalität abgeurteilter jugendlicher Gewalttäter, Durchschnitt 2001 bis 2003

	Vorsätzliche Tötung	Körperverletzungen	Raub	Erpressung	Drohung und Nötigung	Freiheitsberaubung
Schweizer	54%	38%	36%	34%	45%	38%
Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz	39%	60%	62%	62%	53%	49%

	Straftaten gegen die sex. Integrität	Landfriedensbruch	Gewalt gegen Behörden / Beamte	Alle Urteile mit Gewaltstraftaten
Schweizer	37%	67%	46%	41 %
Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz	62%	33%	45%	57 %

Quelle: Schweizerische Statistik der Jugendstrafurteile.

Die Gewaltbelastung hängt mit der sozialen Lage und den Lebenserfahrungen von immigrierten Gruppen zusammen

Die Auswertungen zeigen, dass es bezüglich der Gewaltausübung **KEINE GENE-RELLE** Übervertretung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gibt. Jugendliche, deren Eltern aus westlichen Industriestaaten in die Schweiz gekommen sind (vor allem aus Deutschland, Österreich, USA – meistens mit hoher Bildung und hohen beruflichen Qualifikationen) haben eine **TIEFERE** Belastung als schweizerische Jugendliche. Hingegen weisen Jugendliche, deren Eltern oft mit wenig Bildung aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Italien, der Türkei und anderen südeuropäischen Staaten (Spanien, Portugal, Griechenland) in die Schweiz gekommen sind, eine **ERHÖHTE** Belastung auf.

Die Tabelle vermittelt ausserdem einen Eindruck davon, wie stark sich die Lebenserfahrungen und familiären Hintergründe dieser Gruppen unterscheiden. Beispielsweise haben 40 Prozent der türkischen Jugendlichen kein eigenes Zimmer, während dies bei 6 Prozent der Schweizer Jugendlichen der Fall ist. 60 Prozent der türkischen Väter hatten keine Berufsausbildung und 25 Prozent der Mütter haben keinen Schulabschluss, beides Phänomene, die Schweizer Jugendliche praktisch nicht aus eigener Familienerfahrung kennen.

Insgesamt zeigt die Tabelle einen wichtigen Sachverhalt: Unterschiede in der Gewaltwahrscheinlichkeit zwischen Gruppen von Immigrierten sind im Wesentlichen eine Funktion der sozialen Lage der immigrierten Bevölkerungsgruppe.

Tabelle 3: Selbstberichtete Gewalt nach Nationalität, 15-jährige Jugendliche im Kanton Zürich, 1999

	Im letzten Jahr Gewalt ausgeübt	Kein eigenes Zimmer	Keine Berufsaus- bildung des Vaters	Kein Schulabschluss der Mutter
Schweiz	12%	6%	2%	< 1%
Westliche Industriestaaten	8%	5%	2%	< 1%
Ehem. Jugoslawien	18%	43%	28%	12%
Andere Südeuropa	22%	28%	40%	12%
Italien	24%	18%	34%	11%
Türkei	25%	40%	60%	25%

Quelle: Zürcher Jugendbefragung, Eisner, Manzoni, Ribeaud (2000).

Vier Kernaussagen

- Über die vergangenen 20 Jahre ist es in der Schweiz nicht zu einer Zunahme schwerer Gewalt gekommen. Seit Anfang der 1990er Jahre ist im Gegenteil ein rückläufiger Trend festzustellen. Die starke Zunahme von angezeigtter Jugendgewalt ist vermutlich im Wesentlichen auf eine erhöhte Sensibilisierung der Gesellschaft, eine steigende Anzeigebereitschaft und eine vermehrte Registrierung zurückzuführen.
- «Ausländische» Jugendliche sind in der polizeilichen Kriminalstatistik und der Strafurteilsstatistik deutlich übervertreten. Diese Überbelastung zeigt sich auch in Daten zu selbstberichteter Gewalt und in Opferbefragungen – sie ist kein Artefakt der Statistik. Wirksame Prävention kann nur betrieben werden, wenn diese Gruppen erreicht werden.
- Sozial privilegierte Jugendliche mit Migrationshintergrund haben gegenüber Schweizer Jugendlichen eine tiefere Gewaltwahrscheinlichkeit. Eine höhere Belastung ist bei jenen Gruppen von Jugendlichen festzustellen, deren immigrierte Eltern geringe Bildung und tiefe berufliche Positionen haben.
- Viele Präventionsmassnahmen erfordern die aktive Beteiligung der Familien. Aus diesem Grund müssen Bemühungen vermehrt darauf ausgerichtet werden, auch fremdsprachige und bildungsferne Familien mit Migrationshintergrund für Präventionsmassnahmen zu erreichen.

2 Lebenslauf und Gewalt

Wenn in Medien oder Politik von Gewalt die Rede ist, richtet sich der Blick fast immer zuerst auf «die Jugend». Das hat insofern seine Berechtigung, als viele strafrechtlich verfolgte und für die Opfer besonders folgenschwere Formen der Gewaltausübung (Raub, Vergewaltigung, Körperverletzung, Mord) im Verlauf der Adoleszenz mit zunehmender Häufigkeit begangen werden und eine Spitze im Alter von etwa 17 bis 24 Jahren erreichen.

Allerdings verstellt eine solche Einnengung den Blick auf Realitäten, die für eine wirksame Prävention entscheidend sind. Dazu gehört, dass Gewalt und Aggression Verhaltensweisen sind, die sich in jeder Altersphase beobachten lassen und dass Jugendgewalt nur ein Ausschnitt aus einer biographischen Entwicklung ist (vgl. z.B. Loeber und LeBlanc 1990; Tremblay, Nagin, Séguin, Zoccolillo, Zelazo, Boivin, Pérouse, und Japel 2004). Dem entspricht, dass viele Faktoren, welche auf Jugendgewalt einwirken, ihre Wurzeln im Kindheitsalter und teilweise sogar noch früher in der Entwicklung eines Menschen haben.

Wir zeigen in diesem Kapitel, weshalb eine **LEBENS LAUF PERSPEKTIVE** eine wesentliche Grundlage für nachhaltige Gewaltprävention ist, welche Faktoren in verschiedenen Lebensphasen auf die Gewaltwahrscheinlichkeit einwirken, und in welchen Bereichen Jugendliche mit Migrationshintergrund durch Risikofaktoren erhöht belastet sind.

Abnahme von körperlicher Aggression als normale Entwicklung

Die Lebenslaufforschung kann inzwischen die Entwicklung von körperlicher Aggression vom Säuglingsalter bis ins Erwachsenenalter gut nachzeichnen. Sie zeigt, dass sich Gewalt in verschiedenen Altersphasen unterschiedlich manifestiert und dass ihre Manifestationsformen mit alterstypischen Aktionsfeldern und Veränderungen in den Entwicklungsaufgaben in Zusammenhang stehen (vgl. z.B. Loeber und Hay 1997) (Tabelle 4).

Tabelle 4: Manifestationsformen von Gewalt und Aggression im Lebenslauf

Alter (Jahre)	Wichtige Verhaltensfelder	Manifestationsformen von Aggression und Gewalt
0 bis 2	Mutter, Vater, Geschwister	Wutausbrüche; Aggressionen
2 bis 4	Eltern, Geschwister, Krippe, Spielplatz	Wutausbrüche, Zerstörungen von Sachen; Schlagen und Beissen
5 bis 11	Eltern, Kindergarten, Primarschule, Spielplatz, Hort, Gleichaltrige	Plagen; Streiten; Sachen zerstören; Tiere quälen
12 bis 16	Schule, Freundesgruppen, Freizeit ohne Erwachsene, erste Intimpartner	Drohungen; Erpressen; Schlägereien; Gewalt in Gruppen
17 bis 25	Freundesgruppen, Schule, Freizeit, Intimpartner	Gewalt in Gruppen; Raub; Körperverletzungen; sexuelle Gewalt
25+	Familie, eigene Kinder, Arbeitsplatz, Freizeitaktivitäten	Körperverletzung; Gewalt im Umfeld von Alkohol; familiäre Gewalt

Körperliche Aggression wird mit zunehmendem Alter seltener

Forschungen über die Verbreitung von körperlicher Aggression in unterschiedlichen Altersphasen zeigen, dass physische Aggression in der frühen Kindheit bis zu einem gewissen Ausmass ein normales Konfliktverhalten ist und bei der Mehrheit von Kindern beobachtet werden kann. Etwa ab dem 3. Altersjahr und während der gesamten Primarschulzeit werden Wutausbrüche und das Austragen von Konflikten mit körperlicher Aggression bei den meisten Kindern immer seltener (Tremblay et al. 2004).

Der Trend hin zu weniger Gewalt setzt sich im Jugendalter fort. In einer niederländischen Studie beispielsweise sank die sogenannte Prävalenz – der Anteil der Gewalt ausübenden Personen – von Gewalt gegen Personen von 26% im Alter von 14 bis 15 Jahren auf 20% bei 16-Jährigen und 17% bei 20-Jährigen (Terlouw und Bruinsma 1994).

Dieselbe Entwicklung zeigt auch eine von uns durchgeführte Befragung von 400 Lehrpersonen in der Stadt Zürich im Jahr 2002 (Eisner, Manzoni, Ribeaud, und Schmid 2003). Hier wurden die Lehrpersonen gefragt, wie häufig sie in ihrer Klasse aggressives Verhalten beobachten. Die Auswertungen ergeben, dass die meisten Formen von verbaler und körperlicher Aggression im Kindergarten am häufigsten sind. Im Verlauf der Primarschule und der Oberstufe werden sie von Lehrpersonen immer seltener beobachtet.

Hieraus ergibt sich die wichtige Folgerung, dass Gewaltprävention im Lebenslauf eigentlich nicht etwas verhindert, was vorher nicht vorhanden war. Vielmehr stützt und fördert sie eine normale Entwicklung, in deren Verlauf Kinder zunehmend **SOZIALE KOMPETENZEN** erwerben, welche es ihnen ermöglichen, aggressive Impulse unter Kontrolle zu halten und welche in täglichen Interaktionen als Alternativen zum Einsatz von Gewalt dienen (Loeber und Hay 1997).

Kontinuität von Gewalt im Lebenslauf

Wie stabil sind aggressive Tendenzen im Lebenslauf?

Gleichwie, ob man Säuglinge, Kleinkinder, Jugendliche oder Erwachsene betrachtet: In jedem Altersabschnitt bestehen zwischen Individuen ausgeprägte Unterschiede in aggressiven Verhaltenstendenzen, wobei ein kleiner Prozentsatz jeweils durch besonders hohe Aggressionsneigung auffällt. Die Längsschnittforschung ist der Frage nachgegangen, in welchem Ausmass diese Unterschiede über verschiedene Lebensphasen hinweg die sel-

ben Individuen betreffen, mit anderen Worten: inwiefern Aggressivität ein stabiles Merkmal in der Entwicklung eines Menschen ist.

Die Ergebnisse zeigen, dass Unterschiede zwischen Individuen im Lebenslauf **RELATIV STABIL** sind – Personen mit einer hohen Gewaltbereitschaft in einer früheren Lebensphase sind mit höherer Wahrscheinlichkeit auch später gewalttätig (Tolan und Gorman-Smith 1998). Durch neutrale Beobachter als aggressiv eingeschätzte Kleinkinder sind beispielsweise auch in der Primarschule überdurchschnittlich häufig in Prügeleien verwickelt; Aggression im Alter von 6 bis 11 Jahren ist ein Prädiktor für Gewalt und schwere Delinquenz im Alter von 15 bis 25 Jahren; und Gewalt im Jugendalter ist ein Prädiktor für die Wahrscheinlichkeit, im Erwachsenenalter Gewalt auszuüben. Über Zeiträume von 2 bis 4 Jahren können hohe Korrelationen von rund 0.60 bis 0.70 beobachtet werden, über längere Zeiträume sinken die Zusammenhänge (Moffitt, Caspi, Rutter, und Silva 2001; Olweus 1979).

Das heisst auch, dass über verschiedene Altersstufen hinweg ein erhebliches Ausmass an Veränderung stattfindet. Gewalt und Aggression sind kein biographisch vorgeprägtes Schicksal, sondern werden durch den Fluss von Ereignissen in allen Lebensphasen beeinflusst. Lebenslauforientierte Prävention kann dazu beitragen, dass in verschiedenen Lebensphasen aggressive Potentiale abgebaut werden und dass die Entwicklung eines Individuums positiv beeinflusst wird.

Gewalt und andere Formen von Problemverhalten im Lebenslauf

Körperlich aggressives Verhalten ist in allen Lebensphasen mit einer Reihe von anderen Verhaltensproblemen korreliert (sog. Komorbidität) (Tabelle 5).

Gewalttätige Jugendliche üben beispielsweise häufig Eigentumsdelikte wie Ladendiebstahl oder Einbruch aus, haben oft einen übermässigen Alkohol- oder Drogenkonsum und schwänzen häufig die Schule. In der Zürcher Jugendbefragung zeigte sich etwa, dass unter denjenigen Jugendlichen, welche mindestens einmal im vorangehenden Jahr physische Gewalt ausgeübt hatten, 72% auch ein Eigentumsdelikt verübt hatten, 67% auch illegale Drogen konsumierten und 53% auch mindestens einmal pro Monat Alkohol konsumierten (vgl. Eisner, Manzoni, und Ribeaud 2000). Diese Werte sind klar höher als in der nicht-gewalttätigen Referenzgruppe. Die

Gewalt und andere Verhaltensprobleme hängen zusammen

Überlappung mit anderen Formen von Problemverhalten verstärkt sich noch, wenn man den Vergleich auf jene Jugendlichen einschränkt, welche mehrfach Gewalt ausgeübt haben. Ähnliche Zusammenhänge sind aus vielen empirischen Studien belegt (vgl. die Übersicht in Huizinga und Jakob-Chien 1998).

Der Befund, dass Gewalt und Aggression in allen Lebensphasen Teil eines Syndroms von Verhaltensproblemen sind, hat wichtige Implikationen für die Prävention. Er bedeutet, dass wirksame Gewaltprävention in der Regel auch positive Auswirkungen auf andere Lebensbereiche hat, dass Gewaltprävention mithin Teil einer breiteren Förderung von Lebenschancen ist.

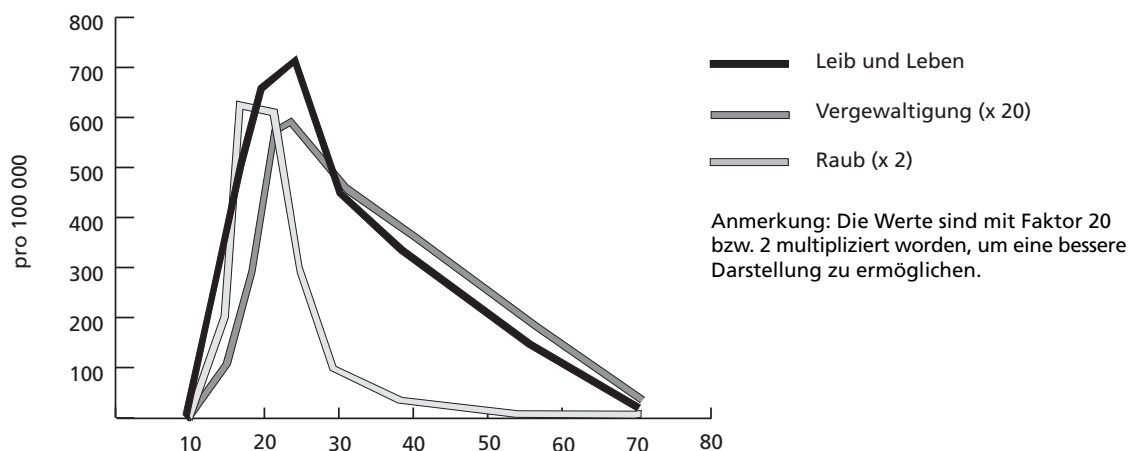
Die Alterskurve von strafrechtlich verfolgter Gewalt

Strafrechtlich verfolgte Gewalt (d.h. Tötungsdelikte, Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung) hat in allen westlichen Gesellschaften einen typischen Verlauf über die Altersentwicklung hinweg (Abbildung 3). Wir illustrieren diese sogenannte **ALTERSKURVE** anhand von Daten des Kantons Zürich. Sie zeigen die Rate der polizeilich registrierten Täter, bezogen auf die jeweilige Wohnbevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2004. Man sieht, dass die Täterraten ab etwa dem 12. Altersjahr steil ansteigen und im Alter von etwa 20 Jahren die maximale Häufigkeit erreichen.

Tabelle 5: In verschiedenen Lebensphasen mit Aggression assoziierte Verhaltensprobleme

Alter	Mit Aggression und Gewalt korrelierte Verhaltensprobleme
Säugling/Kleinkind	Schwieriger Charakter, Trotz, Wutausbrüche
Primarschulalter	Emotionale Probleme, Aufmerksamkeitsschwäche, Impulsivität, Diebstahl
Jugendalter	Delinquenz, Alkohol, Drogenmissbrauch, Promiskuität, erhöhtes Unfallrisiko, Schwänzen
Erwachsenenalter	Delinquenz, Alkohol-, Drogenmissbrauch, Arbeitslosigkeit, instabile Beziehungen, psychische Probleme

Abbildung 3: Alterskurve für Gewaltdelikte, pro 100 000 der Bevölkerung, Delikte gegen Leib und Leben, Raub, Vergewaltigung



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik des Kantons Zürich, 1999–2004.

In der Jugendphase verändert sich der Charakter von Gewalt

Wie bereits diskutiert, ist dieser Anstieg in der Jugendphase nicht so sehr eine Zunahme der Anzahl von Individuen, die Gewalt ausüben. Vielmehr signalisiert er eine Veränderung der Qualität von Gewalt und eine zunehmende staatliche Sanktion in dem Masse, in dem das Individuum für seine Taten verantwortlich gemacht wird.

So steigt in diesen Lebensjahren das Risiko – teilweise infolge der zunehmenden körperlichen Kraft, teilweise infolge Zugang zu Waffen –, dass Gewalt auch massive Formen annimmt. Ausserdem verlagern sich Gewaltereignisse von der Schule, dem Schulweg und dem Umfeld des Zuhause in anonyme Räume (z.B. Jugendhaus, Stadtzentrum), wo eine Anzeige bei der Polizei wahrscheinlicher wird. Des weiteren wird in diesem Alter Gewalt zu einem Gruppenphänomen, so dass Schlägereien zwischen verfeindeten Gruppen oder Raubüberfälle alterstypische Erscheinungsformen von Gewalt sind. Und schliesslich steigt nun das Gefälle zwischen den Geschlechtern an, so dass die weit meisten Gewaltakte von männlichen Jugendlichen begangen werden. Und obwohl sich in der Jugend wie in der Kindheit die meiste Gewalt unter Angehörigen desselben Geschlechts abspielt, nimmt der Anteil von Gewalt zwischen Geschlechtern – vor allem sexuelle Gewalt von Knaben gegen Mädchen – zu.

Etwa ab dem 20. Altersjahr sinkt die Häufigkeit von Gewaltdelikten wieder allmählich ab. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die weit überwiegende Zahl von Delikten durch Erwachsene begangen wird. Beispielsweise sind Erwachsene für rund 80 Prozent aller Delikte gegen Leib und Leben sowie rund 85 Prozent aller Vergewaltigungen verantwortlich.

Die meisten Gewaltdelikte werden von Erwachsenen verübt

Die kriminologische Lebenslaufforschung hat mehrfach Zusammenhänge zwischen strafrechtlich relevanter Gewalt im Jugendalter und aggressivem Verhalten in der Kindheit untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass die Intensität von Gewalt im Jugendalter grösser ist, wenn während der Kindheit in erheblichem Umfang altersinadäquates aggressives Verhalten festgestellt wurde (vgl. z.B. Loeber und Hay 1997).

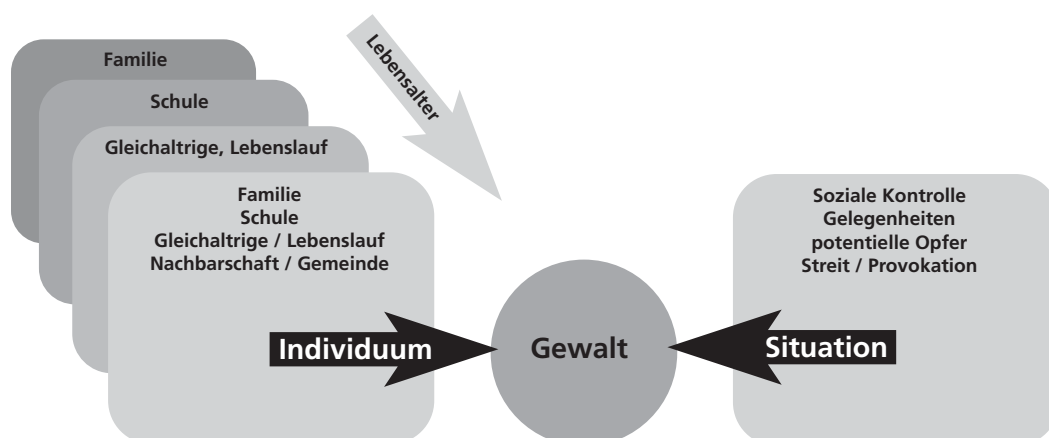
Ursachen und Risikofaktoren

Abbildung 4 zeigt ein für die Präventionsforschung hilfreiches Modell, um das Zusammenspiel verschiedener Wirkungsebenen bei der Entstehung von Gewalt zu veranschaulichen. Es hebt drei Dimensionen hervor:

Erstens wird sichtbar gemacht, dass ein konkretes Gewaltereignis das Ergebnis des Zusammenspiels von Individuum und Situa-

Situation und Disposition

Abbildung 4: Mehrebenenmodell für Gewalt im Lebenslauf



tion ist. Das Individuum bringt Vorstellungen, Erwartungen, Absichten in eine Situation. Die Situation (z.B. die Provokation durch ein Klassenmitglied, die fehlende soziale Kontrolle in einer leeren Strasse nachts, die Rückweisung durch den Türsteher vor der Disco) bietet Gelegenheiten, um sich gewalttätig zu verhalten. Prävention kann auf beiden Ebenen – der Situation und der individuellen Disposition – ansetzen. In diesem Bericht beschränken wir uns allerdings auf Massnahmen, welche auf die Entstehung von aggressiven Dispositionen im Lebenslauf einwirken möchten. Eine Darstellung situativer Massnahmen würde eine zusätzliche Analyse verlangen.

Verschiedene Wirkungsebenen

Zweitens trägt das Modell der Vorstellung Rechnung, dass in jeder Phase des Lebenslaufs verschiedene Ebenen auf ein Individuum einwirken. Für die Präventionsforschung hat sich hier die Unterscheidung zwischen Individuum (das auch auf sich selbst rückwirkt), Familie, Schule, Gleichaltrigen/Freizeit sowie Nachbarschaft als nützlich erwiesen, weil jede dieser Ebenen andere präventive Herangehensweisen nahe legt. In verschiedenen Lebensphasen sind jeweils andere Ebenen von grösserer Bedeutung. In der ersten Lebensphase stehen die Bezugspersonen der Familie im Vordergrund. Ab dem 5. bis 6. Lebensjahr kommt die Schule hinzu. Später sind ausser-schulische Kontakte mit Gleichaltrigen und ein erweiterter Aktionsraum von Bedeutung.

Allerdings sollte man sich die Ebenen nicht als voneinander getrennt vorstellen. Beispielsweise können schon in den ersten Lebensjahren Merkmale eines Quartiers (z.B. mangelndes Vertrauen, fehlende Netzwerke) Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Familie haben, welche dann die Entwicklung des Kindes beeinflussen. Nützlich erweist sich hierbei die Unterscheidung zwischen **PROXIMALEN UND DISTALEN RISIKOFAKTOREN**. **PROXIMALE RISIKOFAKTOREN** sind Ursachen und Mechanismen, die unmittelbar vom Kind oder Jugendlichen erfahren werden (z.B. elterlicher Erziehungsstil). **DISTALE RISIKOFAKTOREN** hingegen sind weiter von der Lebenswirklichkeit der Person entfernt und wirken mittelbar – über proximale Faktoren – auf den Lebenslauf ein (z.B. sozio-ökonomischer Status).

Ein Überblick über Risikofaktoren

Tabelle 6 stellt für jede Wirkungsebene die zentralen Risikofaktoren zusammen, über die gemäss aktuellem Forschungsstand weitgehende Einigkeit besteht. Es handelt sich hier nicht um eine vollständige Liste von relevanten Einflüssen, sondern um eine Auflistung jener

Einflüsse, welche als wissenschaftlich relativ gut abgesichert gelten können (für Übersichten vgl. Eisner und Ribeaud 2003; Farrington 1998; Hawkins, Herrenkohl, Farrington, Brewer, Catalano, und Harachi 1998; Loeber und Dishion 1983; Lösel und Bliesener 2003).

Ursachen und Risikofaktoren bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Wir haben in Kapitel 1 gezeigt, dass Jugendliche aus benachteiligten sozialen Lagen und mit einem Migrationshintergrund sowohl gemäss polizeilicher Statistik wie auch gemäss Befragungsdaten im Durchschnitt eher Gewalt ausüben als schweizerische Jugendliche. Zwei Fragen sind hier in Zusammenhang mit Prävention zentral: Gelten in verschiedenen Kulturen dieselben Risikofaktoren für Aggression, so dass man im Grundsatz die selben Präventionsansätze zur Anwendung bringen kann – oder benötigen wir für Angehörige verschiedener Kulturen jeweils andere Erklärungsansätze und daher andere Programme? Welche Risikofaktoren sind dafür verantwortlich, dass einzelne Gruppen überdurchschnittlich belastet sind – und können diese durch entsprechende Massnahmen beeinflusst werden?

In den letzten Jahren wurden mehrfach kulturvergleichende Studien durchgeführt, welche die Determinanten von jugendlichen Verhaltensproblemen etwa in osteuropäischen, asiatischen oder afrikanischen Gesellschaften untersuchten. Deren Ergebnisse zeigen, dass in verschiedenen Kulturen im Wesentlichen ähnliche Mechanismen für die Entstehung von Gewalt verantwortlich sind (vgl. z.B. Jessor, Turbin, Costa, Dong, Zhang, und Wang 2003; Orpinas 1999; Vazsonyi, Pickering, und Junger 2001).

Das bedeutet, dass Unterschiede zwischen Gruppen von Jugendlichen nicht auf völlig **ANDERE** Ursachen zurückzuführen sind, sondern auf Unterschiede in der **BELASTUNG** durch die selben Risikofaktoren (beziehungsweise das Fehlen von Schutzfaktoren). Man braucht daher für Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht grundsätzlich andere Prävention. Es braucht Prävention, welche zuerst diejenigen Risikofaktoren identifiziert, bei denen eine besondere Belastung besteht und bei denen eine Beeinflussung durch Prävention möglich ist, und die dann wirksame Massnahmen ergreift.

Risikofaktoren in verschiedenen Kulturen

Viele Risikofaktoren wirken in verschiedenen Kulturen ähnlich

Tabelle 6: Wichtige Risikofaktoren für Gewalt und Aggression in verschiedenen Lebensphasen
Säugling bis Kleinkindalter

Individuum	■ Ruhelosigkeit, Aufmerksamkeitsschwäche, Impulsivität ■ Mangelnde Frustrationstoleranz ■ Feindliche Wahrnehmungsmuster
Familie	■ Substanzmissbrauch während Schwangerschaft ■ Geburtskomplikationen ■ Geringe elterliche emotionale Wärme ■ Misshandlung, Vernachlässigung ■ Überforderung, Depression der Mutter ■ Tiefe sozio-ökonomische Lage

Primarschulalter

Individuum	■ Ruhelosigkeit, Aufmerksamkeitsschwäche, Impulsivität ■ Hohe Risikobereitschaft ■ Mangelnde Frustrationstoleranz ■ Geringe soziale Kompetenzen ■ Gewaltbefürwortende Einstellungen
Familie	■ Geringe elterliche emotionale Wärme ■ Mangelnde elterliche Aufsicht ■ Inkonsistenter und ineffizienter Erziehungsstil ■ Desinteresse der Eltern an kindlichen Aktivitäten ■ Elterliche Gewalt, Missbrauch, Vernachlässigung ■ Streit zwischen den Elternteilen
Schule und Freizeit	■ Schulische Probleme und geringe schulische Motivation ■ Unbeliebtheit bei Gleichaltrigen ■ Unklare Regeldurchsetzung im Schulhaus ■ Negatives Schulhausklima

Jugendalter

Individuum	■ Geringe Selbstkontrolle, hohe Risikobereitschaft ■ Geringe soziale Kompetenzen ■ Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen ■ Alkohol- und Suchtmittelkonsum, Delinquenz
Familie	■ Inkonsistenter und ineffizienter Erziehungsstil ■ Elterliches Desinteresse
Schule	■ Schulischer Misserfolg ■ Unklare Regeldurchsetzung im Schulhaus ■ Negatives Schulhausklima
Gleichaltrige und Lebensstil	■ Gewaltbefürwortende Normen unter Freunden ■ Delinquenz/Gewalt in der Clique ■ Actionorientierter Lebensstil ■ Konsum von aggressionsfördernden Medieninhalten
Nachbarschaft und soziales Umfeld	■ Soziale Benachteiligung ■ Geringer Zusammenhalt im Quartier ■ Hohe Mobilität (Weg-/Zuzüge) ■ Kriminalität/Drogenprobleme im Quartier ■ Geringes Engagement für geteilte Anliegen

Tabelle 7: Mehrbelastung ausländischer Jugendlicher bei ausgewählten Risikofaktoren im Vergleich zu schweizerischen Jugendlichen¹

Risikofaktor	Türkei	Ehem. Jugoslawien	Westl. Mittelmeer ²
Soziale Lage der Familie			
Sozialer Status der Eltern	+++	+++	+++
Unterstützungsgelder	+++	++	0
Vater arbeitslos	+++	++	0
Persönlichkeit			
Geringe soziale Kompetenzen*	+++	+	+
Gewalt befürwortende Normen*	+++	++	0
Familiäres Umfeld			
Streit zwischen Eltern	+	+	0
Wenig emot. Unterstützung durch Eltern	+++	+	0
Elterliche Gewalt	+++	+	0
Schule			
Schulische Aspirationen	0	++	0
Geringe Unterstützung durch Eltern	+++	+++	+
Schulischer Erfolg	+++	+++	++
Nachbarschaft und Freizeit			
Soziale Belastung des Wohnquartiers	+++	++	+
Actionorientierte Freizeitgestaltung*	++	++	+
Gewaltbefürwortende Normen unter Freunden*	+++	++	+

Hinweise:

¹ Anzahl Beobachtungen (m/f): Schweizer 1830 (854/970); Türkei 89 (42/47); Ehem. Jugoslawien 243 (119/123); Westlicher Mittelmeerraum 275 (136/139). Da die Studie auf Daten des Kantons Zürich basiert und aus dem Jahr 1999 stammt, sind die Angaben nur als Näherungen zu verstehen.

² Italien, Spanien, Portugal.

Mit * gekennzeichnete Risikofaktoren wurden nur für die männlichen Jugendlichen berechnet.

Die Auswertungen basieren auf Unterschieden der Mittelwerte der Migrationsgruppe gegenüber der schweizerischen Vergleichsgruppe ausgedrückt in Standardabweichungen und entsprechen Cohen's Effektstärke d.

+++ Stark höhere Belastung durch Risikofaktor ($d > .60$)
 ++ Mittel höhere Belastung durch Risikofaktor ($.40 < d < .60$)
 + Wenig höhere Belastung durch Risikofaktor ($.20 < d < .40$)
 0 Keine erhöhte Belastung durch Risikofaktor ($d < .20$)

Anhand der Zürcher Jugendbefragung können wir untersuchen, bei welchen Risikofaktoren einige Gruppen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund stärker belastet sind als Schweizer Jugendliche. Wir haben diese Befunde in der Tabelle 7 zusammengestellt. Die Anzahl von Pluszeichen gibt an, wie stark wir in der entsprechenden Gruppe eine höhere Belastung im Vergleich zu schweizerischen Jugendlichen fanden.

Risikofaktoren bei immigrierten Minderheiten

Die Daten zeigen, dass Jugendliche mit einem Migrationshintergrund im Vergleich zu schweizerischen Jugendlichen bei einer ganzen Reihe von Risikofaktoren eine höhere Belastung aufweisen.

■ **SOZIALE LAGE DER FAMILIE:** Jugendliche mit Migrationshintergrund entstammen häufig Familien in einfachen sozio-ökonomischen Verhältnissen. Immigrierte Eltern haben im Vergleich zu schweizerischen Eltern durchschnittlich eine geringere Bildung, tiefere berufliche Qualifikationen und sind einem höheren Risiko von Arbeitslosigkeit und finanziellen Härten ausgesetzt. Tiefe soziale Lage ist zwar nicht unmittelbar ein Risikofaktor für Verhaltensprobleme, kann aber in Verbindung mit anderen Faktoren Probleme verstärken.

■ **FAMILIÄRES UMFELD:** Unter Familien mit einem Migrationshintergrund ist im Vergleich zu schweizerischen Familien die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Kinder und Jugendliche nicht eine adäquate Erziehung erhalten. Unter den immigrierten Gruppen mit den geringsten Bildungsressourcen ist die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Eltern ihren Kindern geringe emotionale Zuwendung zeigen, dass es Streit zwischen Partnern gibt und dass die Kinder Gewalt in der Familie erleben. All diese Aspekte sind direkte Risikofaktoren für eigene Gewaltausübung.

■ **SCHULE:** Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im Durchschnitt einer Reihe von schulischen Risikofaktoren ausgesetzt, die mit erhöhter Gewaltbereitschaft einhergehen. Eltern mit geringen eigenen Bildungsressourcen können ihnen in der Regel weniger Unterstützung und Orientierung bezüglich des Erreichens von Bildungszielen geben. Ihre Kinder sind daher bereits in der Primarschule einem erhöhten Risiko von schulischen Problemen ausgesetzt und sie bleiben auf der Sekundarstufe durchschnittlich auf tieferen Bildungstufen als Schweizer Jugendliche.

■ **NACHBARSCHAFT UND FREIZEIT:** Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wachsen im Durchschnitt in städtischen Quartieren auf, die durch eine erhöhte Dichte von Risikofaktoren für die Entstehung von Jugendgewalt gekennzeichnet sind. Hierzu gehören soziale Probleme wie Drogenmärkte, Prostitution und Gewalt durch Erwachsene. Hinzu kommen Faktoren wie geringer sozialer Zusammenhalt im Quartier und erhöhte Umzugsrate der Anwohner.

■ **PERSÖNLICHKEIT:** Im Lebenslauf erworbene soziale Kompetenzen sind ein wichtiger Schutzfaktor gegen die spätere Entstehung von Gewalt. Im Durchschnitt verfügen Jugendliche mit Migrationshintergrund über weniger differenzierte soziale Kompetenzen als schweizerische Jugendliche. Ausserdem ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie gewaltbefürwortende Normen verinnerlicht haben, erhöht.

Diese Analysen legen nahe, dass jene Präventionsstrategien die Übervertretung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wirksam reduzieren könnten, welche auf die elterliche Erziehungspraktiken positiv einwirken, welche die soziale Kompetenzen stützen und die aggressiven Muster des Umgangs mit Problemen reduzieren, welche den schulischen Erfolg verbessern und welche die Struktur von Freizeitaktivitäten positiv beeinflussen.

Drei Kernaussagen

- Es gibt kaum Individuen, die im Jugendalter unvermittelt anfangen, sich gewalttätig zu verhalten. Karrieren aggressiven Verhaltens beginnen meist in der Kindheit. Daher ist Prävention sinnvoll, die in frühen Lebensphasen einsetzt und sich am langfristigen Aufbau von Lebenskompetenzen orientiert.
- Gewalt und Aggression sind ein Teilaspekt eines Bündels von externalisierendem Problemverhalten. Viele Risikofaktoren und Schutzfaktoren, welche die Wahrscheinlichkeit von Gewalt beeinflussen, gelten in ähnlicher Weise für viele Formen von externalisierendem Problemverhalten. Die Prävention von Jugenddelinquenz, von Drogenkonsum und von Gewalt sollten als Einheit im Rahmen einer Förderung von Lebenskompetenzen betrachtet werden.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund haben bei einer Reihe von familiären, schulischen, nachbarschaftlichen und individuellen Risikofaktoren eine erhöhte durchschnittliche Belastung. Wirksame Prävention sollte auf diese Risikofaktoren einwirken.

3

Evidenzbasierte Gewaltprävention

Insgesamt ist das Problem in der Schweiz nicht, dass es zu wenig Gewaltprävention gibt. Das Problem ist, dass man nicht weiss, ob die vorhandenen Massnahmen nützen, schaden, oder wirkungslos sind. Um allerdings glaubwürdig zu sein, muss Gewaltprävention auch tatsächlich Gewalt reduzieren können. Dieser Bericht geht davon aus, dass ein **PUBLIC-HEALTH**-Ansatz, welcher die Erkenntnisse der Lebenslaufforschung berücksichtigt und auf Prinzipien der evidenzbasierten Prävention beruht, einen wesentlichen Beitrag zu einer effektiveren Präventionspolitik leisten kann (Sherman, Farrington, Welsh, und MacKenzie 2002).

Prinzip der evidenzbasierten Prävention

Evidenzbasierte Prävention beruht auf dem Grundsatz, dass die Wirksamkeit von Prävention durch gut fundierte empirische Forschung überprüft werden kann und dass durch den Zusammenzug der Forschungsergebnisse zuverlässige Kenntnisse darüber gewonnen werden können,

- welche Präventionsmassnahmen wirksam sind,
- welche Massnahmen wirkungslos sind,
- welche Massnahmen schädlich sind,
- wie Massnahmen, welche sich in der Forschung als wirksam erwiesen haben, wirksam in die Praxis umgesetzt werden können,
- wie wirksame Massnahmen auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen angepasst werden können,
- welche Aspekte der praktischen Umsetzung von Präventionsmassnahmen dafür verantwortlich sind, dass positive Wirkungen erzielt werden können.

Evidenzbasierte Prävention fusst dabei auf der korrekten Identifikation von Risikofaktoren und Schutzfaktoren, welche mit Gewalt in Zusammenhang stehen; auf der Umsetzung von Massnahmen, welche entweder Risikofaktoren reduzieren oder Schutzfaktoren stützen, sowie auf dem Nachweis der Wirkung durch methodisch durchdachte Evaluationsstudien.

Risiko- und Schutzfaktoren

Risikofaktoren und Schutzfaktoren sind Eigenheiten des Individuums, der Situation, des familiären Umfeldes, der Schule, der Nach-

barschaft und der Gesellschaft, welche dem aktuellen Wissensstand zu Folge mit grosser Wahrscheinlichkeit ursächlich auf die Entstehung von Gewalt einwirken. **RISIKOFAKTOREN** sind Faktoren, deren Vorhandensein die Wahrscheinlichkeit von Gewalt erhöht. **SCHUTZFAKTOREN** hingegen sind Merkmale, die dazu führen, dass ein Individuum trotz Vorliegen von Risikofaktoren kein Problemverhalten entwickelt.

Risiko- und Schutzfaktoren unterscheiden sich von blossen **INDIKATOREN**. Indikatoren sind Klassifikationsmerkmale, nach denen Personen unterschieden werden können, welche aber keinerlei Erklärungskraft zum Verständnis von Gewalt haben. Beispiele hierfür sind Alter, Geschlecht und Nationalität. Es ist beispielsweise richtig zu sagen, dass Männer häufiger Gewalt ausüben als Frauen. Damit ist aber keine Erklärung geleistet, warum das so ist. In gleicher Weise ist Nationalität ein blosser Indikator, der keinen erklärenden Wert hat. Es gibt keinen rationalen Grund, warum die Farbe des PASSES einen Einfluss auf die Gewaltwahrscheinlichkeit haben sollte.

Um Aussicht auf Erfolg zu haben, muss Prävention entweder Risikofaktoren reduzieren, welche Gewalt verursachen, oder aber Schutzfaktoren aufbauen, welche der Entstehung von Gewalt entgegenwirken. Präventionsmassnahmen lassen sich nach verschiedenen Kriterien unterscheiden. Besonders hilfreich ist die Unterscheidung zwischen universeller, selektiver und indizierter Prävention.

Drei Grundtypen von Prävention

UNIVERSELLE PRÄVENTION zielt auf eine Gesamtgruppe, ohne dass in der Gruppe insgesamt besondere Risikofaktoren vorliegen müssen. Sie bietet dieselben Massnahmen allen Mitgliedern der Gruppe an. Beispiele hierfür sind etwa Kurse für schwangere Frauen oder schulbasierte Programme zur Förderung von sozialen Kompetenzen. Universelle Programme sind unterstützend und proaktiv. Ein wichtiger Vorteil universeller Prävention ist, dass niemand aufgrund der Massnahme stigmatisiert wird und dass durch sie eine grosse Breitenwirkung erzielt werden kann. Dem steht der Nachteil gegenüber, dass universelle Massnahmen oft mit grossem Aufwand einher-

Universelle, selektive und indizierte Prävention

gehen, die verfügbaren Mittel über eine grosse Anzahl von Personen verteilt werden und die Wirkungen oft gering sind.

SELEKTIVE PRÄVENTION zielt auf besondere Teilgruppen oder Individuen, die durch eine erhöhte Belastung durch Risikofaktoren gekennzeichnet sind. Diese Teilgruppen stehen somit unter einem gesteigerten Risiko, gewalttätiges Verhalten zu zeigen. Um herauszufinden, welche Gruppen dies sind, ist in der Regel eine genaue Problembeschreibung und eine Kenntnis möglicher Ursachen nötig. Programme, welche auf belastete Risikogruppen ausgerichtet sind, haben den Vorteil, dass sie die Mittel gezielt dort einsetzen, wo eher Wirkungen hervorgebracht werden können. Dem steht der Nachteil gegenüber, dass unter Umständen soziale Gruppen als gewaltgefährdet stigmatisiert werden können.

INDIZIERTE PRÄVENTION sind Präventionsprogramme für jene Individuen, bei denen bereits Manifestationen von Problemverhalten festgestellt werden können und bei denen durch die Massnahmen eine Verbesserung ihrer zukünftigen Entwicklung angestrebt wird. Dies können beispielsweise therapeutische Programme für bereits delinquente Jugendliche sein.

Wie kommt die Forschung zu «Evidenzen»?

Forschungs- designs zur Überprüfung der Wirkung von Prävention

In der heutigen Präventionspraxis werden viele Projekte von Evaluationen begleitet, die in der Regel auch Aussagen über die vermutete Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen machen. Meistens handelt es sich entweder um qualitative Prozessevaluationen – also Einschätzungen darüber, wie das Projekt umgesetzt wurde und wie zufrieden die Benutzer mit dem Programm sind – oder aber um Vorher-Nachher-Messungen von ausgewählten Zielvariablen. Beide Vorgehen werden allerdings in der Forschung zu evidenzbasierter Prävention **NICHT** als Nachweis für Wirksamkeit betrachtet.

Vielmehr besteht weit herum Einigkeit darüber, dass für einen wissenschaftlich abgestützten Nachweis von positiven Wirkungen höhere Ansprüche an die Forschungsanlage gestellt werden müssen. Vier zentrale Erfordernisse sind (Sherman, Farrington, Welsh, und MacKenzie 2002):

Kriterien für evidenzbasierte Prävention

GLEICHWERTIGE KONTROLLGRUPPE: Um die Wirkung einer Massnahme bei einer bestimmten Gruppe nachzuweisen, braucht es

eine möglichst gleich zusammengesetzte Kontrollgruppe, welche die Intervention/Massnahme nicht erhält. Dies ist notwendig, weil nur so geprüft werden kann, ob sich bei der «behandelten» Gruppe Veränderungen im erwünschten Sinne ergaben, welche sich bei der Kontrollgruppe nicht beobachten lassen. Idealerweise wird die Zuteilung zu Kontroll- und Interventionsgruppe nach dem Zufallsprinzip vorgenommen. Ist das nicht möglich, werden die Gruppen nach einer Reihe von Kriterien so zusammengesetzt, dass sie einander möglichst ähnlich sind (sogenanntes **MATCHED GROUP DESIGN**).

NACHHALTIGE WIRKUNG: Ein zweites Kriterium ist der schlüssige Nachweis der angestrebten Wirkung. Dies erfordert in der Regel, dass unterschiedliche Beobachter eine Wirkung feststellen können. Beispielsweise sollten bei einer schulischen Präventionsmassnahme sowohl die Kinder selbst, die Lehrpersonen als auch unabhängige Beobachter eine Reduktion von Gewalt feststellen können. Ausserdem wird meist gefordert, dass die Wirkungen nicht nur unmittelbar nach der Intervention, sondern auch noch über einen Zeitraum danach feststellbar sind.

BESTÄTIGUNG DURCH WEITERE STUDIEN: Damit ein Präventionsprogramm als evidenzbasiert gelten kann, muss es sich in mehreren Studien als wirksam erwiesen haben.

DIE BLUEPRINTS OF VIOLENCE PREVENTION zum Beispiel fordern, dass ein Programm sich in mindestens drei Feldversuchen als wirksam im Sinne der angestrebten Effekte erweist, bevor es als «evidenzbasiert» empfohlen wird. Oftmals wird hierbei angestrebt, dass mindestens eine Studie von einer Forschergruppe realisiert wird, die nicht selbst das Programm entwickelt hat.

IDENTIFIKATION DER MECHANISMEN: Präventionsmassnahmen können aus ganz verschiedenen Gründen dazu führen, dass man nachträglich einen positiven Effekt nachweisen kann. Aus diesem Grund wird inzwischen oft gefordert, dass eine Studie zeigen kann, welche Mechanismen dazu geführt haben, dass eine Wirkung erzielt wurde. Beispielsweise sollte man idealerweise zeigen können, dass eine Massnahme zur Verbesserung des Klassenmanagements tatsächlich dazu führt, dass Kindern die Regeln des Zusammenlebens besser bekannt sind und sie sich daher eher daran halten.

Die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis

Man kann hieraus leicht sehen, dass die Überprüfung der Wirkung von Präventionsmaßnahmen aufwändige Forschung erfordert, die oft mehrere Jahre in Anspruch nimmt. Solche Forschung in vollem Umfang zu betreiben, ist in der Praxis nur in den seltensten Fällen möglich und sinnvoll. Die praktische Nutzung der Forschungserkenntnisse zu evidenzbasierter Prävention erfordert daher eine enge Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis. Die Abbildung 5 zeigt die wesentlichen Elemente dieser Zusammenarbeit.

Die Zusammenarbeit zwischen Praxis und Forschung

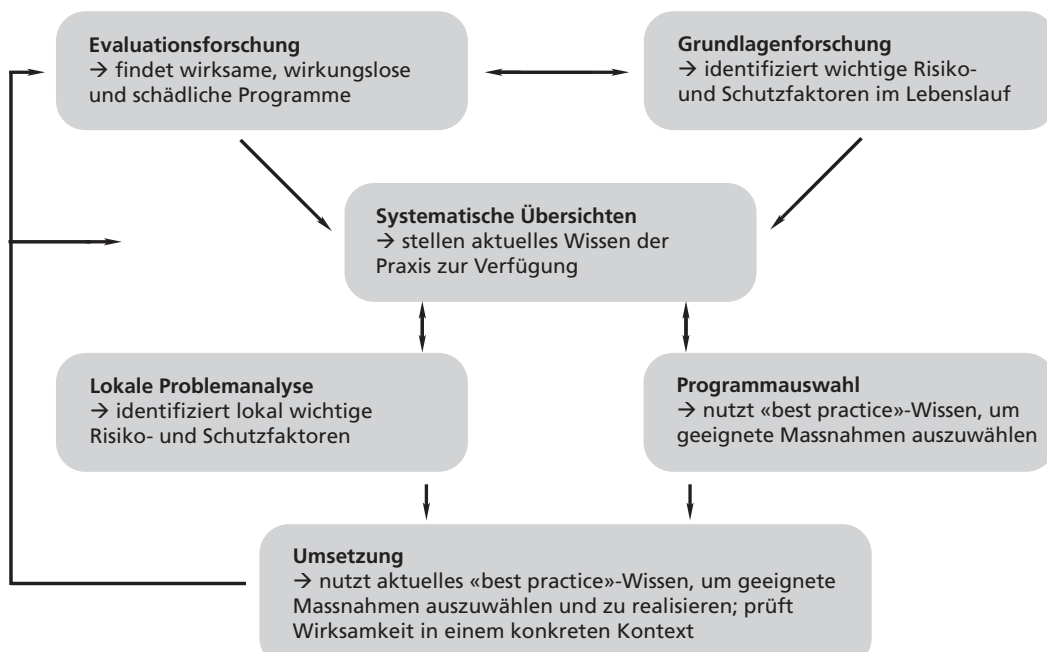
In der **GRUNDLAGENFORSCHUNG** werden zunächst die Manifestationsformen und die Entwicklung von Verhaltensproblemen beschrieben und die Ursachen, Risikofaktoren und Schutzfaktoren analysiert, die in verschiedenen Lebensphasen wirksam sind. Sie basiert im wesentlichen auf sogenannten Längsschnittstudien. Dabei handelt es sich um Studien, bei denen die Entwicklung von Individuen über mehrere Jahre oder sogar Jahrzehnte untersucht wird. Sie erlauben es, die zeitliche Ordnung von Ursachen und Wirkungen zu bestimmen.

In der **PRÄVENTIONSFORSCHUNG** werden diese Erkenntnisse verwendet, um Massnahmen zu entwickeln, welche in verschiedenen Lebensphasen auf ursächliche Faktoren einwirken. Entscheidend für den Erkenntniszuwachs ist die Realisierung von methodisch ausgereiften Evaluationsstudien, welche zuverlässige Schlüsse über die Wirksamkeit der Interventionen erlauben. Typischerweise werden hierzu experimentelle Studien mit einem randomisierten Kontrollgruppendesign durchgeführt, welche die Entwicklung von Individuen über mehrere Zeitpunkte vergleichend beobachten.

Um Fortschritte bei der Entwicklung und Umsetzung evidenzbasierter Prävention erzielen zu können, muss das in wissenschaftlichen Studien vorhandene Wissen in **SYSTEMATISCHEN ÜBERSICHTEN** gesammelt und zusammengefasst werden. Aus der Sicht der Forschung sind diese systematischen Übersichten wichtig, um einen zuverlässigen Überblick über die Ergebnisse von Einzelstudien zu gewinnen. Die Praxis benötigt übersichtliche, gut verständliche und zuverlässige Zusammenfassungen des jeweils aktuellen Wissensstandes. Im englischsprachigen Raum sind daher in den letzten 10 Jahren mehrere Projekte ins

Systematische Übersichten über den Stand der Forschung

Abbildung 5: Modell der Zusammenarbeit zwischen Praxis und Wissenschaft



Leben gerufen worden, welche der Förderung evidenzbasierter Prävention verpflichtet sind und systematische Übersichten über den aktuellen Wissensstand erstellen. Drei Projekte werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Weltweite Schritte zu einer evidenzbasierten Kriminalitätsprävention

- Die **BLUEPRINTS OF VIOLENCE PREVENTION** stellen den bisher grössten Versuch dar, wissenschaftliche Evidenzen zur Wirksamkeit von Gewaltpräventionsprogrammen zu sammeln und zusammenzufassen. Das Projekt hat 1996 begonnen und wird unterhalten vom Center for the Study and Prevention of Violence der Universität Colorado. Im Rahmen dieses Projektes wurden bisher in den USA über 600 Präventionsprogramme erfasst und auf wissenschaftliche Befunde zu ihrer Wirksamkeit hin überprüft. Bisher erfüllen nur 11 Programme die Kriterien, um das Prädikat «wirksam» zu erhalten und somit als sogenannte Modellprogramme empfohlen zu werden. Weitere 18 Programme werden als «vielversprechend» eingestuft. Für die Modellprogramme können umfangreiche Broschüren bestellt werden, welche theoretischen Hintergrund, Wirksamkeit, Kosten und Massnahmen zur Qualitätssicherung detailliert beschreiben.
www.colorado.edu/csvp/blueprints

- Die **CAMPBELL COLLABORATION** ist eine internationale Stiftung, die im Jahr 2000 mit dem Ziel gegründet wurde, weltweit Wissen über evidenzbasierte und wirksame Prävention und Intervention zu sammeln und für Akteure in Praxis und Politik aufzubereiten. Das Leitmotiv ist: «Was nützt? Was schadet? Gestützt auf welche Evidenzen?» Die Campbell Collaboration erstellt Übersichten zum aktuellen Stand der Forschung in den Bereichen «Kriminalität und Justiz», «Erziehung», sowie «Sozialstaat und Gesundheit».

Es gibt inzwischen Evaluationsberichte zu einer Vielzahl von Themen. Hierzu gehören beispielsweise Reviews über die Wirksamkeit von Videokameras zur Kriminalitätskontrolle, von Kompetenztrainings für Kinder, oder von gruppenbasierten Trainingsprogrammen für Eltern von 0- bis 3-jährigen Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten.

www.campbellcollaboration.org

- **SHERMAN REPORT – EVIDENCE-BASED CRIME PREVENTION:** Dieser einflussreiche Bericht ist das Ergebnis eines 1996 von Lawrence Sherman geleiteten Projektes mit dem Auftrag, eine kritische Beurteilung des

aktuellen Wissens um wirksame Kriminalitätsprävention vorzunehmen. Der Bericht enthält 10 Kapitel von herausragenden Forschenden mit systematischen Übersichten über den Wissensstand zu wirksamer Kriminalitätsprävention in den Bereichen Familie, Schule, Gemeinschaft/Quartier, Arbeitsmarkt, Situation, Polizei, Strafen. Insgesamt wurden 675 Programme untersucht, davon wurden 28 als wirksam beurteilt.

Adresse: Neben der publizierten Buchversion gibt es eine elektronische Fassung beim US Department of Justice unter www.cjcentral.com/sherman/sherman.htm

Weder in der Schweiz noch im benachbarten Ausland (Frankreich, Deutschland, Österreich, Italien) gibt es bislang vergleichbare Übersichten über evaluierte Präventionsprojekte oder Fachstellen, die kompetent die Entwicklungen in der internationalen Präventionsforschung beobachten und die Ergebnisse für die Praxis aufbereiten (dies hängt unter anderem damit zusammen, dass in Kontinentaleuropa bislang kaum systematische und qualitativ hochwertige Forschung zur Wirksamkeit von Gewaltprävention betrieben wurde). Bestehende Angebote in der Schweiz (etwa die **DREHSCHIEBE GEWALTPRÄVENTION** der Bildungsdirektion des Kantons Luzern) sind in dieser Hinsicht klar unzureichend. Gerade angesichts der kleinräumigen Organisation der Gewaltprävention in der Schweiz (Gemeinden, Schulen, Quartiere) wäre es hier wichtig, Strukturen zu schaffen, welche lokalen Akteuren den Zugang zu den Ergebnissen der praxisorientierten Forschung erleichtern.

Die Umsetzung von Prävention

Zu wissen, welche Programme funktionieren und welche nicht, ist allerdings nur ein erster Schritt. Für die Praxis stellt sich dann die Aufgabe, eine Analyse der lokalen Problemsituation (z.B. Risikofaktoren, bestehende Angebote) vorzunehmen und Massnahmen umzusetzen, welche auf die Problemsituation zugeschnitten sind.

Allerdings erzielen in der Forschung gut bewährte Programme in der Praxis oft nicht die erhoffte Wirkung. Um die Ursachen für dieses Problem zu verstehen, hat man sorgfältige **PROZESSEVALUATIONEN** durchgeführt. Sie zeigen, dass die fehlende Wirkung oftmals auf eine **UNVOLLSTÄNDIGE UND MANGELHAFTE UMSETZUNG DES PROGRAMMS** zurückzuführen ist. Die Forschung der letzten Jahre hat daher Kriterien heraus-

Notwendigkeit eines Informationspools

Umsetzungsqualität ist entscheidend

gearbeitet, die für eine erfolgreiche Umsetzung in die Praxis entscheidend sind (Mihalic und Irwin 2003).³

Kriterien für eine gute Umsetzung und kulturspezifische Faktoren

Bedürfnis- und Ressourcenanalyse

Auch gut bewährte evidenzbasierte Präventionsprogramme sind keine Allerweltsrezepte, die unbesehen übernommen werden können. Jedem Präventionsprojekt muss eine Analyse der Problemsituation (vor allem Identifikation von Risikofaktoren und Schutzfaktoren), der bereits bestehenden Ressourcen und Massnahmen sowie der zu erwartenden Schwierigkeiten vorangehen.

Eine solche Bedürfnis- und Ressourcenanalyse ist besonders für Programme, welche Gruppen mit Migrationshintergrund erreichen möchten, absolut entscheidend, da sich bestehende Kenntnisse und Erfahrungen aus der Mehrheitsgesellschaft nur bedingt übertragen lassen. Kenntnisse über kulturell verankerte Wertvorstellungen z.B. bezüglich der Rolle der Familie oder des Verhaltens von männlichen Jugendlichen, über bestehende lokale Organisationen und Vereine sowie der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Zielgruppen können helfen, Präventionsprogramme auf die Bedürfnisse der Zielgruppen anzupassen.

Auswahl geeigneter Präventionsprogramme

Hierzu gehört auch die Auswahl geeigneter Präventionsprogramme: Ein kurzer Blick auf die obige Liste von Risikofaktoren genügt um zu erkennen, das Gewaltprävention Bereiche tangiert (z.B. Erziehung, Gewalt zwischen Ehepartnern, Regeln in der Schule, Zusammenleben in einer Gemeinschaft), in denen vielfältige kulturelle oder religiöse Vorstellungen verankert sind. Obwohl davon ausgegangen werden kann, dass Präventionsprogramme im Prinzip universelle Ziele verfolgen und wesentliche Risikofaktoren für Gewalt in allen menschlichen Gesellschaften gelten, sind kulturelle Besonderheiten in der Gewaltprävention zu beachten.

Allerdings mangelt es weitherum an gesichertem Wissen darüber, welche evidenzbasierten Programme in unterschiedlichen kulturellen Kontexten gleichermassen wirksam sind und bei welchen Programmen die Wirkungen verschwinden (oder sich gar in negative Effekte umkehren). Und es fehlt an Erfahrungen darüber, wie viel kulturspezifische

Anpassung etwa eines bewährten Elternbildungsprogramms notwendig und angebracht ist, um auch Eltern einer Minderheitengruppe anzusprechen und zum Mitdenken zu motivieren.

Präventionsmassnahmen müssen jene Personen und Gruppen zur Teilnahme bewegen, bei denen man eine Wirkung erzielen möchte. In der Praxis erweist sich dies oft als ein erhebliches Problem. Eine sorgfältige Abklärung der Frage, wie eine Zielpopulation erreicht werden kann, ist eine notwendige Voraussetzung für wirksame Prävention.

Überall in Europa wird hierbei die Erfahrung gemacht, dass Zielgruppen umso weniger für Präventionsanliegen gewonnen werden können, je geringer ihre sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen sind und je grösser die kulturelle Distanz zwischen der Migrantengruppe und ihrem gesellschaftlichem Umfeld ist.

Die Frage, wie diese Hemmschwellen überwunden werden können, ist nicht gelöst. Ein vielversprechender Ansatz basiert auf dem Konzept der community readiness (vgl. z.B. Edwards et al. 2000). Gemeint ist damit der Grad, in dem eine (lokale oder kulturelle) Gemeinschaft dafür vorbereitet ist, eine Präventionsmassnahme zu akzeptieren und umzusetzen. Diese Bereitschaft (beispielsweise für Elternbildung) wurde in westlichen Gesellschaften über viele Jahrzehnte aufgebaut und verankert. In immigrierten Gemeinschaften mit durchschnittlich wenig Bildungsressourcen hingegen ist sie anfänglich kaum gegeben. Einige Gemeinschaften mögen etwa Gewaltprobleme völlig leugnen, einige mögen Probleme wahrnehmen, aber nicht zu Massnahmen bereit sein. Der Ansatz von community readiness geht davon aus, dass der Umsetzung einer Präventionsmassnahme eine gute Abklärung der bestehenden Problemwahrnehmung vorausgehen muss (in der Regel durch Interviews mit Vertreterinnen oder Vertretern der Gemeinschaft), der dann zunächst Strategien folgen, mit denen ein Bewusstsein für das Problem geschaffen wird.

Präventionsprojekte treffen auf ein Umfeld bereits bestehender Massnahmen, Institutionen und Akteure. Um Wirkung erzielen zu können, müssen Interventionen auf dieses Umfeld abgestimmt werden und von allen Beteiligten mitgetragen werden. Eine sorgfältige Vorbereitung und Information ist

Erreichen der Zielpopulation

Vernetzung mit bestehenden Strukturen und Akteuren

³ Vgl. auch die Berichte unter: <http://www.colorado.edu/cspv/publications/otherblueprints.html>.

daher in jedem Fall wichtig. Sie hat aber bei Projekten mit immigrierten Minderheiten ein besonderes Gewicht. Beispielsweise ist es in ethnisch-kulturell durchmischten Quartieren entscheidend, dass Minderheitenorganisationen von Beginn an über die Planung und Umsetzung eines Projektes informiert – und allenfalls aktiv beteiligt – werden.

Gute Programmorganisation

Selbst kleine Präventionsprojekte überfordern oft die Programmverantwortlichen, weil die Organisation der Umsetzung nur unzureichend geplant wurde oder keine Ressourcen bestehen, um eine organisatorische Begleitung sicherzustellen. Wirksame Projekte verfügen in der Regel über ausreichende Mittel, um eine Massnahme kompetent planen und realisieren zu können. Für Projekte, welche sich auch oder spezifisch an Gruppen mit Migrationshintergrund wenden, ist hierbei von einem erheblich erhöhten Zeit-, Planungs- und Organisationsaufwand auszugehen, um Wirkung zu erzielen.

Umsetzungstreue

Wirksame Programme fassen meistens auf umfangreichen Überlegungen, wie die Programmelemente zusammengehören und weshalb sie ins Programm aufgenommen wurden. Eine wirksame Umsetzung in der Praxis erfordert, dass die Programme auch so realisiert werden, wie sie von den Entwicklern konzipiert wurden.

Angemessene Programmintensität

Je nach Zielpopulation und Typus der Prävention (universelle, selektive oder indizierte Prävention) sind unterschiedlich intensive Programme notwendig, um Wirkungen zu erzielen. Es daher notwendig, sich zu Beginn einer Umsetzung darüber im Klaren zu sein, wie intensiv ein Projekt sein wird und die Betroffenen (z.B. Lehrpersonen) hierauf vorzubereiten. Programme, die nur teilweise umgesetzt werden, erweisen sich in der Regel als wirkungslos.

Enthusiasmus und Ausbildung bei Umsetzungsverantwortlichen

Die Realisierung von Präventionsprogrammen, sei dies nun in der Schule, im Rahmen von Elternbildung oder in Nachbarschaften, erfordert eine möglichst aktive und überzeugte Mitarbeit von gut ausgebildeten Projektvermittlern. Denn bei ungenügender Ausbildung und fehlender Begeisterung erzielen auch evidenzbasierte Programme keine Wirkung.

Evidenzbasierte Projekte in der Schweiz

In der Schweiz ist evidenzbasierte und im Rahmen von breit verstandener Gesundheitsförderung betriebene Gewaltprävention erst in den letzten Jahren breiter bekannt geworden.

Gegenwärtig sind in der Schweiz vier wissenschaftliche Grossprojekte in Bearbeitung, welche einem evidenzbasierten Ansatz verpflichtet sind und die sich mit Gewalt oder Delinquenz beschäftigen.

■ **BERNER PRÄVENTIONSPROGRAMM GEGEN GEWALT IM KINDERGARTEN UND IN DER SCHULE BE-PROX** (Françoise Alsaker, Universität Bern): Zweck der Studie ist es, die Wirksamkeit eines Präventionsprogramms gegen Bullying (d.h. Plagen und Drangsalieren) im Kindergarten und der Grundstufe der Primarschule zu überprüfen. Die wichtigsten Elemente des Programms sind: 1) Sensibilisierung und Früherkennung (inkl. Differenzieren), 2) Thematisieren: Schweigen brechen und regelmässige Kommunikation, 3) Erarbeiten von Verträgen oder Verhaltenskodex mit den Schülerinnen und Schülern, 4) Konsequentes Handeln und bewusstes positives und negatives Sanktionieren, 5) Förderung von sozialen Fertigkeiten und Zivilcourage und 6) Einbezug der Eltern, Verbesserung der Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus. Eine erste Studie wurde 1998 in 16 Kindergärten (8 Intervention und 8 Kontrollgruppe) umgesetzt und zeigte positive Wirkungen. Gegenwärtig läuft eine erweiterte Studie mit 1000 Kindern in 60 Kindergärten.

Ein beträchtlicher Teil der teilnehmenden Kinder hat einen Migrationshintergrund. Die Studie wird daher gut abgesicherte Aussagen darüber ermöglichen, wie die getroffenen Massnahmen bei Kindern aus bildungsfernen Migrationsmilieus wirken. Mit Ergebnissen ist gegen Ende 2006 zu rechnen.

■ **ZÜRCHER PROJEKT ZUR SOZIALEN ENTWICKLUNG VON KINDERN Z-PROSO** (Manuel Eisner, Universität Zürich): Das Projekt untersucht die Entwicklung von rund 1250 Kindern, welche nach den Sommerferien 2004 in die Primarschule der Stadt Zürich eingetreten sind. Ein zentrales Ziel des Projektes ist es, das Zusammenspiel von Persönlichkeit, Familie, Nachbarschaft und Schule in Bezug auf das Heranreifen von prosozialen Kompetenzen – wie zum Beispiel Einfühlungsvermögen – auf der einen Seite und sozialem Problemver-

halten – wie zum Beispiel Stören des Unterrichts – auf der anderen Seite zu bestimmen. Im Rahmen des Projektes werden nach einem randomisierten Kontrollgruppenprinzip versuchsweise zwei Programme eingeführt, welche darauf abzielen, die sozialen Fähigkeiten von Kindern nachhaltig zu stärken. Triple P (Positive Parenting Programme) ist ein Kursprogramm für Eltern, in welchem den Eltern Techniken zur Unterstützung bei alltäglichen Erziehungsaufgaben vermittelt werden. PFAD (Programm zur Förderung alternativer Denkmuster) besteht aus einer Reihe von Lektionen, die in den Schulklassen umgesetzt werden und die sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten von Kindern unterstützen, – d.h. sie darin fördern, mit Konflikten umsichtiger umzugehen, ihre Gefühle besser zu verstehen und Probleme angemessener wahrzunehmen.

Entsprechend der kulturell heterogenen Zusammensetzung von Familien in der Stadt Zürich haben über die Hälfte der an der Studie teilnehmenden Kinder einen Migrationshintergrund. Die Studie wird zu Kenntnissen darüber führen, ob Kinder mit Migrationshintergrund für Massnahmen der Frühprävention erreicht werden können – und ob die Massnahmen Wirkungen zeigen. Mit Ergebnissen ist gegen Ende 2006 zu rechnen.

- **ELTERN UND SCHULE STÄRKEN KINDER**
ESSKI (Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz FHA; Institut für Familienforschung und Beratung der Universität Fribourg; Pädagogische Hochschule Zürich PHZH; und Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme SFA): Das Projekt richtet sich an Kinder der ersten bis fünften Primarklasse aus den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Thurgau und Zürich, die 52 Lehrpersonen dieser Schulklassen sowie die etwa 1000 Eltern bzw. Erziehungsberechtigten der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler. Mit Hilfe eines randomisierten Kontrollgruppendesigns werden die Wirkungen von zwei Interventionen überprüft. Die Lehrpersonen besuchen einen Stress- und Selbstmanagementkurs, bei dem in ca. 20 Stunden die fünf Kursbausteine Grundlagen, Spannung und Entspannung im (Schul-)Alltag, der innere Dialog als Ressource, Engagement und Distanz im Lehrberuf sowie eine Einführung in den Gebrauch des Lehrmittels **FIT UND STARK FÜRS LEBEN** behandelt werden. Die Eltern

hingegen absolvieren ein Triple-P-Training (für Informationen vgl. oben), welches ihre Erziehungskompetenz steigert. Die Ergebnisse der Erhebungen werden 2006 vorliegen.

- **SUPRA-F-STUDIE** (Bundesamt für Gesundheit): Dieses multizentrische Programm zur Suchtprävention und Gesundheitsförderung bei gefährdeten Jugendlichen im Alter von 11 bis 20 Jahren in Gemeinden basiert auf Prinzipien der evidenzbasierten Prävention. Es besteht aus 12 ambulanten supra-f-Zentren in der deutschen und französischen Schweiz. Mit schulischen, sozialpädagogischen und psychologischen Interventionen sollen Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen dahingehend unterstützt werden, dass sich ihre Situation in Schule oder Berufslehre stabilisiert. Die ersten Ergebnisse zeigen eine gute Wirkung der Massnahmen der supra-f-Studie.⁴

Unter den der supra-f-Studie zugewiesenen Jugendlichen sind knapp die Hälfte ausländischer Nationalität. Die supra-f-Studie ermöglicht empirisch gut abgestützte Aussagen über die Wirksamkeit von intensiven Massnahmen bei gefährdeten Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

⁴ Vgl. Berichte unter <http://www.suchtundaids.bag.admin.ch/themen/sucht/praevention/unterebenen/00414/index.html>.

Vier Kernaussagen

- Es ist empfehlenswert, Gewaltprävention in Zukunft stärker an Prinzipien der evidenzbasierten Prävention zu orientieren. Dies ist gegenwärtig der sinnvollste Weg, um Prävention mit einer guten Aussicht auf positive Effekte zu betreiben.
- Evidenzbasierte Gewaltprävention erfordert eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis, als dies bisher üblich war. Ein sinnvoller Weg wäre die Schaffung einer Fachstelle auf Bundesebene, welche Informationen über Forschungsergebnisse für die Praxis aufbereitet und zum Aufbau einer Kultur von evidenzbasierter Prävention in der Schweiz beiträgt.
- Qualitativ hochwertige Umsetzung ist entscheidend dafür, dass die Ergebnisse von Programmen, welche sich in der Forschung als wirksam erwiesen haben, auch in die Praxis übertragen werden können. Eine gute Qualitätskontrolle von Gewaltprävention erfordert allerdings finanzielle und organisatorische Ressourcen.
- Gruppen mit Migrationshintergrund und wenig Bildungsressourcen sind in der Regel für die Beteiligung an Präventionsmassnahmen schwer zu motivieren. Eine sorgfältige Abklärung der besonderen Bedürfnisse und Ressourcen, Überlegungen zur allfälligen Anpassung von Programmen auf kulturelle Besonderheiten sowie die Vorbereitung einer Präventionsmassnahme durch frühe Information und Einbezug von Minderheitenorganisationen können entscheidend helfen, eine Massnahme erfolgreich umzusetzen.

4 Familienbasierte Prävention

Die Familie ist ein zentraler Angelpunkt für die Prävention von Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen. Hierfür gibt es zwei Gründe: Zum einen sind **FAMILIÄRE RISIKOFAKTOREN** für die Entstehung von Verhaltensproblemen in Kindheit und Jugend mitverantwortlich. Familienbasierte Prävention versucht, auf diese Risikofaktoren einzuwirken. Zweitens kann niemand besser als die Eltern die emotionale und soziale Entwicklung des Kindes fördern. Sie in ihren erzieherischen Aufgaben zu unterstützen, ist daher auch dann sinnvoll, wenn die Ursachen für das Problemverhalten nicht in der Familie zu suchen sind, sondern beispielsweise in der Persönlichkeit, der Schule oder bei Gleichaltrigenkontakten. Familienbasierte Prävention kann daher dem Ziel dienen, **SCHUTZFAKTOREN** gegen problematische Entwicklungen aufzubauen.

Familiäre Risikofaktoren

Familiäre Risikofaktoren haben von der Schwangerschaft bis zur Adoleszenz Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit von Gewalt und Delinquenz im Jugendalter (Loeber und Stouthamer-Loeber 1986; McCord 1991; Utting, Bright, und Henricson 1993). Sie lassen sich vier Gruppen von Phänomenen zuordnen.

Körperliche und psychische Risiken während und nach Schwangerschaft

Es gibt empirisch gut abgesicherte Risikofaktoren, welche mit der Schwangerschaft und der Phase unmittelbar nach der Geburt verknüpft sind. Zu den wichtigsten Risikofaktoren während der Schwangerschaft gehören **ALKOHOL-, NIKOTIN- UND DROGENKONSUM** und dessen Auswirkungen auf die Entwicklung des Fötus. Ebenfalls vielfach nachgewiesen sind langfristige Auswirkungen der **PSYCHISCHEN BELASTUNG DER MUTTER** vor oder auch nach der Geburt sowie des Ausmasses, in dem sie sich in den ersten Lebensmonaten des Säuglings massiv überfordert fühlt und keine positive emotionale Bindung aufbauen kann.

Emotionale Bindungen zum Kind

Der mangelnde Aufbau **VERLÄSSLICHER BINDUNGEN** und eine **GERINGE ELTERLICHE EMOTIONALE UNTERSTÜTZUNG UND WÄRME** haben in allen Lebensphasen bis hin zur Adoleszenz eine grosse Bedeutung als Risikofaktoren für aggressives

Verhalten. Dieser Zusammenhang ist mit grosser Wahrscheinlichkeit in Defiziten der Sozialisation begründet. Fehlende emotionale Unterstützung durch die Eltern erschwert den Aufbau von pro-sozialen Kompetenzen (z.B. Empathie, Vertrauen, Umgang mit Konflikten), welche ihrerseits wiederum die Wahrscheinlichkeit von Gewalt in der Jugend verringern.

Fehlende Erziehungskompetenzen von Eltern bilden eine dritte Gruppe von Einflussfaktoren. **ERZIEHUNGSKOMPETENZEN** meint ein Bündel von Techniken und Fähigkeiten, um ein Kind seinen Möglichkeiten gemäss zu unterstützen und auf Probleme angemessen zu reagieren. Inkonsistentes Reagieren auf Problemverhalten, fehlende Unterstützung von Aktivitäten, mangelnde Betreuung und elterliche Gewalt sind Ausdrucksformen fehlender Erziehungskompetenz und in vielen Studien als Risikofaktoren für späteres Problemverhalten bestätigt (vgl. z.B. Pfeiffer, Wetzels, und Enzmann 1999; Smith und Thornberry 1995). Besonders in Kombination mit geringer elterlicher Wärme und Liebe scheint der Mangel an Erziehungskompetenzen zu Jugendgewalt zu führen (Farrington 1998).

Erziehungskompetenzen der Eltern

Schliesslich sind **BEZIEHUNGSPROBLEME ZWISCHEN DEN ELTERNTEILEN** ein Risikofaktor. Jugendliche, welche als Kinder regelmässig Zeugen von gewaltsamen Konflikten zwischen den Ehepartnern waren, üben überdurchschnittlich häufig selbst Gewalt aus (vgl. auch Gelles und Strauss 1988). Dies wird in der Regel auf Lernprozesse im Umgang mit Konflikten zurückgeführt (Bandura 1973). Zum Beispiel haben Jugendliche, welche in der Kindheit Gewalt zwischen Eltern erlebt haben, eher gewaltbefürwortende Einstellungen. Zudem gehen sie überdurchschnittlich häufig davon aus, dass Mitmenschen ihnen gegenüber feindlich oder aggressiv gesinnt sind (Pfeiffer, Wetzels, und Enzmann 1999).

Beziehungsqualität zwischen Elternteilen

Familiäre Risikofaktoren wirken gemäss dem bisherigen Wissensstand kumulativ zusammen. Je mehr negative Faktoren zusammenkommen und je länger und intensiver sie die heranwachsende Person prägen, desto grösser ist das Risiko für verschiedene Formen

Familiäre Risiken wirken zusammen

von Problemverhalten im Jugendalter. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass ein beträchtlicher Teil derjenigen Jugendlichen, welche in sehr schwierigen familiären Verhältnissen aufwachsen, kaum Verhaltensauffälligkeiten aufweist.

Grundtypen familienbasierter Prävention

In den vergangenen 30 Jahren wurden viele erzieherische und therapeutische Programme entwickelt, welche familiäre Risikofaktoren zu reduzieren und elterliche Ressourcen zu stärken suchen. In Anlehnung an Farrington und Welsh (2002) unterscheiden wir drei Grundtypen (Tabelle 8). Sie wenden sich jeweils an unterschiedliche Altersgruppen und können gut abgestützte Evidenzen vorlegen, dass sie wirksam die Wahrscheinlichkeit von Gewalt und Delinquenz reduzieren.

Schwangerschaft und frühkindliche Erziehung

Eine erste Gruppe von Präventionsprogrammen sind Massnahmen während der Schwangerschaft und den ersten Lebensjahren des Kindes. Evidenzbasierte Präventionsprogramme zielen darauf ab, durch intensive Unterstützung während der Schwangerschaft gesundheitliche Risiken zu reduzieren und Erziehungskompetenzen von gefährdeten Müttern aufzubauen.

Das erfolgreichste und am besten evaluierte Programm, welches sich an die erste Lebensphase richtet, ist das von David Olds und seinem Team (National Center for Children, Families and Communities at the University of Colorado) entwickelte **PRENATAL / EARLY INFANCY HOME VISITATION BY NURSES PROGRAM**.⁵ Das in den späten 1970er Jahren entwickelte Programm wurde in drei randomisierten Versuchen geprüft und wird heute in den USA in vielen Staaten eingesetzt.

Das Programm richtet sich an gefährdete, einkommensschwache junge Schwangere und ihr werdendes Kind. Es setzt sich zum Ziel, unter Einbezug bestehender sozialer Netzwerke Verhaltensweisen vorzubeugen, welche die physische, psychische und soziale Entwicklung des Kindes belasten können. Während der Schwangerschaft stehen gesundheitsrelevante Verhaltensweisen wie Alkohol-, Drogen- und Nikotinmissbrauch im Vordergrund. Nach der Geburt konzentriert sich das Programm auf die Förderung von Erziehungskompetenzen, auf die Verhinderung von Kindsmisshandlung und -vernachlässigung sowie auf die weitere Lebensplanung der betroffenen Eltern.

Das Angebot umfasst 1 bis 4 Hausbesuche pro Monat durch eine hierfür besonders ausgebildete Hebamme, welche in der Schwangerschaft beginnen und fortgesetzt werden, bis das Kind zwei Jahre alt ist. Die Hebamme unterstützt das Gesundheitsverhalten der werdenden Mutter und zeigt den Eltern Wege zu einem positiven Umgang mit dem Säugling und allfälligen Problemen; sie bietet aber auch Berufs- und Erziehungsberatung an und informiert darüber, wo weitergehender Rat gefun-

Beispiel I:
The
Prenatal/Early
Infancy Home
Visitation by
Nurses Program

Zielgruppe &
Zweck

Inhalt

Tabelle 8: Drei Grundtypen von evidenzbasierten Präventionsprogrammen in der Familie

Art des Programms	Altersstufe	Zielgruppe
Schwangerschafts- und Säuglingsprogramme	0 bis 3 Jahre	Selektiv: gefährdete, einkommensschwache, bildungsferne Mütter
Elternbildungsprogramme	1 bis 15 Jahre	universell, selektiv und indiziert
Kognitiv-behaviorale Therapieprogramme für Familien mit Einbezug des sozialen Umfeldes	10 bis 18 Jahre	indiziert: bereits gewalttätige, delinquente oder suchtmittelabhängige Jugendliche und ihre Familie

⁵ Für weitere Informationen vgl. die offizielle Website: <http://www.nursefamilypartnership.org>

den werden kann. Schliesslich hilft sie der Mutter im Aufbau von Beziehungen mit Angehörigen und nahen Freunden.

Wirksamkeit

Die erste Studie zur Messung der Wirkungen des Programms begann 1977 (Olds, Henderson, Chamberlin, und Tatelbaum 1986). 15 Jahre nach der Intervention konnten sowohl bei den Müttern selbst wie bei den Kindern positive Wirkungen nachgewiesen werden. Bei den behandelten Müttern wurde eine deutliche Abnahme von sozialem und gesundheitlichem Problemverhalten (44% weniger mit Alkohol- und Drogenkonsum zusammenhängendes Problemverhalten, 69% weniger Verhaftungen) sowie weniger (31%) weitere Schwangerschaften und ein längerer Zeitraum (+2 Jahre) bis zu einer allfälligen weiteren Schwangerschaft nachgewiesen. Während in der Kontrollgruppe in 19% der Fälle Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung festgestellt wurde, betrug diese Rate bei den Behandelten nur 4%. Die behandelten Familien nahmen weniger Sozialhilfe in Anspruch, unter anderem, weil eine höhere Rate der behandelten Mütter später eine Stelle fand. Die behandelten Kinder erwiesen sich als schulisch erfolgreicher. Als 15-Jährige liefen sie auch weniger von zu Hause weg (56%), wurden weniger polizeilich angehalten (56%) und konsumierten seltener Alkohol (56%) als Jugendliche in der Vergleichsgruppe.

Elternbildungsprogramme

Eine zweite Gruppe von Programmen mit einem positiven Wirkungsnachweis sind standardisierte Elternbildungsprogramme, welche problematische Erziehung reduzieren und positive Erziehung stärken wollen. In Programmen, welche Wirkungen nachweisen können, erhalten Eltern in der Regel Anleitung darin,

- wie sie das Verhalten des Kindes beobachten und mögliche eskalierende Konflikte im Voraus erkennen können,
- wie sie klare, verhaltensbezogene Ziele setzen und konsistent auf Probleme reagieren können,
- wie sie positives Verhalten verstärken und mit ihrem Kind eine unterstützende emotionale Beziehung aufbauen können,

- wie sie die kognitiven, emotionalen und sozialen Kompetenzen ihres Kindes fördern können.

Programme mit einem positiven Wirkungsnachweis sind zudem Programme, welche nicht bloss Wissen vermitteln, sondern

- mit den Eltern Fähigkeiten konkret einüben und umsetzen,
- die Eltern darin unterstützen, sich Grundlagen einer positiven Erziehung dauerhaft zu eigen zu machen,
- eine minimale Intensität von mehreren Kurseinheiten durch qualifizierte Trainer, unterstützendes Material in Form von Videos und/oder Merkblättern sowie nachfolgende Betreuung aufweisen,
- bei Vorliegen von schweren Erziehungs- und Verhaltensproblemen intensive Programmvarianten aufweisen, welche auch die Paarbeziehung einschliessen.

Seit Beginn der 1990er Jahre wurden verschiedene standardisierte Elternbildungsprogramme entwickelt. Einige umfassen inzwischen Kurse für verschiedene Altersstufen wie auch unterschiedlich intensive Angebote je nach Bedürfnissen und bereits bestehenden Problemen.⁶

Unter den wissenschaftlich evaluierten Elternbildungsprogrammen ist in der Schweiz **TRIPLE P** am besten bekannt. Das **POSITIVE PARENTING PROGRAM** wurde vom australischen Psychologen Mathew Sanders entwickelt und wird in der Schweiz durch das Institut für Familienforschung in Freiburg vertrieben.⁷ Triple P ist ein kognitiv-behaviorales Programm, das auf Erkenntnissen über die familiären Risiko- und Schutzfaktoren basiert, welche mit der Entstehung von Verhaltensproblemen bei Kindern und Jugendlichen verbunden sind. Das Interventionsmodell von Triple P basiert auf 5 Prinzipien:

- Sorgen Sie für eine sichere und interessante Umgebung.
- Regen Sie Ihr Kind zum Lernen an.
- Verhalten Sie sich konsequent.
- Erwarten Sie nicht zu viel.
- Beachten Sie Ihre eigenen Bedürfnisse.

Beispiel II:
Positive Parenting Program
(Triple P)

⁶ Ein Pionier ist allerdings das *Gordon Familientraining*, das bereits in den 1970er Jahren eingeführt wurde.

⁷ Für weitere Informationen vgl. die Website von Triple P Schweiz: www.triplep.ch

Angebot Triple P umfasst heute ein ganzes Paket von Programmen, welche gemäss dem Grad ihrer Intensität (von Informationsbroschüren bis zu intensiven Therapien) und nach Altersgruppen (Kinder von 0 bis 11 Jahren; Teenager) abgestuft sind.

Bei den in der Schweiz verbreiteten Triple-P-Kursen (Stufe 4) sollen die Eltern in vier ca. zweistündigen Sitzungen befähigt werden, mit bereits komplexen und andauernden Problemsituationen umzugehen. Anschliessend haben die Eltern in den folgenden Wochen die Möglichkeit zu vier telefonischen Beratungen mit einem Triple-P-Trainer.

Triple-P-Kurse wurden in der Schweiz bis vor kurzem ausschliesslich in Deutsch angeboten. Seit wenigen Monaten sind im Rahmen von Pilotversuchen auch Kurse in Albanisch, Portugiesisch und Türkisch möglich.

Wirksamkeit Triple-P-Kurse zur Förderung von Erziehungskompetenzen haben sich in randomisierten Feldversuchen bei Familien mit einem erhöhten Risikoprofil mehrfach als wirksam erwiesen (vgl. z.B. Sanders 1999). Positive Effekte wurden hinsichtlich des verbesserten Erziehungsverhaltens, des positiveren Familienklimas und der Abnahme des beobachteten Problemverhaltens bei Kindern im Vorschulalter und im Primarschulalter gefunden. Auch bei chinesischen Eltern mit Erziehungsproblemen in Hongkong sowie bei Minderheiten in Australien konnten positive Ergebnisse beobachtet werden. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass auch das neu entwickelte Triple-P-Programm für Eltern mit Teenagern (12 bis 14 Jahre, Kurs mit 8 Einheiten) zu deutlich verbessertem Erziehungsverhalten, besserer psychischer Befindlichkeit der Eltern, sowie weniger Konflikten zwischen Partnern sowie gegenüber dem Teenager führt (Sanders 1999).

Varianten Im Grundanliegen ähnlich ist das Programm **INCREDIBLE YEARS**, das von der amerikanischen Psychologin Carolyn Webster-Stratton entwickelt wurde. Es richtet sich an Eltern von Kindern mit Problemverhalten im Alter zwischen 3 und 8 Jahren und wird durch sehr starke Evaluationsergebnisse in sechs randomisierten Feldversuchen gestützt.⁸ Eine besondere Qualität von Incredible Years ist, dass es neben Programmen zur Förderung elterlicher Erziehungspraktiken und sozialer Kompetenzen auch ein Modul für Lehrperso-

nen (Aufbau positiver Beziehungen, Umgang mit Problemen im Klassenzimmer, Unterrichten von emotionalen und sozialen Kompetenzen) sowie eines für Kinder (Emotionen, Empathie, andere Kinder verstehen, Umgang mit Ärger, Regeln in der Schule, mit Erfolg lernen) enthält. Das Programm ist inzwischen ausser in Englisch auch in Französisch, Spanisch, Norwegisch und Schwedisch – aber nicht in Deutsch – verfügbar.

In Deutschland erfreut sich das vom deutschen Kinderschutzbund angebotene Elternbildungsprogramm **STARKE ELTERN – STARKE KINDER** seit einigen Jahren einer steigenden Beliebtheit.⁹ Es soll helfen, Erziehungsstress zu reduzieren, Gewalt zu verhindern und Problemlösungskompetenzen aufzubauen. Es ist aber hinsichtlich seiner Wirkung auf Verhaltensprobleme noch nicht evaluiert.

**Starke Eltern –
Starke Kinder**

Familientherapie bei delinquenten Jugendlichen

Für bereits gewalttätige oder delinquente Jugendliche verspricht nach aktuellem Kenntnisstand indizierte Prävention mit Therapieprogrammen am ehesten Erfolg. Unter den verschiedenen Ansätzen können bisher kognitiv-behaviorale Programme der Familientherapie, welche gleichzeitig das soziale Umfeld (Schule, Lehre, Gleichaltrige, Nachbarschaft) einbeziehen, die beste Wirkung vorweisen. Wir skizzieren im Folgenden einen Ansatz, der in der bisherigen Forschung gute Ergebnisse erbracht hat, nämlich die funktionale Familientherapie.

Die funktionale Familientherapie (FFT) richtet sich an 11- bis 18-jährige, gefährdete oder bereits gewalttätige, delinquente oder suchtmittelabhängige Jugendliche und ihre Familien. Dabei wird berücksichtigt, dass der ethnische und kulturelle Hintergrund dieser Population äusserst vielfältig ist.¹⁰

**Beispiel III:
Funktionale
Familientherapie**

Es lassen sich fünf aufeinanderfolgende Hauptziele formulieren: Zunächst geht es darum, die Jugendlichen und ihre Familien zu erreichen, zur Teilnahme zu motivieren und einen frühzeitigen Abbruch zu verhindern («Engagement»). Zweitens wird versucht, die für diese Familien oft typische Negativität abzumildern, inadäquate emotionale Reaktionen und Einstellungen zu ändern sowie die Bindung an das Programm, das Vertrauen in den

⁸ Für weitere Informationen vgl. www.incredibleyears.com

⁹ Für weitere Informationen vgl. www.starkeeltern-starkekinder.de

¹⁰ Für weitere Informationen vgl. die Website der Functional Family Therapy: <http://www.fftinc.com>

Therapeuten und die Hoffnung und Motivation für dauerhafte Veränderungen zu stärken («Motivation»). Nachdem eine befriedigende Anbindung an das Programm gewährleistet ist, wird – drittens – die Verflechtung des betroffenen Jugendlichen und seiner Familie in verschiedenen Netzwerken untersucht. Dabei werden die zwischenmenschlichen Funktionen von Verhaltensweisen und ihr Bezug zu Verhaltensänderungstechniken eruiert («Problemeinschätzung»). Viertens soll die Kommunikation und gegenseitige Unterstützung in der Familie verbessert werden. Parallel dazu gilt es, mögliche Lösungen für Verhaltensprobleme zu identifizieren und wirkungsvolle Strategien der Verhaltensänderung zu erarbeiten («Verhaltensänderung»). Fünftens werden vorhandene nachbarschaftliche Ressourcen in die Strategie miteinbezogen, um die Erhaltung und Verallgemeinerung von positiven Änderungen in der Familie zu sichern («Generalisierung»).

Angebot

Das Programm wird von Familientherapeuten geleitet, die jede Familie in einem klinischen Rahmen individuell betreuen. Neuerdings wurden auch FFT-Programme entwickelt, die eine Behandlung zu Hause vorsehen und sich speziell an mehrfach belastete Familien mit multiethnischem Hintergrund richten. In der Regel werden nur rund 10 Stunden eigentliche Therapiearbeit je Familie aufgewendet, bei schweren Fällen (z.B. nach der Rückkehr aus einer stationären Massnahme) höchstens 26 Stunden.

Wirksamkeit

Klinische Versuche zeigen, dass die FFT eine wirkungsvolle Behandlung Jugendlicher mit Verhaltensstörungen und Jugendlichen mit Sucht- oder Gewaltproblemen ermöglicht. Sie verhindert auch, dass solche Jugendliche in restriktivere (und teurere) Behandlungen gelangen oder andere Sozialdienste in Anspruch nehmen müssen. Bezüglich der Rückfallquote wurde je nach Programm und Studie eine Reduktion zwischen 25% und 50% nachgewiesen. Die Programmeffekte hielten auch 5 Jahre nach der Intervention an.

Familienbasierte Prävention in der Schweiz

Elternbildung wird wenig unterstützt

Dass Eltern in die Prävention einbezogen und ihre Erziehungskompetenzen durch Fachpersonen unterstützt werden sollten, ist ein altes Postulat der schweizerischen Familienpolitik. Im Gegensatz zu anderen Bereichen des Sozial- und Bildungswesens wird

allerdings die Elternbildung durch die öffentliche Hand in sehr bescheidenem Ausmass gefördert. So kommt der Schweizerische Bund für Elternbildung (SBE) in seinem 2004 publizierten Bericht zum Schluss, dass die Elternbildung in der Schweiz nach wie vor «ein Schattendasein fristet, kaum finanziell unterstützt wird und mehrheitlich ehrenamtlich realisiert wird».¹¹ Nur in einem Viertel der Kantone der Schweiz existieren Dachorganisationen, welche die Elternbildung im Bildungs- und Sozialwesen vernetzen und Informationsarbeit betreiben können.

Regional bestehen grosse Unterschiede in der Verbreitung von Elternbildungsangeboten und der Verankerung von Elternbildung im weiteren Feld des Sozial- und Bildungswesens. Dank der Verankerung der Elternbildung im Jugendhilfegesetz mit regionalen Geschäftsstellen für Elternbildung und einem attraktiven Kursangebot ist der Kanton Zürich auf diesem Gebiet führend. Andere Kantone verfügen über ein sehr viel begrenzteres Angebot.

Gemäss dem Schweizerischen Bund für Elternbildung besuchten im Jahr 2004 rund 48 000 Personen eine der rund 2500 Elternbildungsveranstaltungen in der Schweiz. Das Angebot erstreckt sich von Kursen zu Schwangerschaft und Säuglingsalter über Angebote zu Kinderziehung und Umgang mit Problemen während der Adoleszenz bis hin zu Veranstaltungen über Partnerschaft, Adoption oder die Situation von Kindern in der Scheidung. In den letzten zehn Jahren kann vor allem eine Zunahme von standardisierten Kursen und Programmen beobachtet werden, welche in der Regel einer gewissen Qualitätskontrolle unterliegen. Jedoch wurde unseres Wissens ausser Triple P keines der angebotenen Programme – sei es im Ausland oder in der Schweiz – hinsichtlich der Wirksamkeit evaluiert.

Die universelle Elternbildung in der Schweiz hat ihr präventives Potential noch nicht ausgeschöpft. Sie benötigt allerdings zusätzliche finanzielle und organisatorische Ressourcen, um ein flächendeckendes Angebot aufzubauen, innovative Projekte zu fördern, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren und die Zusammenarbeit mit der Forschung zu verbessern.¹² Hierzu gehört eine vermehrte Orientierung an evidenzbasierten Programmen, die auf verschiedene Altersstufen abgestimmt sind.

Es braucht mehr evidenzbasierte Elternbildung

¹¹ Auf der Website des Schweizerischen Bundes für Elternbildung unter «Über uns»: <http://www.elternbildung.ch>.

¹² Vgl. *Elternbildung in der Schweiz*, S. 5, unter: http://www.elternbildung.ch/images/4_Elternbildung_Schweiz.pdf

Schliesslich bestehen auch im Bereich von indizierter familienbasierter Prävention mit bereits auffälligen Jugendlichen Angebote in der Schweiz. Insbesondere wurden seit Ende der 1980er Jahre in verschiedenen Kantonen (vor allem in der deutschsprachigen Schweiz) sowie durch die Pro Juventute Angebote der **SOZIALPÄDAGOGISCHEN FAMILIENBEGLEITUNG** aufgebaut. Die Sozialpädagogische Familienbetreuung besteht aus zeitlich befristeten Interventionen in Familien, die sich in einer akut schwierigen Lebenssituation befinden.

Wie aber bereits in der kollektiven Expertise des Bundesamtes für Gesundheit (2004) über Prävention zu Gunsten gefährdeter Kinder und Jugendlicher festgestellt wurde, sind bisher ganz wenige dieser Angebote so evaluiert, dass sie sich bezüglich ihrer Wirksam-

keit auch nur ansatzweise einschätzen lassen. Es scheinen daher generell alle Anstrengungen sinnvoll, die Massnahmen im Bereich der Elternunterstützung und -bildung vermehrt bezüglich ihrer Wirkungen evaluieren.

Familiäre Prävention und Eltern mit Migrationshintergrund

Immigrierte Eltern mit geringen Bildungsressourcen sind eine wichtige Zielgruppe für familienbasierte Gewaltprävention – verstanden als Teil einer breiten Förderung der psycho-sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Allerdings gibt es überall in der Schweiz zu wenig Programme und Aktivitäten, welche auf die Bedürfnisse von immigrierten Eltern ausgerichtet sind und die angestrebten Zielgruppen **TATSÄCHLICH** zu erreichen vermögen.

Familien mit Migrationshintergrund werden zu wenig erreicht

Tabelle 9: Angebote im Bereich der Elternbildung in der Schweiz:

Bereich	Programme / Angebote – Beispiele
Schwangerschaft / Baby	■ PEKiP (Prager Eltern-Kind Programm) ■ Unstandardisierte Kursangebote zu Schwangerschaft, Baby-massage, Säuglingspflege, Erschöpfungszuständen der Mutter, Schreibabys etc.
Elternbildung	■ Vielfältige unstandardisierte Kursangebote für unterschiedliche Altersgruppen und Elternkonstellationen Standardisierte Programme ■ Triple P (Matthew Sanders) ■ Starke Eltern – Starke Kinder (Deutscher Kinderschutzbund, in der Schweiz im Aufbau) ■ Was Eltern wissen sollten / Ce que les parents devraient savoir (Rerrez, Minzel & Wimmer) ■ STEP – das Systematische Training für Eltern (Dinkmayer, McKay & Dinkmayer) ■ Gordon Familientraining / Familienkonferenz (Thomas Gordon) ■ Etre parents aujourd’hui (Don Gordon)
-	■ Spezifische Angebote für Migrantinnen (FemmesTische, Deutschkurse für Migrantinnen)
Therapieprogramme für Familien von Jugendlichen mit Verhaltensproblemen	■ Verschiedene unstandardisierte Therapieangebote ■ Sozialpädagogische Familienbegleitung (Pro Juventute und andere)

Nicht-medizinische Geburtsvorbereitung und Betreuung

So haben Migrantinnen einen deutlich schlechteren Zugang zur peri- und postnatalen Versorgung in der Schweiz.¹³ Dies betrifft vor allem nicht-medizinische Angebote (etwa Geburtsvorbereitungskurse), die kaum in Anspruch genommen werden. Angesichts der Bedeutung von Prävention in dieser ersten Lebensphase für die spätere psycho-soziale Entwicklung besteht hier ein erhebliches Defizit.

Gegenwärtig sind von verschiedenen Seiten – beispielsweise im Rahmen der Bundesstrategie **MIGRATION UND GESUNDHEIT 2002 BIS 2006** – Bemühungen im Gange, diese Lücken zu füllen.¹⁴ So hat in Basel die **SCHWEIZERISCHE KOORDINATIONSSTELLE FÜR MIGRATION UND REPRODUKTIVE GESUNDHEIT** mit dem Aufbau eines Angebots zur Geburtsvorbereitung für Migrantinnen in mehreren Regionen begonnen.¹⁵ Es wäre für eine langfristige Prävention von Verhaltensproblemen wohl sinnvoll, Bestrebungen zu fördern, welche mütterlichen Stress abbauen helfen, den Aufbau emotional tragender Beziehungen unterstützen und Kompetenzen im Umgang mit Säuglingen vermitteln.

Elternbildung für Migrantinnen und Migranten

Die Angebotslücken für Eltern von Kleinkindern und Kindern im Primarschulalter dürften noch ausgeprägter sein. Gespräche mit Vertreterinnen der Elternbildung ergeben jedenfalls, dass das bestehende Angebot der Elternbildung in erster Linie sozial gut integrierte Mittelschichteltern schweizerischer Nationalität erreicht. Mehrere Faktoren sind dafür verantwortlich, dass Migrantinnen und Migranten nicht ausreichend erreicht werden. Zu Barrieren infolge tiefer Bildung, geringen Selbstwirksamkeitsüberzeugungen, fehlenden Sprachkenntnissen und anderen Erziehungsvorstellungen kommen materielle Hindernisse wie die Kosten von Elternbildungskursen, oft unregelmässige Arbeitszeiten und die Kosten für eine allfällige Kinderbetreuung während des Kursbesuches hinzu. Erst vor kurzen sind erste Versuche angelaufen, Programme zur Förderung von Erziehungskompetenzen auch in einigen wichtigen Sprachen von Migrantinnen und Migranten anzubieten (Triple P in Albanisch, Türkisch und Portugiesisch).

Unsere eigenen Erfahrungen im Rahmen des Präventionsprojektes **ZIPPS (ZÜRCHER INTERVENTIONS- UND PRÄVENTIONSPROJEKT AN SCHULEN)** zeigen jedoch, dass langfristig angelegte Informations- und Motivationsstrategien notwendig sind, um Elternbildung unter bildungsfernen immigrierten Eltern bekannter zu machen und stärker zu verankern. So ist es im Zürcher Interventions- und Präventionsprojekt an Schulen, zipps, trotz kostenlosem Kursbesuch, fremdsprachigen Kursen, Kinderhütendienst und aufwändiger Werbung nur sehr beschränkt gelungen, die Angehörigen von wenig integrierten fremdsprachigen Minderheiten zum Besuch der Kurse zu bewegen.

Neben anderen Faktoren scheint ein wesentlicher Grund zu sein, dass für eine grössere Akzeptanz solcher Elternbildungsangebote langfristige Informationsarbeit nötig ist, weil die dahinter stehenden Ideen oft ungewohnt sind. Fremdsprachige Kurse müssten daher, begleitet von entsprechender Informationsarbeit, über mehrere Jahre kontinuierlich angeboten werden.

Ein interessanter Ansatzpunkt zur Informationsarbeit ist das Projekt **FEMMES-TISCHE**. FemmesTische wurde 1996 entwickelt und ist ein Projekt der Gesundheitsförderung für Migrantinnen. Es basiert auf der Idee, dass informelle persönliche Kontakte und Gespräche gerade unter bildungsfernen Gruppen oft besser funktionieren als Vorträge oder schriftliche Informationen. Bei FemmesTische laden daher vorher ausgebildete Fachfrauen aus dem jeweiligen Kulturkreis andere Frauen zu sich nach Hause ein, um dort über Gesundheitsprobleme zu sprechen. Die Erfahrungen zeigen, dass dieser Ansatz erfolgreich Migrantinnen zu erreichen vermag und vermutlich die Bereitschaft zu einer weitergehenden Nutzung von Präventionsangeboten stärkt (obwohl keine gesicherten Kenntnisse über die Wirksamkeit vorliegen).

Ansätze zum Erreichen bildungsferner immigrierter Eltern

¹³ Vgl. Newsletter 3/2003 der Fachstelle Gesundheit und Migration der Caritas Schweiz, <http://www.caritas.ch/gesundheit>

¹⁴ Vgl. z.B. den Evaluationsbericht Anna Vettori, Stephan Hammer, Rea Bonzi, Nicolas Schmidt (2005) Zwischenevaluation Projekt *Migration und Reproduktive Gesundheit* im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (<http://www.bag.admin.ch/cce/studien/migrationgesund/d/reprges05/berichtreprges05.pdf>). Der Bericht kommt zum Schluss, dass eine Beurteilung der erreichten Wirkungen nicht möglich ist.

¹⁵ Weitere Projekte in diesem Bereich sind beispielsweise *conTATTO* in Zürich (Babymassagekurse für Eltern aus verschiedenen Kulturen) oder das (abgeschlossene) *Schulungsprojekt für türkische Mütter und die Frühförderung ihrer Kinder*, Scherer-Korkut, Yesim (1998) Bericht über ein Schulungsprojekt für türkische Mütter und die Frühförderung ihrer Kinder, in: Marie-Meierhofer Institut für das Kind (Hrsg). Startbedingungen für Familien. Zürich: Pro Juventute.

Fazit

- Die Förderung von elterlichen Erziehungskompetenzen in allen Lebensphasen ist ein wirksamer Beitrag zur universellen Prävention von Problemverhalten bei Kindern und Jugendlichen. Sie sollte in der Schweiz systematischer unterstützt werden.
- Vor allem sollten Kursangebote, deren Wirksamkeit wissenschaftlich geprüft wurde und deren Umsetzung einer strengen Qualitätskontrolle unterliegt, in der Schweiz breiter gefördert werden.
- Universelle Prävention erreicht im familiären Bereich immer nur einen Teil der Zielgruppen. Sie sollte daher durch Angebote der selektiven und indizierten Prävention ergänzt werden. Beispielsweise ist darüber nachzudenken, in welchem Masse Eltern von straffälligen oder aggressiven Kindern und Jugendlichen zum Besuch relevanter Elternbildungsangebote verpflichtet werden können.
- Für Eltern mit Migrationshintergrund besteht eine klare Unterversorgung im Bereich der Elternbildung. Es ist geboten, mehr Anstrengungen zu unternehmen, so dass diese Gruppen erreicht werden.

5

Schulische Prävention

Schulische Faktoren

Die Schule ist aus vier Gründen ein zentraler Ort für Gewaltprävention: Erstens, weil Plagen, Drangsalieren und Gewalt auf allen Altersstufen negative Wirkungen auf das Schul- und Lernklima haben, die es zu verhindern gilt; zweitens, weil die Schule die Lebenschancen von Kindern prägt und ihr damit auch eine Verantwortung für die Prävention von Problemverhalten zukommt; drittens, weil schulische Programme ausnahmslos alle Kinder und Jugendlichen erreichen, was heisst, dass sie als Schutzfaktoren gegen schwer beeinflussbare ausserschulische Risikofaktoren (Familie, Nachbarschaft etc.) wirken können; und viertens, weil von der Schule aus Präventionsaktivitäten in Familie, Freizeit und Nachbarschaft angestossen und unterstützt werden können.

Schulische Risikofaktoren

Gewalttätige Jugendliche gehen nicht gern zur Schule

Die Wahrscheinlichkeit von Gewalt korreliert mit schulischen Merkmalen von Jugendlichen. Hierzu gehören **SCHWACHE SCHULISCHE LEISTUNGEN**, eine **TIEFE LEISTUNGSMOTIVATION**, eine **GERINGE BINDUNG AN DIE SCHULE**, **HÄUFIGES SCHWÄNZEN** und **GERINGE BERUFLICHE ASPIRATIONEN**. In nach Leistung abgestuften Schulsystemen (wie in Deutschland und der Schweiz) weisen daher die unteren Schulstufen einen erhöhten Anteil von gewalttätigen Jugendlichen auf. Allerdings haben aggressiv auffällige Kinder bereits in der Primarschule eher schulische Probleme.

Schulprobleme und Gewalt haben gemeinsame Ursachen

Drei Mechanismen sind für diesen Zusammenhang verantwortlich. Zum einen teilen Schulprobleme und aggressives Verhalten viele Ursachen. Zum Beispiel haben Persönlichkeitsmerkmale wie geringe Selbstkontrolle und familiäre Risikofaktoren wie inkonsistente Erziehung sowohl auf die schulische Leistung wie auch auf aggressives Verhalten Auswirkungen (vgl. z.B. Gottfredson und Hirschi 1990). Zweitens können schulische Probleme Stress auslösen und als Folge davon Gewalt und andere Formen von Delinquenz begünstigen (z.B. Agnew 1992). Engel und Hurrelmann (1998) etwa argumentieren, dass schulisches Versagen vor allem dann mit einem erhöhten Risiko für Gewalt einher geht, wenn die Eltern hohe Leis-

tungserwartungen haben, welche die Jugendlichen unter übermässigen Druck stellen. Schliesslich können Delinquenz und Gewalt ihrerseits eine Ursache für schulische Probleme sein (Thornberry 1996). Dies liegt nicht nur daran, dass Schwänzen, Prügeln und Disziplinarstrafen ganz direkt einer schulischen Karriere nicht dienlich sind. Vielmehr kann aggressives Verhalten bereits in der Primarschule zu einer Rückweisung durch sozial kompetente und oft schulisch überlegene Gleichaltrige und damit zu weniger Unterstützung im Lernprozess führen.

Die Wahrscheinlichkeit von Gewalt korreliert ausserdem mit Merkmalen von Schulklassen oder Schulhäusern. Schulhäuser mit einem schlechten Schulklima, einem negativen Lehrer-Schüler-Verhältnis und unklarer oder als ungerecht empfundener Durchsetzung von Regeln haben oft überdurchschnittlich viele Probleme mit Gewalt. Zu einem grossen Teil hat dies mit den individuellen Merkmalen der Schülerinnen und Schüler zu tun, die ein bestimmtes Schulhaus besuchen. Wo viele schwierige Kinder in die Schule gehen, ist in der Regel auch das Schulklima schlecht und das Aggressionsniveau hoch.

Jedoch sind Klassenverbände und Schulhäuser als soziale Einheiten auch **URSÄCHLICH** an der Entstehung von Gewalt beteiligt (Gottfredson 2001; Meier 1997; Riedel und Welsh 2002; Welsh 2001). Mangelnde Klarheit über Verhaltensregeln und inkonsistente Durchsetzung von bestehenden Regeln beispielsweise sind Merkmale von Schulen (und Klassen), die mit einer höheren Wahrscheinlichkeit von Problemverhalten verschiedenster Art einhergehen. Ausserdem unterscheiden sich Schulen im Ausmass, in dem sie Kindern emotionale Unterstützung bieten und beispielsweise dem systematischen Ausschluss von einzelnen Kindern entgegenwirken. Schulen mit geringer emotionaler Unterstützung der Kinder und mangelnder Förderung von Zusammenhalt zwischen den Schülerinnen und Schülern laufen eher Gefahr, mit Gewaltproblemen konfrontiert zu sein. Und drittens haben Schulen eher mit Problemen zu kämpfen, welche Lernfreude und geistige Entwicklung nur unzureichend fördern. Bei

Schulklima

Schlechtes Schulklima und unklare Regeln erhöhen Gewaltisiko

Schulen der Oberstufe kommt schliesslich hinzu, dass die Verfügbarkeit von Drogen, Alkohol oder Waffen auf dem Schulgelände zu einem aggressiven und Gewalt fördernden Klima beiträgt.

Typen schulischer Prävention

Fünf Grundtypen von schulischer Prävention

Man kann daher zwei Arten von schulischer Prävention unterscheiden. Ein erster Ansatz zielt darauf ab, den Schülerinnen und Schülern jene Kompetenzen zu vermitteln, die als Schutzfaktoren dem Entstehen von Verhaltensproblemen entgegenwirken. Ein zweiter Ansatz betrachtet die Schule oder das Klassenzimmer als soziales System und versucht, die Interaktionen und Entscheidungen in einem Schulhaus zu verbessern. In der Regel enthalten konkrete Programme Elemente von beiden Ansätzen. Tabelle 10 zeigt eine Übersicht von fünf Grundtypen von schulischen Präventionsprogrammen, für welche international eine relativ breite Evaluationsliteratur existiert (für eine Übersicht vgl. Gottfredson 2002).

Wir diskutieren im Folgenden jene drei Ansätze, für welche eine Wirkung im Sinne von Gewaltprävention relativ gut dokumentiert ist.

Vorschulische Förderung von Kindern

Ein erster Typus von Interventionen mit einer nachhaltigen Wirkung sind qualitativ hochwertige vorschulische Unterrichtsangebote für gefährdete Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren. Zentrales Ziel ist hier eine gezielte Förderung der kognitiven, sprachlichen und sozialen Entwicklung der Kinder. Soziale und kognitive Kompetenzen gehören zu den wichtigsten direkten Schutzmechanismen gegen die Entstehung von Verhaltensproblemen während der späteren Entwicklung. Gleichzeitig mindern solche Förderprogramme das Risiko von schulischen Problemen, welches ihrerseits einen Risikofaktor für Verhaltensprobleme darstellen. Oft werden sie mit Elternbildungsprogrammen verbunden.

Ein beeindruckendes Programm ist das **PERRY PRESCHOOL PROJECT (PPP)** von Schweinhart, Barnes und Weikart (1993).¹⁶

Das PPP richtet sich an 3- bis 4-jährige Kinder aus benachteiligten Familien. Es verfolgt das Ziel, die spätere Schulleistung der Kinder durch qualitativ hochstehende Vorschulbil-

Beispiel I:
Das Perry
Preschool
Program (PPP)

Tabelle 10: Evidenzbasierte Programme der schulischen Gewaltprävention

Art des Programms	Alter	Bemerkungen
A) Individuell ausgerichtete Programme		
Vorschulische Förderung von sozialen und kognitiven Kompetenzen	3 bis 5 Jahre	Selektiv für belastete Kinder, guter Wirkungsnachweis
Curricula zur Förderung von sozialen Kompetenzen mit kognitiv-verhaltensorientierten Elementen	5 bis 11 Jahre	Universell oder selektiv in belasteten Schulen; guter Wirkungsnachweis
B) Auf Schule ausgerichtete Programme		
Programme zur Verbesserung des Klassen- und Schulhausmanagements	alle Schulstufen	Universell oder selektiv in Schulen mit Problemen; guter Wirkungsnachweis
Mediations- und Konfliktbewältigungsprogramme	alle Schulstufen	Wirksamkeit kontrovers
Informations- und Sensibilisierungskampagnen	alle Schulstufen	Universell; bezüglich Verhalten kein Wirkungsnachweis

¹⁶ Die Webseite des Projektes lautet: <http://www.highscope.org/Research/PerryProject/perrymain.htm>

dung zu verbessern. Damit soll der Zusammenhang zwischen ökonomischer Benachteiligung und schulischem Misserfolg aufgebrochen werden. Vom schulischen Erfolg wird erwartet, dass sich hieraus bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und eine geringere Verwicklung in die Delinquenz ergeben.

Angebot

Beim PPP handelt es sich um eine zweijährige Intervention mit einem Pensum von 2,5 Stunden pro Tag, 5 Tage pro Woche und 7 Monate pro Jahr. Wöchentliche Hausbesuche durch einen Lehrer sind fester Bestandteil des Programms. Fünf Komponenten tragen zum Erfolg des Modells bei. 1) Der an die Entwicklung des Kindes angepasste Lehrplan betrachtet Kinder als aktive, selbstmotivierte Lernende. Sie können ihre Lernaktivitäten selbst bestimmen und ein spielerischer Umgang mit der Sprache wird besonders gefördert. 2) Kleine Klassen von bis zu 20 Kindern mit mindestens zwei Lehrkräften bürden für eine unterstützende Lernumgebung und gewähren eine bessere Aufsicht. 3) Die Lehrkräfte sind auf frühkindliche Belange spezialisiert und werden angemessen weitergebildet und begleitet. Sie bauen auch einen aktiven Kontakt zu den Eltern auf. 4) Nebst pädagogischen Angeboten geht das PPP auf andere Bedürfnisse benachteiligter Kinder und ihrer Familien ein, z.B. durch Mittagsangebote oder durch die Vermittlung an andere Sozialdienste. 5) werden Aktivitäten und Leistungen sowohl der Lehrkräfte als auch der Kinder laufend begleitet und evaluiert.

Wirksamkeit

Das High/Scope Perry Preschool Program begann 1970 als randomisierter Feldversuch mit 123 sozio-strukturell stark benachteiligten afro-amerikanischen Kindern im Alter von 3 bis 4 Jahren. Die Entwicklung der Programmteilnehmer und der Kontrollgruppe wurde bis ins Alter von 27 Jahren untersucht.

Dabei zeigten sich für die Teilnehmer des Vorschulprogramms

- 63% weniger Personen mit 5 oder mehr polizeilichen Festnahmen,
- 68% weniger Festnahmen wegen Drogenhandels,
- 26% weniger Empfänger von Sozial- oder Fürsorgehilfen,
- 31% mehr Maturitätsabschlüsse,
- fast doppelt so viele Hausbesitzer,
- drei Mal so viele Personen mit einem Einkommen von mehr als \$ 2000/Monat.

In den Niederlanden wurde das Programm unter dem Namen **KALEIDOSCOOP** eingeführt. Auch dort konnten sorgfältige Evaluationen die Wirksamkeit des Programms nachweisen. Ähnlich gestaltet sich auch das Programm **PYRAMIDE**, das sich aber speziell an Kinder aus Migrantenfamilien in ethnisch-kulturell heterogenen Stadtquartieren wendet.¹⁷ Zusammen mit Kaleidoscoop ist es das einzige Programm, welches gemäss Kriterien von **COMMUNITIES THAT CARE** in den Niederlanden das Prädikat «effektiv» statt nur «vielsprechend» trägt.

In Grossbritannien wird das Ziel einer umfassenden frühzeitigen pädagogischen Förderung von Kindern durch die seit 1997 ins Leben gerufenen **EARLY EXCELLENCE CENTERS** umgesetzt. Sie sind darauf ausgerichtet, in den am stärksten benachteiligten Stadtquartieren die Entwicklung von Kindern in einem frühen Lebensalter gezielt zu fördern und Bildung, Gesundheitsfürsorge, Betreuung sowie Unterstützung und Entlastung von Familien miteinander zu verbinden.¹⁸

Schulcurricula zur Förderung sozialer Kompetenzen

Delinquente und gewalttätige Jugendliche haben häufig Defizite im Bereich **KOGNITIVER UND SOZIALER KOMPETENZEN**, welche sich oft schon in der Kindheit feststellen lassen. **KOGNITIVE KOMPETENZEN** meint ein Bündel von Fähigkeiten zur Wahrnehmung von Anderen und sich selbst und beinhaltet die Fähigkeit, Impulse zu kontrollieren (d.h. zu denken, bevor man handelt), Risiken angemessen einzuschätzen, Gefühle von Anderen richtig zu erkennen, sowie verschiedene Lösungen für eine Problemsituation verfügbar zu haben. **SOZIALE KOMPETENZEN** hingegen meint spezifischer die Fähigkeit, angemessen mit Anderen zu sprechen und zu interagieren, Bedürfnisse zu äussern und Regeln des Zusammenlebens zu befolgen. Fehlende soziale und kognitive Kompetenzen sind als Risikofaktor für Gewalt gebührend belegt. Gleichzeitig sind sie Risikofaktoren für andere Formen von Problemverhalten wie Stehlen oder Schwänzen.

Kognitive und soziale Basiskompetenzen werden ab den ersten Lebensjahren und während der gesamten Kindergarten- und Primarschulzeit erlernt. Vor- und Grundschule bieten einen Rahmen, in dem der Erwerb die-

Umsetzungen in Europa

Was sind soziale Kompetenzen?

Grundidee

¹⁷ Für die englischsprachige Übersicht vgl. <http://www.nizw.nl/Docs/Internationaal/Jeugd/Factsheets/EarlyChildhood.pdf>

¹⁸ Für weitere Information und Links vgl. <http://www.britishcouncil.de/d/education/ecec.htm>

ser Fertigkeiten bewusst gefördert werden kann. Solche Sozialkompetenztrainings bestehen in der Regel aus einem strukturierten Programm von Lektionen, welche in den schulischen Alltag eingebettet sind und deren Umsetzung im Alltag durch konkrete Übungen und Techniken der Generalisierung (z.B. Anwenden von Regeln während des ganzen Schultages) unterstützt wird. Schulische Sozialkompetenztrainings haben den praktischen Vorteil, dass sie die gesamte Zielpopulation (z.B. Kindergarten, Schule) erreichen können, dass sie in der Regel vergleichsweise geringe Kosten verursachen und dass die Umsetzung relativ einfach ist. Sie haben insgesamt einen guten und breit abgestützten Wirkungsnachweis (Lösel und Beelmann 2003).

**Beeinflusste
Risikofaktoren**

Verschiedene Programme zur Förderung sozialer und kognitiver Kompetenzen unterscheiden sich in den Schwerpunkten, die sie bei der Beeinflussung von Risikofaktoren setzen. Allerdings beinhalten fast alle Programme Elemente, welche auf folgende Faktoren Einfluss zu nehmen versuchen.

- Aggressive Schemata der Informationsverarbeitung
- Ungenügende Selbstkontrolle
- Defizite im Umgang mit sozialen Problemen
- Abweichende und aggressive Überzeugungen
- Fehlende Kompetenzen in prosozialer Interaktion

Tabelle 11 zeigt einige der bekannteren und evaluierten Sozialkompetenzprogramme.

Warum sich Programme in einigen Evaluationen als erfolgreich erweisen und andere nicht, ist nicht völlig geklärt. Zwei Faktoren scheinen eine Rolle zu spielen: Zum einen kommt es auf **UMFANG UND QUALITÄT** des Unterrichts an. Wirksame Programme werden in der Regel mindestens während 60 Minuten pro Woche unterrichtet. Der Unterricht wird durch eine sorgfältige Ausbildung vorbereitet und anschliessend im Rahmen einer Qualitätskontrolle betreut. Zudem scheint die **UNTERRICHTSFORM** eine wichtige Rolle zu spielen. Sozialkompetenzprogramme, welche schwer-

**Warum sind
einige Programme
wirksamer als
andere?**

Tabelle 11: Übersicht über bekannte schulische Sozialkompetenzprogramme

Name	Altersgruppe	Schwerpunkte	Wirksamkeit nachgewiesen
Fit und Stark fürs Leben (Klett Verlag)	Kindergarten bis 4. Klasse	Soziale und emotionale Kompetenzen, Lebenskompetenzen	Ja
I Can Problem Solve (Shure and Spivak) (Deutsch von Lösel, Nürnberg)	4 bis 9 Jahre	Wahrnehmung Problemlösen Umgang mit Anderen Erkennen von Gefühlen	Ja
PATHS (Deutsch als PFAD in Pilotversuch, Eisner)	5 bis 12 Jahre	Emotionale Kompetenzen Selbstkontrolle Soziale Kompetenzen Interpersonelles Problemlösen	Ja
Second Step (Committee for Children) (deutsch als Faustlos)	Kindergarten bis 9. Schuljahr	Empathie Impulskontrolle Umgang mit Wut Problemlösen	Nein (teils widersprüchlich)
Verhaltenstraining für Schulanfänger (Petermann et al. 2002)	1. und 2. Klasse	Soziale und emotionale Kompetenzen	Unbekannt

gewichtig mit aktiver Teilnahme, praktischen Übungen, Rückmeldungen an die Kinder und der Anwendung des Wissens im schulischen Alltag arbeiten, zeigen häufig positive Effekte. Programme, welche eher auf die «klassische» Methode der Wissens- und Kompetenzvermittlung in Schulen wie das Vermitteln der Lerninhalte durch Frontalunterricht, Übungsblätter und eventuell abschliessender Diskussion bauen, können hingegen keine Effekte aufweisen. Kognitiv-verhaltensfokussierte Programme erweisen sich mithin als den «unterrichtenden» Programmen überlegen.

**Beispiel II:
Promoting
Alternative
Thinking
Strategies PATHS**

Zu den am besten evaluierten Programmen gehört das von Mark Greenberg und Carol Kusché entwickelte PATHS (Promoting Alternative Thinking Strategies).¹⁹ Wie es der Name nahe legt, setzt sich das **PROGRAMM ZUR FÖRDERUNG ALTERNATIVER DENK-STRATEGIEN (PFAD)** das Ziel, emotionale und soziale Kompetenzen von Kindern zu fördern und aggressives und anderes Problemverhalten zu mindern, was nicht zuletzt dem Lernprozess zugute kommen soll. PFAD wird als Teil des Lehrplans vermittelt und richtet sich grundsätzlich an alle Kinder im Primarschulalter. Es hat auch bei Kindern mit besonderen Bedürfnissen (schwerhörige, lernbehinderte, gemütskranke oder auch hochbegabte) positive Resultate erzielt.

Angebot

Im Idealfall wird PFAD während der gesamten Primarschulzeit in den ordentlichen Lehrplan aufgenommen. Das Programm wird in der Regel drei Mal wöchentlich in einem Umfang von mindestens 20 Minuten unterrichtet. Der Lehrkraft steht Unterrichtsmaterial zur Verfügung, das ihr hilft, ihren Schülern Selbstkontrolle, emotionale Intelligenz, soziale Kompetenz, positive Beziehungen unter den Schülern sowie Fähigkeiten zur konstruktiven Problemlösung zu vermitteln. Von diesen Kompetenzen wird erwartet, dass durch sie emotionale Störungen und Verhaltensprobleme gemindert werden können. Mit PFAD lernen Kinder, Gefühle zu erkennen, einzuordnen, auszudrücken und mit ihnen umzugehen. Weitere Elemente des Programms betreffen die Unterscheidung zwischen Fühlen und Verhalten, den Aufschub von Belohnungen, Impulskontrolle, und Stressreduktion. Kinder lernen dabei auch Andeutungen und nonverbale Kommunikation zu verstehen, die Perspektive anderer einzunehmen sowie Probleme Schritt um Schritt zu lösen. Die Lehrpersonen werden

ihrerseits in 2- bis 3-tägigen Workshops in das Programm eingeführt. Ihnen stehen während des Programms Berater zur Seite, die sie im Zweiwochenrhythmus aufsuchen.

Für sämtliche einleitend erwähnten Gruppen von Kindern konnten bei Programmabsolventen im Vergleich zu Kontrollgruppen Verbesserungen beim Grad an Selbstkontrolle, dem Verstehen und Erkennen von Emotionen, der Frustrationstoleranz, der Verwendung wirksamerer Konfliktbewältigungsmuster sowie der Denk- und Planungsfähigkeiten festgestellt werden. Entsprechend äusserten «behandelte» Kinder weniger Beklemmungs- und Angstgefühle und wiesen weniger Benehmens- und Gewaltprobleme auf (Greenberg, Kusché, und Mihalic 1998; Kam, Greenberg, und Kusche 2004).

Wirkungen

Programme zur Verbesserung des Schulhausmanagements, des Klassenmanagements und der Durchsetzung von Regeln und Ordnungen

Hier handelt es sich um Programme, welche innerhalb einer Schule klare Verhaltensregeln aufstellen und diese systematisch durchzusetzen versuchen. Programme dieser Art anerkennen, dass Lehrpersonen in ihrer täglichen Arbeit bereits Regeln durchsetzen. Ziel der Präventionsprogramme ist es aber, die Vermittlung von Verhaltensregeln und ihre Durchsetzung im Schulcurriculum zu verankern, die Eltern aktiv einzubeziehen und mit lokalen Medien und politischen Akteuren zusammenzuarbeiten.

Entsprechend enthalten alle Programme, welche eine positive Wirkung nachweisen können, ein ausgearbeitetes Konzept zur Vermittlung von Verhaltensregeln auf verschiedenen Ebenen des schulischen Alltags sowie von Mechanismen zur Qualitätskontrolle der Umsetzung. Oft sind solche Programme mit Massnahmen verbunden, welche bezwecken, die Entscheidungsprozesse und Autoritätsstrukturen in einem Schulhaus so zu verbessern, dass schulische Probleme eher gelöst werden, die Kommunikation zwischen Schule, Eltern und Kindern verbessert wird, und schulische Regeln klarer gefasst und besser durchgesetzt werden. Im weitesten Sinne fallen derartige Projekte also in den Bereich der

SCHULENTWICKLUNG.

¹⁹ Für eine Übersicht vgl. <http://www.colorado.edu/cspv/blueprints/model/programs/PATHS.html>

Auch bei diesen Programmen gilt, dass sich positive Wirkungen nur bei einem klar über den schulischen Alltag hinausgehenden Engagement und einer kontinuierlichen Qualitätskontrolle feststellen lassen.

**Beispiel III:
Anti-Bullying
Programm
von Olweus**

Das bekannteste und international am besten evaluierte Programm in diesem Bereich ist das **ANTI-BULLYING PROGRAMM VON DAN OLWEUS**.²⁰ Das in Norwegen während der frühen 1980er Jahre entwickelte Programm wurde inzwischen mehrfach in Norwegen selbst, in den USA, in England, sowie in Deutschland evaluiert. Es ist in der Schweiz zwar relativ gut bekannt, wurde aber noch nie als Programm umgesetzt und hinsichtlich seiner Wirkung evaluiert.

Angebot

Das Interventionsprogramm richtet sich an sämtliche Schüler in der obligatorischen Schulzeit (1. bis 9. Klasse). Wie es sein Titel andeutet, hat es zum Ziel, das Plagen und körperliche und psychische Drangsalieren im schulischen Kontext zu vermindern und damit verbundene Probleme zu reduzieren. Spezifischer werden vier Ziele verfolgt: 1) Sensibilisierung und Förderung des Wissens um das Bullying-Problem, 2) aktiver Einbezug von Eltern und Lehrern, 3) Entwicklung von Regeln zur Prävention von Bullying, 4) Hilfe und Schutz für Bullying-Opfer.

Das Anti-Bullying-Programm setzt auf drei Ebenen an.

Schulhausebene:

- Bildung von Anti-Bullying-Arbeitsgruppen
- Anonymer Fragebogen zur Erhebung des Ist-Zustandes
- Ausbildung des gesamten Schulhauspersonals
- Entwicklung und Durchsetzung von Schulhausregeln
- Supervisionssitzungen
- Einbezug der Eltern

Klassenebene:

- Umsetzung der Schulhausregeln im Klassenzimmer
- Reflexionssitzungen mit Schülerinnen und Schülern
- Informationssitzungen mit Eltern

Individuelle Ebene:

- Interventionen bei Kindern, die plagen
- Interventionen bei Kindern, die Opfer von Plagen sind
- Gespräche mit allen direkt betroffenen Eltern

Das Anti-Bullying-Programm zeigt aufgrund von Evaluationen, welche den Ansprüchen eines «model programs» genügen, folgende Wirkungen:

Wirkungen

- Substantielle Verminderung selbstberichteten aktiven Bullies sowie entsprechender Opfererfahrungen
- Signifikante Reduktion von anderen Formen selbstberichteten Problemverhaltens (andere Gewalttätigkeiten, Vandalismus, Diebstahl, Schwänzen)
- Signifikante Verbesserung des Schul- und Klassenklimas (positive Beziehungen in der Klasse, positivere Einstellungen zur Schule und zu Hausaufgaben, verbesserte Ordnung und Disziplin)

Ein anderer Ansatz, der Klasse, Schule, und Familie miteinander verbindet, ist das Programm **SKILLS, OPPORTUNITIES, AND RECOGNITION SOAR** von John Hawkins und Richard Catalano, welches jedoch nicht kommerziell vertrieben wird. Es basiert auf umfangreicher Grundlagenforschung der beiden Programmentwickler. Auf der Klassenebene absolvieren die Lehrpersonen ein Trainingsmodul, welches interaktives Unterrichten, kooperatives Lernen sowie die klare Durchsetzung von Regeln im Klassenzimmer unterstützt. Zudem enthält das Programm für alle Altersstufen der Grundschule Unterrichtseinheiten, in denen altersgerecht Kompetenzen wie Kommunikation, Konfliktlösung, Verhandeln, Verständnis und Nein-Sagen vermittelt werden.

**Beispiel IV:
Skills, Opportu-
nities, and
Recognition
SOAR**

Parallel dazu erhalten die Eltern auf freiwilliger Basis ein Programm zur Unterstützung von Erziehungskompetenzen angeboten, welches ebenfalls altersgerecht ausgestaltet ist. Während beispielsweise im ersten Schuljahr sieben Kurseinheiten zur besseren Unterstützung des Kindes und für besseren Umgang mit Problemen angeboten werden, wird im sechsten Schuljahr ein Kurs von fünf Einheiten zum Umgang mit Drogenproblemen vermittelt.

Das Programm SOAR kann inzwischen signifikante kurz- und langfristige Effekte nachweisen (Hawkins, Catalano, und Arthur 2002). Obwohl das Programm im sechsten Schuljahr endet, wiesen teilnehmende Schüler im elften Schuljahr weniger gewalttätiges Verhalten, weniger Problemverhalten an der Schule, weniger exzessiven Alkoholkonsum und weniger Trunkenheit am Steuer auf.

²⁰ Für eine Übersicht vgl. <http://www.colorado.edu/cspv/blueprints/model/programs/BPP.html>

Schulische Gewaltprävention in der Schweiz

Stand der Prävention Ende der 1990er Jahre

Im Jahr 1999 gab die **SCHWEIZERISCHE KONFERENZ DER KANTONALEN ERZIEHUNGSDIREKTOREN** eine Studie in Auftrag, um Aktivitäten der Kantone gegen Gewalt an Schulen auf der Primar- und der Sekundarstufe zu beschreiben (Stauffer 1999). Obwohl die Studie festhält, dass sie nur auf Informationen der kantonalen Stellen beruht und Projekte einzelner Schulen und Gemeinden nicht systematisch erfasst, vermittelt sie einen guten Überblick über den Stand der Dinge gegen Ende der 1990er Jahre. Die Studie hält unter anderem folgende Kernaussagen fest:

- Die meisten Kantone verfügen über **MERKBLÄTTER UND BROSCHÜREN** zum Thema Gewalt und Gewaltprävention an der Schule. Sie enthalten oft Informationen darüber, wie bei Gewaltvorkommnissen zu reagieren ist, welche Ansprechpartner in Krisensituationen zur Verfügung stehen, welche Grundprinzipien zu berücksichtigen und bei welchen Beratungsstellen weitere Informationen verfügbar sind. Bei der Durchsicht einiger dieser Dokumente fällt auf, dass die vorgeschlagenen Präventionsaktivitäten in der Regel sehr allgemein beschrieben sind. Durchgehend betont wird die Bedeutung von internen Klassenregeln, Schulhausreglementen und Richtlinien, welche sich auf Gewalt und Plagen beziehen und Regeln des Zusammenlebens definieren.
- Es besteht in der Schweiz ein breites Angebot von **WEITERBILDUNGSKURSEN** für Lehrerinnen und Lehrer zum Thema Gewalt an Schulen. Kurse werden vor allem von pädagogischen Fachhochschulen und privaten Anbietern mit entsprechender Spezialisierung angeboten. Die Art der vermittelten Information variiert stark zwischen den Angeboten.
- Die Gewaltproblematik wird in erster Linie mit den bestehenden Mitteln und im Rahmen der bestehenden Strukturen angegangen. Zusätzliche Mittel stehen kaum zur Verfügung.
- Vier Fünftel der Kantone verwiesen auf konkrete Präventionsprojekte. Im Mittelpunkt standen **INFORMATIONSKAMPAGNEN UND MEDIATIONSPROJEKTE**. Allerdings gibt es kaum ein Projekt, das hinsichtlich seiner Wirkungen evaluiert wurde.

In den sechs Jahren seit der Publikation des Berichtes hat sich die schulische Gewaltprävention in der Schweiz dynamisch weiter entwickelt. Aus unserer Perspektive sind drei Entwicklungen hervorzuheben.

Neuere Entwicklungen

- In mehreren Kantonen, bzw. Städten wurden inzwischen gross angelegte Pilotversuche mit neuen Ansätzen begonnen, welche wissenschaftlich begleitet und auf ihre Wirkung hin evaluiert werden. Beispiele hierfür sind das Projekt **RESEAU RESPECT** in Genf (1999–2004), das **BERNER PRÄVENTIONS-PROGRAMM GEGEN GEWALT IM KINDERGARTEN** (Francoise Alsaker, Universität Bern), das **PROGRAMM ZUR FÖRDERUNG ALTERNATIVER DENKSTRATEGIEN (PFAD)** in der Stadt Zürich (Manuel Eisner, University of Cambridge und Universität Zürich), die Entwicklung und praktische Überprüfung eines **FORTBILDUNGSPROGRAMMS FÜR LEHRPERSONEN ZUM ABBAU VON RECHTS-EXTREMER GEWALT UND ETHNISIERTEN KONFLIKTEN AN SCHULEN DER SEKUNDARSTUFE** (Fritz Oser, Universität Fribourg), sowie das Forschungs- und Entwicklungsprojekt **ELTERN UND SCHULE STÄRKEN KINDER, ESSKI** (Pädagogische Hochschulen Zürich und Aargau zusammen mit Universität Fribourg).
- Zweitens lassen sich in verschiedenen Kantonen Ansätze zu einer verbesserten finanziellen und infrastrukturellen Ausstattung sowie einer Professionalisierung der schulischen Gewaltprävention beobachten. Hierzu gehört beispielsweise die verbreitete Einführung von Schulsozialarbeitern – oft mit einem ausdrücklichen Präventionsauftrag, der Aufbau von kantonalen oder städtischen Fachstellen sowie die Erweiterung von Aus- und Weiterbildungsangeboten.
- Schliesslich hat das Feld der schulischen Gewaltprävention in den letzten Jahren wichtige Impulse aus den Bemühungen um die Förderung einer «gesunden Schule» erhalten, wobei die Stützung der psychischen und körperlichen Gesundheit über alle Altersstufen zu einem wichtigen Anliegen geworden ist.

Informations- und Sensibilisierungskampagnen

Informations- und Sensibilisierungskampagnen dominieren

Die Rückmeldungen auf unsere kleine Umfrage bei den Kantonen zeigen, dass Informations- und Sensibilisierungskampagnen nach wie vor zu den häufigsten Präventionsansätzen gehören. Solche Massnahmen können sehr unterschiedlich gestaltet sein. In der einfachsten Form bestehen sie aus dem Verteilen von Broschüren (z.B. Broschüre **GEMEINSAM GEGEN GEWALT**), einzelnen Vorträgen von Aussenstehenden (z.B. Vortrag **GEMEINSAM FÜR EINE GEWALTFREIE SCHULE**, Kantonspolizei Zürich in Kloten) oder Filmvorführungen. Umfangreichere Massnahmen können aus Intensivtagen oder ganzen Themenwochen (z.B. **FRIEDENSWOCHE** der Kantonspolizei Bern, vielerorts Aktionen der Kampagne **GEMEINSAM GEGEN GEWALT**) unter Einschluss von Ausstellungen, Exkursionen, Theatergruppen, oder Postern und Erkennungszeichen (z.B. **RUBAN VERT – LE RESPECT, ÇA CHANGE L'ÉCOLE**, Bulle) bestehen. Keine dieser reinen Informationskampagnen wurde unseres Wissens hinsichtlich ihrer Wirksamkeit evaluiert.

Hingegen gibt es zwei Evaluationen von erzieherisch-informierend ausgerichteten Unterrichtseinheiten. Die Studie von Eser-Davolio **FREMDENFINDLICHKEIT, RASSISMUS UND GEWALT – EINSTELLUNGSVERÄNDERNDEN SCHULPROJEKT MIT BERUFSCHÜLERN** prüfte mit einem quasi-experimentellen Design, inwiefern ein 2-tägiges erlebnispädagogisches Programm Vorurteile gegen Asylbewerber abbauen und Antisemitismus entgegenwirken kann (Eser-Davolio 2000). Die Ergebnisse unmittelbar nach der Durchführung waren positiv. Ein Jahr nach dem Programm waren aber bezüglich Vorurteilen gegen Ausländer keine Effekte und bezüglich Antisemitismus ein negativer Effekt zu beobachten. Eine weitere Evaluation des von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe angebotenen Sensibilisierungsprogramms **SOLIDARITÄT IST LERNBAR** zeigte zwar einen Wissenszuwachs, aber keine Verbesserung hinsichtlich Empathie und Vorurteilen.²¹

Diese Befunde entsprechen den Ergebnissen der internationalen Forschung, welche generell feststellt, dass Informationskampagnen

zur Reduktion von Gewalt nicht geeignet sind. Dies scheint unabhängig von der Intensität, der Darreichungsform und auch des Inhaltes der Kampagnen zu gelten. Informationskampagnen können Wissen vermitteln und auf Probleme aufmerksam machen, eignen sich aber kaum dazu, langfristige Verhaltensänderungen herbeizuführen.

Ein Projekt, das Komponenten der herkömmlichen Erziehung enthält, aber in seiner Intensität und didaktischen Komplexität klar über einen blossen Ansatz der Wissensvermittlung hinausgeht, ist die laufende Studie von Oser zur **PRÄVENTION VON RECHTSEXTREMISMUS UND ETHNISCHER GEWALT IN SCHULEN DER OBERSTUFEN** (15- bis 17-Jährige).²² In dem Projekt wird zunächst ein Lehrerbildungsprogramm entwickelt, welches auf Prinzipien der Friedenserziehung basiert. Es wird anschliessend über einen Zeitraum von 3 bis 4 Monaten vermittelt. Die Anlage der Studie mit einem Kontrollgruppendesign wird es erlauben zu beurteilen, ob sich die Wahrnehmungsmuster und die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen durch eine qualitativ hochwertige und gut umgesetzte Friedenserziehung positiv verändern lassen. Erste Ergebnisse sind im Herbst 2006 zu erwarten.

Mediations- und Konfliktlösungsprogramme

Seit etwa 10 Jahren haben **MEDIATIONS-, PEACEMAKER-, UND STREITSCHLICHTERPROGRAMME** in der Schweiz grosse Verbreitung gefunden.²³ Der Grundgedanke ist, ältere und vorbildliche Schüler darin auszubilden, bei Konflikten einzugreifen, schwächere Schüler zu schützen, und wenn nötig Hilfe bei Lehrpersonen zu suchen. Mediations- und Peacemakerprojekte werden in allen Altersstufen vom Kindergarten bis zur Oberstufe angeboten. In der deutschsprachigen Schweiz handelt es sich meist um lokale Projekte in einzelnen Schulen. In der französischen und italienischen Schweiz wurde zwischen 2001 und 2003 ein interkantonales Projekt zur Förderung einer Mediationskultur umgesetzt.²⁴

In der Schweiz wurden bisher keine methodisch abgestützten Ergebnisevaluationen von Mediationsprogrammen durchgeführt –

Schulmediation ist in der Schweiz beliebt – die Wirkung ist unsicher

²¹ <http://www.bebi.ch/webseiten/seminare/sfh/Schlussb.pdf>

²² Vgl. die Kurzbeschreibung im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 40+: <http://www.nfp40plus.ch>

²³ Beispielsweise angeboten durch das National Coalition Building Institute Schweiz (www.ncbi.ch) oder das Programm *Peace-Force* von Roland Gerber (www.heureka-beratung.ch/peace.htm)

²⁴ Das réseau respect, vgl. www.reseau-respect.ch

es gibt keine Kenntnisse, ob diese Programme wirksam sind. Die internationale Forschungsliteratur kommt bezüglich der Wirksamkeit dieser Programme zu unterschiedlichen Befunden. Eine 1989 durchgeführte systematische Analyse von 14 evaluierten Studien fand bei keinem Projekt positive Auswirkungen auf Gewalt und Konflikt (Lam 1989). Keine Wirkung wurde auch in den meisten jüngeren Studien gefunden (vgl. z.B. Orpinas, Kelder, Frankowski, Murray, Zhang, und McAlister 2000).

Hingegen gibt es positive Evaluationsergebnisse für Programme, welche intensiv betreut werden und mit Elementen des Sozialkompetenztrainings ergänzt sind. Dies gilt beispielsweise für das Programm **RIPP (RESPONDING IN PEACEFUL AND POSITIVE WAYS)**, das in multikulturellen Schulen in den USA bei 6. bis 8. Klassen geprüft wurde.²⁵ Es ist zu beachten, dass das Programm eine 5-tägige Ausbildung der Vermittler sowie wöchentlich eine 45-minütige Unterrichtslektion in Sozialkompetenzen voraussetzt – eine Intensität, die kein Mediationsprogramm in der Schweiz erreicht.

Sozialkompetenzprogramme

Versuche zur Förderung von Sozialkompetenz in der Schweiz

Eine Neuerung der letzten Jahre ist die versuchsweise Einführung von Programmen zur Förderung von Sozialkompetenzen im Kindergarten- und Grundschulalter. Unseres Wissens sind gegenwärtig in der Schweiz drei Feldversuche im Gang, welche solche Programme wissenschaftlich evaluieren.

An 60 Kindergärten in Bern wird gegenwärtig unter Leitung von Francoise Alsaker eine überarbeitete und verbesserte Version des **BERNER PRÄVENTIONSPROGRAMMS GEGEN MOBBING IN KINDERGARTEN UND SCHULE** überprüft. Das Programm basiert auf einem Training von Lehrkräften, welche ihrerseits die einzelnen Präventionsschritte mit ihren Schülerinnen und Schülern erarbeiten. Im Verlauf von 5 bis 6 Sitzungen werden Themen eingeleitet, welche in den jeweiligen Klassen von den Lehrkräften umgesetzt werden. Zu diesen Themen gehören: Früherkennung, Thematisieren, Verhaltensverträge, konsequentes (positives und negatives) Sanktionieren sowie Stärkung von sozialen Fertigkeiten.

In der Stadt Zürich wird seit Herbst 2005 im Rahmen eines randomisierten Feldversuchs das erstmals ins Deutsche übertragene Sozialkompetenzprogramm PATHS (deutsch: **PFAD**) bei 60 Schulklassen des zweiten Schuljahrganges während eines Jahres erprobt. Aufgrund des grossen Anteils von ausländischen Kindern in vielen Primarschulen der Stadt Zürich wird dieses Projekt auch darüber Auskunft geben, ob sich solche Programme in ethnisch-kulturell heterogenen Quartieren bewähren. Die Umsetzung von PFAD wird im Sinne einer Qualitätssicherung intensiv begleitet.

Schliesslich wird im Rahmen des Forschungsprojektes **ESSKI – ELTERN UND SCHULE STÄRKEN KINDER** der Fachhochschule Aargau Nordwestschweiz, FHA, dem Institut für Familienforschung und Beratung der Universität Fribourg, der Pädagogischen Hochschule Zürich, PHZH, und der Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme, SFA, eine Ausbildung der Lehrpersonen in der Umsetzung des Programms **FIT UND STARK FÜRS LEBEN** realisiert.

Diese drei Forschungsprojekte werden in den nächsten Jahren erstmals empirisch abgestützte Folgerungen darüber zulassen, inwiefern Sozialkompetenzprogramme auf verschiedenen Altersstufen positive Wirkungen erzielen.

²⁵ Vgl. <http://modelprograms.samhsa.gov/pdfs/FactSheets/RiPP.pdf>

Fazit

- Eine frühe – d.h. im 3. bis 5. Altersjahr – Förderung der kognitiven und sozialen Entwicklung von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen und mit einer Belastung durch Risikofaktoren in vorschulischen Programmen und unter Einbezug der Eltern stellt ein wirksames Mittel dar, ihre psychosoziale Entwicklung zu fördern, ihre schulischen Chancen zu verbessern und langfristig Problemverhalten vorzubeugen. In den Niederlanden und Grossbritannien existieren bereits solche Programme in ethnisch-kulturell heterogenen, benachteiligten Stadtkreisen. Entsprechende Programme in der Schweiz sind in Erwägung zu ziehen.
- Programme zur Förderung kognitiver und sozialer Kompetenzen, welche das Einüben solcher Kompetenzen im schulischen Alltag einschliessen, haben sich in vielen Evaluationen als wirksam erwiesen. Es scheint sinnvoll, dass zukünftige Massnahmen vermehrt solche Programme berücksichtigen sollten.
- Besondere Herausforderungen stellen sich in Schulen, welche durch einen hohen Anteil von Kindern mit erhöhten Risikofaktoren gekennzeichnet sind. Dies sind oft Schulen in unterprivilegierten städtischen Quartieren mit einer hohen Fluktuation der Wohnbevölkerung und einem hohen Anteil von Familien mit Migrationshintergrund. In solchen Schulen ist es oft schwieriger, Eltern für eine Unterstützung schulischer Prävention zu gewinnen. Diesem Problem sollte vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden.

6 Prävention in Nachbarschaft und Freizeitbereich

In allen Schweizer Städten bestehen zwischen Wohnquartieren erhebliche Unterschiede in der Häufigkeit von Jugendgewalt. Sie sind mit einer Reihe von sozialen Merkmalen verknüpft. Hierzu gehören vor allem das Ausmass **SOZIALER BENACHTEILIGUNG** (z.B. gemessen durch Arbeitslosenquote, Sozialhilfeempfänger, unqualifizierte Berufe), eine **HOHE ETHNISCHE HETEROGENITÄT** (d.h. ein hoher Anteil verschiedener ethnisch-kultureller Gruppen) sowie eine **HOHE FLUKTuation DER WOHNBEVÖLKERUNG** (d.h. eine hohe Frequenz von Umzugsbewegungen). Oft kommen in Quartieren mit einer hohen Gewalthäufigkeit mehrere belastende Risikofaktoren zusammen. Nachbarschaftsbasierte und multizentrische Prävention setzt bei dieser Ausgangslage an.

Nachbarschaften und Gewalt

Kollektive Wirksamkeit in Wohnquartieren

Zu einem beträchtlichen Teil rührt die erhöhte Belastung davon, dass in diesen Quartieren mehr Familien wohnen, bei denen individuelle und familiäre Probleme bestehen. Das Quartier hat hier eigentlich keine direkte Bedeutung, es widerspiegelt bloss die Auswirkungen des Wohnungsmarktes. Viele Forschungsbefunde weisen aber darauf hin, dass Nachbarschaften auch als ursächliche Risikofaktoren eine Rolle spielen. Der wichtigste neuere Ansatz zur Erklärung dieses Zusammenhanges stammt von Sampson, Raudenbush und Earls (1997; 1999). Sie argumentieren, dass **KOLLEKTIVE WIRKSAMKEIT** im Sinne des gegenseitigen Vertrauens und der Bereitschaft, sich aktiv für geteilte Anliegen einzusetzen, der zentrale Mechanismus ist, der zu unterschiedlichen Raten von Jugendgewalt in städtischen Quartieren führt. Geringe kollektive Wirksamkeit eines Wohnviertels kann beispielsweise bedeuten, dass die Netzwerke zwischen Eltern weniger intensiv sind, dass sich Eltern weniger für schulische und quartierbezogene Aktivitäten einsetzen, dass Erwachsene Anzeichen von Problemverhalten weniger Beachtung schenken, oder dass das Vertrauen zwischen verschiedenen Gruppen einer Nachbarschaft gering ist. In der Regel

sind solche Risikofaktoren heute in der Schweiz in Quartieren mit einem überdurchschnittlichen Ausländeranteil höher ausgeprägt.

Nachbarschaftsorientierte Präventionsprogramme können zum einen darauf ausgerichtet sein, als **MULTIZENTRISCHE PROGRAMME** mehrere Ebenen von Risikofaktoren (Familie, Schule und Freizeit) gleichzeitig anzusprechen und derart die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Zum anderen können Präventionsprogramme bemüht sein, **KOLLEKTIVE WIRKSAMKEIT** in einem Quartier zu stärken und Prozesse in Gang zu setzen, durch die eine effektivere Problemlösung ermöglicht wird.

Typen nachbarschaftlicher Prävention

Das Feld von quartierbasierten Präventionsmassnahmen ist ausserordentlich vielfältig. Gleichzeitig ist über die Wirksamkeit nachbarschaftlicher Prävention weniger gesichertes Wissen vorhanden als bei familiären oder schulischen Massnahmen. Im Folgenden werden fünf Programme beschrieben, welche relativ gut erforscht sind und für weitere Überlegungen in der Schweiz von Interesse sein könnten (Tabelle 12).

Mobilisierungsmodelle – Communities that Care

Wir haben im Kapitel «evidenzbasierte Prävention» die Grundprinzipien der Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis bei der Auswahl und Realisierung von wirksamen Präventionsprogrammen beschrieben. Für Gemeinden, Quartiere oder Städte stellt sich das Problem, diese Ideen konkret umzusetzen und auf ihre Bedürfnisse anzupassen. Dies gilt vor allem in Quartieren mit einer hohen Belastung durch Risikofaktoren, wo eine Mobilisierung der Gemeinschaft für geteilte Anliegen oft sehr schwierig ist.

Beispiel I: Communities that Care

Das weltweit wohl am besten erprobte und in 500 amerikanischen Nachbarschaften sowie in England, Australien und neun holländischen Städten erfolgreich umgesetzte Instrument, um dieses Problem zu lösen, ist das Programm **COMMUNITIES THAT CARE** von David Hawkins und Richard Catalano (Hawkins, Catalano, und Arthur 2002).²⁶

Angebot

Communities that Care ist kein Präventionprogramm, sondern ein Modell, wie lokale Gemeinschaften zusammen arbeiten können, um

- ein gemeinsames Vorgehen unter Einschluss aller relevanten Gruppen zu entwickeln,
- zu bestimmen, welche Risiko- und Schutzfaktoren in ihrem Umfeld die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinflussen,
- sich besonders jenen Faktoren zuzuwenden, wo der grösste Handlungsbedarf besteht,
- die bestehenden lokalen Ressourcen und allfällige Lücken zu ermitteln,
- ein Präventionskonzept zu entwickeln, das evidenzbasierte Programme den lokalen Bedürfnissen angepasst umsetzt,
- die Massnahmen umzusetzen und zu evaluieren.

Ein zentrales Element von Communities that Care ist die aktive Beteiligung von Quartierorganisationen und -mitgliedern bei der Identifi-

kation der Probleme und der Planung und Umsetzung von Massnahmen. Zu diesem Zweck wird in der Regel eine Steuerungsgruppe von 15 bis 25 Mitgliedern eingesetzt, in der alle Bevölkerungsgruppen eines Quartiers (z.B. Minderheiten, Eltern, Schule, Polizei, Unternehmer, Kirchen) repräsentiert sind. Zentral ist hierbei, dass sie zunächst in einem rund 30-stündigen Ausbildungsprogramm lernen, relevante Informationen über ihr Quartier zu verarbeiten, sich mit evidenzbasierten Präventionsprogrammen auseinanderzusetzen und die Probleme einer qualitativ guten Umsetzung zu erkennen. Communities that Care stellt hierfür relevantes Fachwissen zur Verfügung, hilft bei der Mobilisierung von finanzieller und organisatorischer Unterstützung und begleitet den Prozess mit ausgebildeten Fachpersonen.

Da Communities that Care kein Präventionsprogramm, sondern ein Modell der Identifikation und Umsetzung von verschiedenen Massnahmen ist, kann seine Wirksamkeit kaum bestimmt werden. Evaluationen in Grossbritannien und den Niederlanden zeigen, dass der Erfolg sehr unterschiedlich sein kann (France and Crowe 2005; Jonkman, Junger-Tas und van Dijk, 2005). Er hängt unter anderem davon ab, wie gut die Steuerungsgruppe zusammenarbeitet und tatsächlich Zeit in das

Wirksamkeit

Tabelle 12: Grundmodelle der nachbarschaftsorientierten Prävention

Art des Programms	Alter	Bemerkungen
Communities that Care	alle Altersstufen	Kein Programm, sondern Prozessmodell für wirksame Prävention
Multizentrische Präventionsprogramme	6-18	Universell, selektiv und indiziert einzelne Programme mit gutem Wirkungsnachweis
Multisystemische Therapie	14 bis 18	Indiziert; guter Wirkungsnachweis
Erwachsene Mentoren («Göttis»)	6 bis 18	Selektiv und indiziert
Programme zur Strukturierung von Freizeitaktivitäten	10 bis 18	Universell und selektiv
Problemorientiertes Community Policing	10 bis 18	Universell und selektiv

²⁶ Für weitere Informationen vgl. z.B. <http://www.communitiesthatcare.org.uk>

Programm investiert wird, ob finanzielle und organisatorische Ressourcen für die Realisierung von Massnahmen gefunden werden können und ob die Steuerungsgruppe durch andere Institutionen (Schule, Gemeinde, etc.) unterstützt wird.

Multizentrische Präventionsprogramme

Auf mehreren Ebenen gleichzeitig ansetzen

Zwei wichtige Erkenntnisse der lebenslauforientierten Gewaltforschung sind, dass Gewalt oft das Ergebnis des Zusammenwirkens von familiären, schulischen und nachbarschaftlichen Risikofaktoren ist und dass je nach Ausmass des Problemverhaltens unterschiedlich intensive und der Situation angepasste Interventionen am ehesten Erfolg versprechen.

Von diesen Erkenntnissen ausgehend, wurden in den letzten 20 Jahren Ansätze entwickelt, welche mehrere Ebenen gleichzeitig ansprechen. Das grösste und ehrgeizigste dieser Studien ist das Projekt **FAST TRACK** der Conduct Problems Prevention Research Group, einem Zusammenschluss von renommierten Entwicklungs- und Präventionsforschenden von vier amerikanischen Universitäten.²⁷ Im Rahmen des Projektes erhalten die Kinder in der Interventionsgruppe ab der ersten Klasse der Grundschule über einen Zeitraum von 10 Jahren ein umfassendes Präventionsprogramm, das nach altersspezifischen Bedürfnissen abgestuft ist. Im Primarschulalter erhalten alle rund 3500 Kinder das Sozialkompetenzprogramm PATHS (siehe oben). Für Kinder, bei welchen nach einer sorgfältigen Abklärung von einem erhöhten Risiko für externalisierendes Problemverhalten ausgegangen werden kann, kommen gruppenbasierte Elternbildungsprogramme, Hausbesuche, sowie Kurse zur Förderung von Lesefähigkeiten und sozialen Kompetenzen hinzu.

Im Jugendalter (6. bis 10. Klasse) verlagert sich der Schwerpunkt zu Präventionsmassnahmen, welche ausschliesslich in der Hochrisikogruppe angeboten werden und auf individuelle Bedürfnisse abgestimmt sind. Hierzu gehören schulische Förderungsprogramme, erwachsene Mentoren, die Unterstützung strukturierter Freizeitaktivitäten im Quartier, Bewältigung von familiären Problemen, sowie das Vermitteln von Kontakten zu Institutionen in der Nachbarschaft (Ämter, weiterführende Schulen, etc).

Für die zwischen 1991 und 1993 begonnene Studie liegen inzwischen zahlreiche Evaluationsergebnisse vor.²⁸ Sie zeigen, statistisch abgesichert,

- eine erhebliche Verbesserung von sozialen und kognitiven Kompetenzen,
- weniger aggressives Verhalten zu Hause, in der Schule und in der Freizeit,
- dass weniger Kinder in Sonderklassen unterrichtet werden müssen,
- weniger Festnahmen im Jugendalter,
- deutlich weniger Diagnosen von Verhaltensstörungen.

Positive Effekte können für Knaben und Mädchen sowie für Angehörige aller ethnischen Gruppen beobachtet werden. Aufgrund dieser Ergebnisse wurde das Grundmodell von Fasttrack in verschiedenen Schulen der USA, Grossbritanniens und Kanadas übernommen.

Multisystemische Therapie

Ein zweiter Ansatz, der auf mehreren Wirkungsebenen einschliesslich der Nachbarschaft ansetzt und einen wissenschaftlich gut abgestützten Wirkungsnachweis hat, ist die **MULTISYSTEMISCHE THERAPIE**.²⁹ Sie wurde in den späten 1970er Jahren von Scott Henggeler (Medical University of South Carolina) vor dem Hintergrund der Beobachtung entwickelt, dass bestehende therapeutische Massnahmen für jugendliche Straftäter in der Regel wirkungslos und teuer sind.

Multisystemische Therapie ist eine intensive familien- und kontext-basierte Behandlung, welche die verschiedenen Ebenen von schwerem antisozialen Verhalten bei Jugendlichen (12 bis 17 Jahre) gleichermassen berücksichtigt. Sie basiert auf dem sozialökologischen Modell von Bronfenbrenner. Der multisystemische Ansatz betrachtet Jugendliche als Individuen, welche in ein Netzwerk von Wirkungsebenen eingebunden sind, welches Familie, Gleichaltrige, Schule und Quartier umfasst. Multisystemische Therapie ist darauf angelegt, Risikofaktoren auf allen in Kapitel 2 erwähnten Ebenen wirksam anzugehen.

Beispiel II: Multisystemische Familientherapie

Theoretischer Hintergrund

²⁷ Für weiterführende Informationen vgl. die Website <http://www.fasttrackproject.org>

²⁸ Vgl. die Publikationsliste unter <http://www.fasttrackproject.org/publications.htm>

²⁹ Für weiterführende Information vgl. <http://www.mstservices.com>

Multisystemische Therapie verbindet folgende Ebenen:

- familienbezogene Interventionen (Erziehungspraktiken, Paarbeziehung, psychische Störungen, Substanzmissbrauch der Eltern)
- Veränderung der Beziehung zu Gleichaltrigen
- Förderung der leistungsbezogenen und sozialen Kompetenz in der Schule
- Durchführung von individuellen Interventionen
- Unterstützung der Familie durch staatliche Institutionen

Implementierung und Zugang

Um die Zugangsschwelle zum Behandlungsangebot möglichst tief zu halten und den Verbleib in der Therapie zu optimieren, wird Multisystemische Familientherapie üblicherweise bei der Familie des Jugendlichen zu Hause angeboten. Eine Therapie beinhaltet mehrere Hausbesuche pro Woche und dauert in der Regel 4 Monate. Sie ist damit ein intensives aber relativ kurz dauerndes Programm.

Bei der Umsetzung der Therapie wird ein großes Gewicht auf systematische und umfassende Qualitätssicherung gelegt.

Nachgewiesene Effekte

Multisystemische Therapie wurde bisher in acht randomisierten Kontrollgruppenversuchen auf seine Wirksamkeit geprüft. Zu den wissenschaftlich dokumentierten Ergebnissen gehören

- Rückgang von Verhaltensproblemen unmittelbar nach der Therapie
- Langfristiger Rückgang von erneuten Festnahmen durch die Polizei um 20 bis 70 Prozent im Vergleich zur Kontrollgruppe
- Reduktion um 47 bis 64 Prozent von Platzierungen in Pflegefamilien oder Heimen
- Verbesserung des Familienklimas und des familiären Zusammenlebens
- Reduktion psychischer Auffälligkeiten der jugendlichen Straftäter

Erwachsene Mentoren

Das Fehlen einer erwachsenen Vertrauensperson, welche einen Heranwachsenden begleitet und unterstützt, gehört zu den zentralen Risikofaktoren für problematische Entwicklungen. Hierauf basieren selektive Präventionsprogramme, welche Kinder in einer instabilen Familiensituation mit sorgfältig ausgewählten und motivierten erwachsenen Mentoren oder «Göttis» zusammenführen.

In den USA ist dieser Ansatz als **BIG BROTHERS – BIG SISTERS, BBBS**, bekannt. Es ist ein auf seine Wirksamkeit hin mehrfach evaluierter Ansatz. Er richtet sich an Kinder und Jugendliche von Alleinerziehenden im Schulalter (6 bis 18 Jahre). Ziel des Programms ist es, Alleinerziehenden eine Erziehungsbeihilfe zu gewähren und den betroffenen Kindern und Jugendlichen sinnvolle Freizeitbeschäftigungen zu eröffnen.³⁰

Beispiel III: Big Brothers – Big Sisters

BBBS zeichnet sich durch rigorose Standards bei der Zusammenführung von Mentor und betreutem Kind aus. Zunächst werden potentielle Freiwillige über das Programm orientiert, wonach sie auf ihre Eignung hin untersucht werden. Der Eignungstest umfasst eine schriftliche Bewerbung, ein ausführliches Bewerbungsgespräch, eine Überprüfung des biographischen Hintergrunds sowie ein Augenschein beim Bewerber zu Hause. Hierdurch sollen Bewerber abgehalten werden, die ihren Schützling psychisch oder physisch gefährden könnten, sowie Bewerber, die nicht in der Lage sind, eine nachsichtige Beziehung aufzubauen oder die nötige Zeit aufzubringen. Voraussetzung der Teilnahme der Kinder und Jugendlichen ist eine schriftliche Bewerbung, worauf sie, wie auch ihr erziehender Elternteil, zu einem persönlichen Gespräch eingeladen werden. Auch hier nimmt der Fallbearbeiter, dem der gesamte Selektions- und Zusammenführungsprozess obliegt, einen Augenschein vor. Damit wird sichergestellt, dass die für das Kind am besten geeignete Vertrauensperson gefunden werden kann. Bei der eigentlichen Zusammenführung werden neben den Bedürfnissen des Kindes, bzw. Jugendlichen und den Fähigkeiten des Freiwilligen auch die Wünsche des Elternteils berücksichtigt.

Angebot und Umsetzung

Mentor oder Mentorin und Schützling treffen sich in der Regel 3 bis 5 Stunden pro Woche während mindestens eines Jahres. Spezifische Ziele und Tätigkeiten werden zusammen mit dem Fallbearbeiter besprochen. Es wird festgelegt, worauf besonders geachtet werden muss, damit die Beziehung für beide (nicht nur für das Kind) bereichernd und befriedigend verläuft. Spezifischer kann es auch darum gehen, schulisch voranzukommen, den Horizont zu erweitern, Beziehungen zu anderen Kindern oder Jugendlichen aufzubauen etc.

³⁰ Die Website des Programms findet man unter: <http://www.bbbsa.org>. Eine Übersicht über die Forschungsergebnisse findet man unter McGill, D.E., Mihalic, S.F., & Grotper, J. K. (1998). Blueprints for Violence Prevention, Book Two: Big Brothers Big Sisters of America. Boulder, CO: Center for the Study and Prevention of Violence (www.colorado.edu/cspv/blueprints/model/programs/BBBS.html).

Wirksamkeit

Für das BBBS-Programm liegen Evaluations-ergebnisse aufgrund eines Kontrollgruppen-
designs vor (1000 Programmteilnehmende;
1992/93 realisiert). Nach 18 Monaten wiesen
Programmtteilnehmende eine 46% tiefere Rate
von Drogengebrauch auf (bei Jugendlichen
aus ethnischen Minderheiten betrug dieser
Unterschied gar 70%) als die Kontrollgruppe,
bei Alkohol betrug der Unterschied 27%. Sie
neigten zu rund 30% weniger zu Gewalt, er-
zielten dafür bessere schulische Leistungen
und waren der Schule gegenüber auch positiver
eingestellt. Die Qualität ihrer Beziehung zu
ihren Eltern (oder einem Elternteil) aber auch
zu Gleichaltrigen erwies sich als signifikant
besser im Vergleich zur Kontrollgruppe.

Strukturierte Freizeitaktivitäten

*Reine Freizeit-
programme sind
nicht wirksam –
ein klarer Bezug
zu Erziehungs-
zielen ist wichtig*

Eine weitere Gruppe von Programmen,
die als vielversprechend eingestuft werden
können, sind Massnahmen zur Strukturierung
von Freizeitaktivitäten bei Kindern und Ju-
gendlichen in benachteiligten und ethnisch
heterogenen Stadtquartieren.

Programme, die in diesem Bereich eva-
luiert wurden und positive Ergebnisse vorwei-
sen können, sind durchwegs für Kinder und
Jugendliche attraktive, aber auf klare **ERZIE-
HERISCHE ZIELE** ausgerichtete, **SOZIALE
KOMPETENZEN STÄRKENDE** und **DIE EL-
TERN EINBEZIEHENDE** Programme.

Nach bisherigem Kenntnisstand ohne
GEWALTPRÄVENTIVEN NUTZEN sind dem-
gegenüber Programme, die sich weitgehend
auf das Anbieten von Freizeitaktivitäten be-
schränken. Auch hier ist der Forschungsstand
jedoch spärlich.

BOYS AND GIRLS CLUBS OF AMERICA,
ein Programm zur ausserschulischen Förde-
rung von Kindern und Jugendlichen in margi-
nalisierten Stadtteilen der USA, ist relativ gut
evaluiert.³¹ Als Jugendzentren konzipiert, bie-
ten diese Programme Kurse in sechs Bereichen
an: künstlerische Aktivitäten, Weiterbildung
und Unterstützung bei Schulaufgaben, frei-
willige Hilfe im Quartier und demokratische
Willensbildung, soziale und kognitive Kom-
petenzen, Sportaktivitäten sowie technologi-
sche Kompetenzen.

Zur Wirksamkeit dieser strukturierten
Aktivitätsprogramme liegen mehrere positive
Evaluationen mit einem guten Forschungs-
design vor (Schinke, Orlandi, und Cole 1992).
Ergebnisse zeigen, dass Jugendliche, welche
an den Programmen teilnahmen, ihren Dro-
genkonsum reduzierten, bessere Schulleistun-
gen aufwiesen, verbesserte Kontakte mit ih-
ren Eltern hatten und weniger häufig von der
Polizei festgenommen wurden.

Problemorientiertes «community policing»

Auf der Ebene von nachbarschaftsorien-
tierter Prävention von Jugendgewalt ist die
Polizei ein wichtiger Partner. Zwar hat nach ei-
ner Welle des Enthusiasmus in den 1990er Jah-
ren die Begeisterung für **COMMUNITY POLI-
CING** als Modell für nachbarschaftsorientierte
Polizeiarbeit eher wieder nachgelassen. Aber
es gibt nachbarschaftsorientierte Ansätze,
welche auf theoretischen Überlegungen zu
Risiko- und Schutzfaktoren basieren und alles
in allem als vielversprechend beurteilt werden.

Ein wichtiger Ansatz geht von der Beob-
achtung aus, dass Jugenddelinquenz in Quar-
tieren hoch ist, in denen die Bereitschaft der
Bevölkerung tief ist, sich an Recht und Ord-
nung zu halten, die Neigung zur Zusammen-
arbeit mit der Polizei gering ist und die Poli-
zei wenig Vertrauen genießt. In der Schweiz
wie in allen westlichen Gesellschaften ist das
Misstrauen gegenüber der Polizei unter im-
migrierten Minderheiten besonders hoch und
die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Prob-
lembewältigung tief. Daher scheint es vielver-
sprechend, in ethnisch durchmischten und
wirtschaftlich benachteiligten Stadtquartie-
ren eine verbesserte **VERTRAUENS BASIS**
zwischen Bevölkerung und Polizei zu schaf-
fen. Hierbei ist es nach Ergebnissen von Sko-
gan (Skogan und Hartnett 1999) wichtig, alle
Bevölkerungsgruppen in den Prozess der Prob-
lemidentifikation und der Problemlösung ein-
zubinden und zu beteiligen. Derartige Pro-
gramme zur Bildung von Vertrauen haben
sich inzwischen in einigen Evaluationen als
wirksame Massnahmen zur Reduktion von
Kriminalität erwiesen, obwohl die Evidenzen
keineswegs eindeutig sind (Partenoster,
Brame, Bachman, und Sherman 1997).

**Vertrauen
zwischen Bevöl-
kerung und
Polizei aufbauen**

³¹ Für einen Eindruck vgl. z.B. <http://www.bgcb.org>

Quartierbezogene Prävention in der Schweiz

Nutzung bestehender Quartierstrukturen

In vielen Schweizer Städten haben Quartiere eine alte und lebendige Tradition von historisch verankerten Vereinen, lokalen öffentlichen Institutionen und Freizeitangeboten. Jedoch ist nicht zu übersehen, dass in den vergangenen 30 Jahren viele Quartiere eine massive Veränderung der Bevölkerungsstruktur erfahren haben, welche die lokalen Strukturen vor neue Herausforderungen stellen. So weisen viele Indikatoren darauf hin, dass innerhalb der Städte das Ausmass von räumlicher Segregation zugenommen hat und ethnisch-kulturelle Minderheiten stärker in einzelnen Wohnquartieren konzentriert sind. Bisherige Erfahrungen im Ausland und in der Schweiz zeigen, dass es in solchen Quartieren besonders schwierig ist, die Anwohner für Präventionsprogramme zu gewinnen.

Wir glauben allerdings, dass es wichtig ist, nachbarschaftsbasierte Prävention mit in die Überlegungen einzubeziehen. Es werden im Folgenden vier Projekte geschildert, welche aus unserer Perspektive interessante Ansätze verfolgen.

supra-f – ein multisystemischer evidenzbasierter Ansatz der indizierten Prävention

Beispiel IV: supra-f

Das bei Weitem grösste und wichtigste Präventionsprojekt mit einer multizentrischen Ausrichtung in der Schweiz ist das Forschungsprogramm **SUPRA-F DES BUNDESAMTES FÜR GESUNDHEIT**. Supra-f ist ein Programm zur Suchtprävention und Gesundheitsförderung bei gefährdeten Jugendlichen im Alter von 11 bis 20 Jahren in Gemeinden und basiert auf Prinzipien der evidenzbasierten Prävention.

Angebot

Es besteht aus 12 ambulanten supra-f-Zentren in der deutschen und französischen Schweiz. Hier sollen die Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen mit schulischen, sozialpädagogischen und psychologischen Interventionen so unterstützt werden, dass sich ihre Situation in Schule oder Berufslehre stabilisiert. Gleichzeitig werden eine Verbesserung des psychischen Befindens und eine Abnahme des Substanzkonsums angestrebt.

Entsprechend der oft mehrfachen Belastung von gefährdeten Jugendlichen bieten supra-f-Zentren in Koordination mit anderen Fachstellen eine Vielzahl sozialpädagogischer und schu-

lischer Förderungsmassnahmen an, wobei sich die Intensität des Angebotes zwischen Zentren unterscheidet. Zu den Angeboten gehören

- Stützunterricht
- Aufgabenhilfe
- Sprachförderung
- Kommunikations- und Sozialtraining
- Gruppengespräche
- Einzelberatung
- gemeinsames Mittagessen
- Freizeitgestaltung

Die Massnahmen unterscheiden sich in den verschiedenen Zentren je nach Bedürfnislage. Das Projekt **VERT.IGO** in Zürich, beispielsweise, richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 13 und 20 Jahren aus dem Quartier Grünau, die ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sind, Schul- oder Ausbildungsschwierigkeiten haben, andauernde Verhaltensauffälligkeiten zeigen (aggressives Verhalten, Ziel- und Orientierungslosigkeit, Delinquenz etc.) und/oder straffällig geworden sind. Das Zentrum bietet ein sozial und ökonomisch orientiertes Arbeits- und Integrationsprojekt mit geschützten, sozialpädagogisch begleiteten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, die in eine Tagesstruktur eingebettet sind.

Unter den als gefährdet eingestuft und der supra-f-Studie zugewiesenen Jugendlichen sind knapp die Hälfte ausländischer Nationalität.

Die ersten Ergebnisse weisen auf eine gute Wirksamkeit der Massnahmen hin. Im Vergleich zur Kontrollgruppe hatten die Teilnehmenden ein besseres aktives Bewältigungsverhalten. Zudem zeigte sich eine merkliche Reduktion von delinquentem Verhalten. Die Verbesserung konnte sowohl bei der jüngeren als auch bei der älteren Teilnehmergruppe beobachtet werden.

Wirkungen

Nachbarschaftliche Konfliktlösung

Ein interessantes Mehrebenenprojekt, das auch die Quartierebene einschliesst, ist das Präventionsprojekt **CHILI – DAS HEISSE KONFLIKTTTRAINING FÜR COOLE KÖPFE**, welches vom Schweizerischen Roten Kreuz seit 2000 angeboten wird. 1999 wurde chili erarbeitet und mit verschiedenen Pilotgruppen getestet. Anfänglich war es als einwöchiges Konflikttraining für 13- bis 20-Jährige konzipiert. Während des Trainings sollen sich Jugendliche ihrer Verhaltensmuster vor und in Konfliktsituationen bewusst werden und ihre Handlungskompetenzen im Umgang mit Konflikten

chili – das heisse Konflikttraining für coole Köpfe

erweitern. Das Training besteht aus verschiedenen Modulen: Konfliktbearbeitung, Selbstwahrnehmung sowie Kommunikation bilden die Themenschwerpunkte.

Inzwischen wurde das Kernprogramm durch ein Programm für Kinder (**CHILI FÜR KINDER**), ein Programm für Schulen und Schulgemeinden sowie ein Programm auf der Ebene von Stadtquartieren ergänzt. Am ersten umfassenden Schulhaus-Projekt nahmen im aargauischen Dottikon 650 Kinder und Jugendliche sowie alle Lehrkräfte teil. Im kulturell durchmischten Quartier Tscharnergut im Westen von Bern wurde erstmals **CHILI FÜR QUARTIERE** umgesetzt. Es existieren allerdings bisher keine Wirkungsevaluationen des Programms.

Auch die Angebote des Vereins **TASKFORCE INTERKULTURELLE KONFLIKTE TIKK** zielen darauf ab, Konflikte im öffentlichen Raum zu bearbeiten. TikK ist eine Beratungs- und Fachstelle für interkulturelle Konflikte und Gewalt im öffentlichen Raum. Es leistet vor Ort unmittelbare Hilfe und bietet Gemeinden, Schulen und anderen Organisationen neben direkter Unterstützung bei der Präventionsarbeit auch Weiterbildungskurse an. Thematisch reicht das Spektrum von Gewalt zwischen meist jugendlichen, gemischt-ethnischen Gruppierungen, über Vandalismus, Drohungen und Tötlichkeiten unter Annahme eines kulturellen Hintergrundes bis hin zu Übergriffen auf Ausländerinnen und Ausländer, z.B. von Seiten der Polizei. Über die Wirksamkeit liegen keine wissenschaftlich gesicherten Kenntnisse vor.

*Taskforce
interkulturelle
Konflikte –
TikK*

Fazit

- In sozial wenig privilegierten und ethnisch-kulturell stark durchmischten Quartieren ist die Mobilisierung der Wohnbevölkerung für Präventionsanliegen, der Aufbau von Vertrauen und die aktive Beteiligung aller Gruppen eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung von Präventionsmassnahmen. Gut umgesetzte Modelle der gemeinsamen Problemlösung nach dem Ansatz von Communities that Care können helfen, solche Prozesse in Gang zu setzen.
- Es ist gerade in ethnisch-kulturell durchmischten Quartieren anzustreben, dass Migrantinnen und Migranten sowie die Polizei gemeinsam in Präventionsprojekte, aber auch in Massnahmen der problemorientierten Polizeiarbeit einbezogen werden.
- Ein quartierbezogenes «Götti»-Programm, bei dem gefährdete Jugendliche mit Migrationshintergrund einen Mentor erhalten, ist eine in der bestehenden Forschung abgestützte Strategie, die weiter zu bedenken wäre.
- Angebote im Freizeitbereich sind nach aktuellem Wissensstand als Präventionsmassnahmen nur sinnvoll, wenn ihnen ein klarer und attraktiv umgesetzter pädagogischer Auftrag zugrunde liegt.

7

Erkenntnisse und Folgerungen

Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse und Folgerungen dieses Berichtes zusammengefasst.

Kernaussagen zu evidenzbasierter Gewaltprävention

Es gibt kaum Individuen, die im Jugendalter unvermittelt anfangen, sich gewalttätig zu verhalten. Karrieren aggressiven Verhaltens beginnen meist in der Kindheit. Daher ist Prävention sinnvoll, die in frühen Lebensphasen einsetzt und sich am langfristigen Aufbau von Lebenskompetenzen orientiert.

Gewalt und Aggression sind ein Teilaspekt eines Bündels von externalisierendem Problemverhalten. Viele Risikofaktoren und Schutzfaktoren, welche die Wahrscheinlichkeit von Gewalt beeinflussen, gelten in ähnlicher Weise für viele andere Formen von externalisierendem Problemverhalten. Die Prävention von Jugenddelinquenz, von Drogenkonsum und von Gewalt sollten als Einheit im Rahmen einer Förderung von Lebenskompetenzen betrachtet werden.

Um die Prävention von Jugendgewalt in der Schweiz nachhaltig wirksamer zu gestalten, empfehlen wir in diesem Bericht einen Public-Health-Ansatz, der auf Prinzipien der evidenzbasierten Prävention beruht. Evidenzbasierte Gewaltprävention erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis sowie einen internationalen Austausch über Erfahrungen und Wissen.

Gewaltprävention, wie wir sie in diesem Bericht vorgestellt und empfohlen haben, ist Teil einer allgemeineren Gesundheitsförderung und fügt sich ein in Zielsetzungen im Bereich der Prävention von Substanzkonsum und der Förderung von psychischer und körperlicher Gesundheit. Bei der Umsetzung von Gewaltprävention sollte auf allen Altersstufen und in allen Interventionsbereichen auf mögliche Synergien mit anderen Präventionszielen geachtet werden.

Ein Weg zum Aufbau einer Kultur von evidenzbasierter Prävention in der Schweiz wäre die Schaffung einer Fachstelle auf

Bundesebene, welche Informationen über Forschungsergebnisse für die Praxis aufbereitet und beratend bei der Umsetzung und Evaluation von Prävention tätig ist.

Qualitativ hochwertige Umsetzung ist entscheidend dafür, dass die Ergebnisse von Programmen, welche sich in der Forschung als wirksam erwiesen haben, auch in die Praxis übertragen werden können. Eine gute Qualitätskontrolle von Gewaltprävention erfordert allerdings finanzielle und organisatorische Ressourcen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben bei einer Reihe von familiären, schulischen, nachbarschaftlichen und individuellen Risikofaktoren eine erhöhte durchschnittliche Belastung. Wirksame Prävention sollte auf diese Risikofaktoren einwirken.

Insgesamt erfordert wirksame Gewaltprävention mit und für immigrierte Minderheiten nicht grundsätzliche andere inhaltliche Ansätze oder Programme als diejenigen, welche sich nach bisherigem Forschungsstand insgesamt als wirksam erwiesen haben.

Allerdings sind Gruppen mit Migrationshintergrund und wenig Bildungsressourcen in der Regel für die Beteiligung an Präventionsanliegen schwer zu motivieren. Viele bisherige Ansätze zum Erreichen immigrierter und bildungsferner Minderheiten sind enttäuschend verlaufen.

Eine sorgfältige Abklärung der besonderen Bedürfnisse und Ressourcen, Überlegungen zur allfälligen Anpassung von Programmen auf kulturelle Besonderheiten, sowie die Vorbereitung einer Präventionsmassnahme durch frühe Information und Einbezug von Minderheitenorganisationen können entscheidend helfen, eine Massnahme erfolgreich umzusetzen.

Präventionsbemühungen benötigen immer die aktive Unterstützung der jeweiligen Gemeinschaft. Bei bildungsfernen und kultu-

rell wenig assimilierten immigrierten Gruppen muss besonderes Gewicht darauf gelegt werden, langfristig ein Verständnis und eine aktive Unterstützung von Präventionsanliegen aufzubauen.

Ausserdem unterscheiden sich viele Migrantengruppen von der Schweizer Bevölkerung sowohl bezüglich Überzeugungen und Werthaltungen, welche für Gewaltprävention relevant sind (z.B. Erziehungsfragen, Erwartungen an die Schule, Vertrauen in staatliche Instanzen), wie auch hinsichtlich ihrer durchschnittlich geringeren Bildung und wirtschaftlichen Situation. Bei der Umsetzung von Gewaltprävention muss vermehrt auf diese Unterschiede Rücksicht genommen werden. Wo geboten, sind Präventionsprogramme an die jeweils spezifischen Bedürfnisse und Rahmenbedingungen anzupassen.

Integration von Präventionsmassnahmen

Wir haben in diesem Bericht gezeigt, dass evidenzbasierte Prävention auf drei Achsen unterschieden werden kann: (1) Auf der Zeitachse der individuellen Entwicklung vom Säugling zum Jugendlichen nach der Altersstufe, in der sie ansetzt; (2) auf der Achse der zu beeinflussenden Faktoren entsprechend der Ebene (d.h. Familie, Schule, Nachbarschaft), auf der Risikofaktoren reduziert oder Schutzfaktoren aufgebaut werden sollen; und (3) entlang der Achse der ins Auge gefassten Zielgruppen nach universeller, selektiver und indizierter Prävention.

Wir sind der Auffassung, dass darauf hin gearbeitet werden sollte, Prävention entlang aller drei Achsen aufeinander abzustimmen, um möglichst optimale Wirkungen zu erzielen. So legt etwa die bisherige Forschung nahe, dass sich mit zunehmendem Alter auch zunehmend selektive und indizierte Massnahmen eignen. Auch bei der präventiven Erschliessung der Lebenssphären empfiehlt sich ein nach Alter gestuftes Vorgehen, indem Frühprävention auf der Ebene der Familie ansetzt, während Schule und Nachbarschaft erst später erschlossen werden.

Teilbereich Familie

Die Förderung von elterlichen Erziehungskompetenzen in allen Lebensphasen ist ein wirksamer Beitrag zur universellen Prävention von Problemverhalten bei Kindern und Jugendlichen. Sie sollte in der Schweiz systematischer unterstützt werden.

Im Sinne einer breiten Frühförderung sollten zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, durch eine intensive nicht-medizinische Unterstützung während und nach der Schwangerschaft gesundheitliche Risiken von gefährdeten Müttern zu reduzieren und Erziehungskompetenzen aufzubauen.

Angebote der Elternbildung, deren Wirksamkeit wissenschaftlich geprüft wurde und deren Umsetzung einer strengen Qualitätskontrolle unterliegt, sollten in der Schweiz breiter gefördert werden.

Universelle Prävention erreicht im familiären Bereich immer nur einen Teil der Zielgruppen. Sie sollte daher durch Angebote der selektiven und indizierten Prävention ergänzt werden. Beispielsweise ist darüber nachzudenken, in welchem Masse Eltern von straffälligen oder aggressiven Kindern und Jugendlichen zum Besuch relevanter Elternbildungsangeboten verpflichtet werden können.

Für Eltern mit Migrationshintergrund besteht eine klare Unterversorgung im Bereich der Elternbildung. Es ist geboten, mehr Anstrengungen zu unternehmen, so dass diese Gruppen erreicht werden. Insbesondere bedeutet dies, Elternbildungskurse in den verbreitetsten Migrantensprachen anzubieten.

Viele bestehende Angebote der Elternbildung wenden sich an Eltern von Kindern im Kindergarten oder Primarschulalter. Elternbildung für Eltern von Jugendlichen sollte vermehrt gefördert und hinsichtlich ihrer Wirkungen evaluiert werden.

Teilbereich Schule

Eine frühe – d.h. im 3. bis 5. Altersjahr erfolgende – Förderung der kognitiven und sozialen Entwicklung von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen und mit einer Belastung durch Risikofaktoren in vorschulischen Programmen und unter Einbezug der Eltern stellt ein wirksames Mittel dar, ihre psychosoziale Entwicklung zu fördern, ihre schulischen Chancen zu verbessern und langfristig Problemverhalten vorzubeugen. In den Niederlanden und in Grossbritannien existieren bereits solche Programme in ethnisch-kulturell heterogenen benachteiligten Stadtkreisen. Wir regen an, entsprechende Programme in der Schweiz in Erwägung zu ziehen.

Programme zur Förderung kognitiver und sozialer Kompetenzen, welche das Einüben solcher Kompetenzen im schulischen

Alltag einschliessen, haben sich in vielen Evaluationen als wirksam erwiesen. Wir sind der Auffassung, dass zukünftige Massnahmen vermehrt solche Programme berücksichtigen sollten.

Besondere Herausforderungen stellen sich in Schulen, welche durch einen hohen Anteil von Kindern mit erhöhten Risikofaktoren gekennzeichnet sind. Dies sind oft Schulen in unterprivilegierten städtischen Quartieren mit einer hohen Fluktuation der Wohnbevölkerung und einem hohen Anteil von Familien mit Migrationshintergrund. In solchen Schulen ist es oft schwieriger, Eltern für eine Unterstützung schulischer Prävention zu gewinnen. Diesem Problem sollte vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Teilbereich Nachbarschaft / Quartier

In sozial wenig privilegierten und ethnisch-kulturell stark durchmischten Quartieren ist die Mobilisierung der Wohnbevölkerung für Präventionsanliegen, der Aufbau von Vertrauen und die aktive Beteiligung aller Gruppen eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung von Präventionsmassnahmen. Gut umgesetzte Modelle der gemeinsamen Problemlösung nach dem Ansatz von Communities that Care können helfen, solche Prozesse in Gang zu setzen.

Es ist gerade in ethnisch-kulturell durchmischten Quartieren anzustreben, dass Migrantinnen und Migranten sowie die Polizei gemeinsam in Präventionsprojekte, aber auch in Massnahmen der problemorientierten Polizeiarbeit einbezogen werden.

Ein quartierbezogenes «Götti»-Programm, bei dem gefährdete Jugendliche mit Migrationshintergrund einen Mentor erhalten, ist eine in der bestehenden Forschung abgestützte Strategie, die weiter zu bedenken wäre.

Angebote im Freizeitbereich sind nach aktuellem Wissensstand als Präventionsmassnahmen nur sinnvoll, wenn ihnen ein klarer und attraktiv umgesetzter pädagogischer Auftrag zugrunde liegt.

Im Bereich der selektiven Prävention scheinen besonders Ansätze der multisystemischen Therapie vielversprechend, welche verschiedene Lebensbezüge von Jugendlichen berücksichtigen und sozialpädagogische, familiäre und schulisch-berufliche Interventionen miteinander verbinden.

Zitierte Literatur

- Agnew, Robert. 1992. «Foundation for a General Strain Theory of Crime and Delinquency.» *Criminology* 30: 47–87.
- Bundesamt für Gesundheit/Office fédéral de la santé publique. 2004. *Entwicklungschancen fördern. Prävention zu Gunsten gefährdeter Kinder und Jugendlicher. Empfehlungen einer kollektiven Expertise*. Bern: BAG/OFSP.
- Bandura, Albert. 1973. *Aggression: A Social Learning Analysis*. Englewood Cliffs.
- Bronfenbrenner, Urie. 1979. *The Ecology of Human Development*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Burow, F., M. Asshauer und R. Hanewinkel. 1998. *Fit und stark fürs Leben. 1. und 2. Schuljahr. Persönlichkeitsförderung zur Prävention von Aggression, Rauchen und Sucht*. Leipzig: Ernst Klett Grundschulverlag.
1999. *Fit und stark fürs Leben. 3. und 4. Schuljahr. Persönlichkeitsförderung zur Prävention von Aggression, Rauchen und Sucht*. Leipzig: Ernst Klett Grundschulverlag.
- Cierpka, Manfred. 2004. *FAUSTLOS – Ein Curriculum zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen und zur Gewaltprävention für den Kindergarten*. Göttingen: Hogrefe.
- Eisner, Manuel, Patrik Manzoni und Denis Ribeaud. 2000. *Gewalterfahrungen von Jugendlichen; Opfererfahrungen und selbst berichtete Gewalt bei Schülerinnen und Schülern im Kanton Zürich*. Aarau: Sauerländer.
- Eisner, Manuel, Patrik Manzoni, Denis Ribeaud und Ruth Schmid. 2003. *Wirksame Gewaltprävention und -intervention bei Kindern und Jugendlichen in der Stadt Zürich (Interner Bericht Stadt Zürich)*.
- Eisner, Manuel und Denis Ribeaud. 2003. «Erklärung von Jugendgewalt – eine Übersicht über zentrale Forschungsbefunde.» Pp. 182–206 in *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich*, herausgegeben von J. Raithel und J. Mansel. Weinheim: Juventa.
- Edwards, Ruth W., Pamela Jumper-Thurman, Barbara A. Plested, Eugene R. Oetting, Louis Swanson. 2000. «Community Readiness: Research to Practice.» *Journal of Community Psychology*, 28 (3): 291–307.
- Engel, Uwe und Klaus Hurrelmann. 1998. *Was Jugendliche wagen*. Juventa. Weinheim.
- Eser Davolio, Miryam. 2000. *Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. Festgehaltenes durch Projektunterricht verändern*. Bern: Haupt.
- Estrada, Felipe. 1997. «The Development of Juvenile Delinquency in Sweden.» *Nordisk Tidskrift for Kriminalvidenskab* 84: 153–169.
- Farrington, David P. 1998. «Predictors, Causes, and Correlates of Male Youth Violence.» Pp. 421–476 in *Youth Violence (Crime and Justice Vol. 24)*, edited by M. Tonry and M. H. Moore. Chicago: University of Chicago Press.
- Farrington, David P. and Brandon C. Welsh. 2002. «Family-Based Crime Prevention.» Pp. 22–55 in *Evidence-Based Crime Prevention*, edited by L. W. Sherman, D. P. Farrington, B. C. Welsh, and D. L. Mackenzie. London: Routledge.
- France, Alan and Iain Crow. 2005. «Using the Risk Factor Paradigm in Prevention: Lessons from the Evaluation of Communities that Care.» *Children and Society*, 19 (2): 172–184.
- Gelles, R.J. and M.A. Strauss. 1988. *Intimate Violence; The Causes and Consequences of Abuse in the American Family*. New York: Simon and Schuster.
- Gottfredson, Denise. 2001. *Schools and Delinquency*. Cambridge: Cambridge University Press.
2002. «School-based Crime Prevention.» Pp. 56–164 in *Evidence-Based Crime Prevention*, edited by L. W. Sherman, D. P. Farrington, B. C. Welsh, and D. L. Mackenzie. London: Routledge.
- Gottfredson, Michael T. and Travis Hirschi. 1990. *A General Theory of Crime*. Stanford: Stanford University Press.
- Greenberg, Mark T, Carol Kusché and S.F. Mihalic. 1998. *Blueprints for Violence Prevention, Book Ten: Promoting Alternative Thinking Strategies (PATHS)*. Boulder, CO: Center for the Study and prevention of Violence.
- Hawkins, David F., Richard F. Catalano and Mike Arthur. 2002. «Promoting science-based prevention in communities.» *Addictive Behaviors* 27: 951–976.

- Hawkins, David J., Todd Herrenkohl, David F. Farrington, Devon Brewer, Richard F. Catalano and Tracy W. Harachi. 1998. «A Review of Predictors of Youth Violence.» Pp. 106–146 in *Serious and Violent Offenders; Risk Factors and Successful Interventions*, edited by R. Loeber and D. P. Farrington. Thousand Oaks: Sage.
- Huizinga, David and Cynthia Jakob-Chien. 1998. «The Contemporaneous Co-Occurrence of Serious and Violent Juvenile Offending and Other Problem Behaviors.» Pp. 47–67 in *Serious and Violent Offenders; Risk Factors and Successful Interventions*, edited by R. Loeber and D. P. Farrington. Thousand Oaks: Sage.
- Jongman, Harrie B., Josine Junger-Tas and Bram van Dijk. 2005. «From behind dikes and dunes: communities that care in the Netherlands.» *Children and Society*, 18 (2): 105–116.
- Jessor, Richard, Mark S. Turbin, Frances M. Costa, Qi Dong, Hongchuan Zhang and Changhai Wang. 2003. «Adolescent Problem Behavior in China and the United States: A Cross-National Study of Psychosocial Protective Factors.» *Journal of Research on Adolescence* 13: 329ff.
- Kam, Chi Meng, Mark T. Greenberg and Carol A. Kusche. 2004. «Sustained Effects of the PATHS Curriculum on the Social and Psychological Adjustment of Children in Special Education.» *Journal of Emotional and Behavioral Disorders* 12: 66–78.
- Killias, Martin et P. Lamon. 2000. «La criminalité augmente avec des nuances.» *Crimscope*.
- Lam, J. A. 1989. *The impact of conflict resolution programs on schools: A review and synthesis of the evidence. Second edition.* Amherst, MA: National Association for Mediation in Education. ED 358 535.
- Loeber, Ralph and T.J. Dishion. 1983. «Early Predictors of Male Delinquency: A Review.» *Psychological Bulletin* 94: 68–99.
- Loeber, Ralph und Marc LeBlanc. 1990. «Toward a Developmental Criminology.» Pp. 375–473 in *Crime and Justice, An Annual Review*, edited by M. Tonry and N. Morris. Chicago: Chicago University Press.
- Loeber, Rolf and Dale Hay. 1997. «Key Issues in the Development of Aggression and Violence from Childhood to Early Adulthood.» *Annual Review of Psychology* 48: 371–410.
- Loeber, Rolf and Magda Stouthamer-Loeber. 1986. «Family Factors as Correlates and Predictors of Juvenile Conduct Problems and Delinquency.» Pp. 29–149 in *Crime and Justice (Vol. 7)*, edited by M. Tonry and N. Morris. Chicago: Chicago University Press.
- Lösel, Friedrich und Andreas Beelmann. 2003. «Effects of Child Skills Training in Preventing Antisocial Behavior: A Systematic Review of Randomized Evaluations.» *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 587: 84–109.
- Lösel, Friedrich und Thomas Bliesener. 2003. *Agression und Delinquenz unter Jugendlichen; Untersuchungen von kognitiven und sozialen Bedingungen.* München: Luchterhand.
- McCord, Joan. 1991. «Family Relationships, Juvenile Delinquency, and Adult Criminality.» *Criminology* 29: 397–417.
- Meier, Ulrich. 1997. «Gewalt im sozialökologischen Kontext der Schule.» Pp. 225–260 in *Forschung über Gewalt an Schulen; Erscheinungsformen und Ursachen, Konzepte und Prävention*, herausgegeben von H. G. Holtappels, W. Heitmeyer, W. Melzer, and K.-J. Tillmann. Weinheim und München: Juventa.
- Mihalic, S.F. and K. Irwin. 2003. «Blueprints for Violence Prevention: From Research to Real-World Settings—Factors Influencing the Successful Replication of Model Programs.» *Youth Violence and Juvenile Justice* 1: 307–329.
- Moffitt, Terrie E., Avshalom Caspi, Michael Rutter and Phil A. Silva. 2001. *Sex Differences in Antisocial Behaviour; Conduct Disorder, Delinquency, and Violence in the Dunedin Longitudinal Study.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Olds, David L., C.C.R. Henderson, R. Chamberlin and R. Tatelbaum. 1986. «Preventing Child Abuse and Neglect: A Randomized Trial of Nurse Home Visitation.» *Pediatrics* 78: 65–78.
- Olweus, Dan. 1979. «Stability of Aggressive Reaction Patterns in Males: A Review.» *Psychological Bulletin* 86: 852–857.
- Orpinas, Pamela. 1999. «Who is violent? Factors associated with aggressive behaviors in Latin America and Spain.» *Pan American Journal of Public Health* 5: 232–244.
- Orpinas, Pamela, Steve Kelder, Ralph Frankowski, Nancy Murray, Qing Zhang and Alfred McAlister. 2000. «Outcome evaluation of a multi-component violence-prevention program for middle school students: The Students for Peace project.» *Health Education Research* 15: 45–58.
- Paternoster, Raymond, Bobby Brame, Ronet Bachman and Lawrence W. Sherman. 1997. «Do fair procedures matter? The

- effect of procedural justice on spouse assault.» *Law and Society Review* 31: 163–204.
- Petermann, Franz, Nicole Gerken, Heike Natzke und Hans-Jörg Walter. 2002. *Verhaltens-training für Schulanfänger*. Schöningh: UTB.
- Riedel, Marc und Wayne N. Welsh. 2002. *Criminal Violence: Patterns, Causes, and Prevention*. Los Angeles: Roxbury Press.
- Rössner, Dieter, Britta Bannenberg und Landeshauptstadt Düsseldorf. 2002. *Düsseldorf Gutachten: Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen*. Düsseldorf: Landeshauptstadt Düsseldorf.
- Sampson, Robert, Stephen E. Raudenbush und Felton Earls. 1997. «Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy.» *Science*, 277 (5328): 918–924.
- Sanders, Matthew R. 1999. «Triple P-Positive Parenting Program: Towards an Empirically Validated Multilevel Parenting and Family Support Strategy for the Prevention of Behaviour and Emotional Problems in Children.» *Clinical Child and Family Psychology Review* 2: 71–89.
- Schinke, Steven P., Mario A. Orlandi and Kristin C. Cole. 1992. «Boys and girls clubs in public housing developments: Prevention services for youth at risk.» *Journal of Community Psychology* 28: 118–128.
- Schweinhart, Lawrence, Helen V. Barnes und David P. Weikart. 1993. *Significant Benefits the High-Scope Perry Preschool Study Through Age 27*. Ypsilanti: Perry/Scope Press.
- Sherman, Lawrence W., David P. Farrington, Brandon C. Welsh and Doris Layton MacKenzie. 2002. *Evidence-Based Crime Prevention*. London: Routledge.
- Shure, Myrna B. and G. Spivak. 1978. *Problem-Solving Techniques in Childrearing*. San Francisco, Calif.: Jossey-Bass.
- Skogan, Wesley G. and Susan M. Hartnett. 1999. *Community Policing, Chicago Style*. Oxford: Oxford University Press.
- Smith, C. and T.P. Thornberry. 1995. «The Relationship between Childhood Maltreatment and Adolescent Involvement in Delinquency.» *Criminology* 33: 451–479.
- Stauffer, Martin. 1999. *Massnahmen gegen Gewalt an Schulen. Ergebnisse einer IDES-Umfrage in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein (Bericht im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren)*. Bern.
- Terlouw, Gert-Jan and Gerben Bruinsma. 1994. «Self-Reported Delinquency in the Netherlands.» Pp. 102–130 in *Delinquent Behavior Among Young People in the Western World*, edited by T. J. Junger, G.-J. Terlouw, and M. W. Klein. Amsterdam: Kugler.
- Thornberry, Terrence P. 1996. «Empirical Support for Interactional Theory; A Review of the Literature.» Pp. 198–235 in *Delinquency and Crime; Current Theories*, edited by D. F. Hawkins. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tolan, Patrick H. and Deborah Gorman-Smith. 1998. «Development of Serious and Violent Offending Careers.» Pp. 68–85 in *Serious and Violent Offenders; Risk Factors and Successful Interventions*, edited by R. Loeber and D. P. Farrington. Thousand Oaks: Sage.
- Tremblay, Richard E., Daniel S. Nagin, Jean R. Séguin, Mark Zoccolillo, Philip D. Zelazo, Michel Boivin, Daniel Périusse and Christa Japel. 2004. «Physical Aggression During Early Childhood: Trajectories and Predictors.» *PEDIATRICS* 114: e43–e50.
- Utting, D., J. Bright and C. Henricson. 1993. *Crime and the Family*. London: Family Policy Studies Centre.
- Vazsonyi, Alexander, Lloyd Pickering and Marianne Junger. 2001. «An empirical test of a general theory of crime: A four-nation comparative study of self-control and the prediction of deviance.» *Journal-of-Research-in-Crime-and-Delinquency* 38: 91–131.
- Welsh, Wayne N. 2001. «Effects of Student and School Factors on Five Measures of School Disorder.» *Justice Quarterly* 18: 401–437.
- Wiborg, G. und R. Hanewinkel. 2001. «Persönlichkeitsentwicklung, Gesundheitsförderung, Lebenskompetenzen, Sucht- und Gewaltprävention in der Schule.» *Prävention* 24: 46–59.
2003. *Eigenständig werden. Persönlichkeitsentwicklung, Gesundheitsförderung, Lebenskompetenzen, Sucht- und Gewaltprävention in der Schule. Evaluation des Programms für Schüler der Klassenstufe 1 im Freistaat Sachsen*. Kiel.
- Wilmers, Nicola, Dieter Enzmann, D. Schaeffer, K. Herbers, W. Grewe und Peter Wetzels. 2002. *Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet? Ergebnisse wiederholter, repräsentativer Dunkelfelduntersuchungen zu Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen 1998–2000*. Heidelberg: Nomos.